

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Schutzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Verlesungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zahlen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abzugeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1942.

Freitag, den 29. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1941.

Der kulturelle Bankrott des Kapitalismus.

Herr Bülow erklärte unlängst im Reichstag mit einer kleinen Variation des berühmten Wortes des Onkel Bräsig, wonach die Armut von der Bovertheit herrühre, daß das soziale Elend eben darin bestehe, daß es zu wenig reiche Leute gebe. Und Herr Rheinbaben führte diesen Gedanken seines Herrn und Meisters später weiter aus, u. a. bewies er aus den Zahlen der preussischen Einkommensteuerstatistik, daß kaum 4,5 Proz. der Gesamtbevölkerung Preussens ein Einkommen von mehr als 3000 Mark jährlich besäßen. Bebel trat damals den Herren Bülow und Rheinbaben mit dem trefflichen Wort entgegen, daß gerade diese Zahlen die Unerträglichkeit und Unhaltbarkeit des heutigen Gesellschaftszustandes bewiesen. Oder sei es nicht eine unsägliche Traurigkeit und aufreizende Tatsache, daß noch nicht einmal 5 Proz. der Gesamtbevölkerung über 3000 M. Einkommen hätten, also ein menschenwürdiges Dasein führen könnten, während die große Masse des Volkes, trotz des beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahrzehnte, eine höchst dürftige Existenz, zum großen Teil sogar ein Leben voller Entbehrungen führen müsse. Das ist in der Tat der Punkt, wo die sozialistische Kritik einzusetzen hat. Denn wenn die harten Tatsachen beweisen, daß eine kapitalistische Aera noch so glänzend sein kann, daß Handel und Industrie noch so sehr blühen, daß die Zahl der Millionäre nach tausenden zählen kann, und daß trotz alledem die große Masse der Bevölkerung dauernd ausgeschlossen ist von allen Errungenschaften der materiellen und geistigen Kultur, so mag eine solche Gesellschaftsordnung wohl der dünnen Schicht der bestehenden Klassen ans Herz gewachsen sein; andererseits aber bleibt der Masse des Volkes nichts anderes übrig, um ebenfalls zu Lebensgenuss und Menschenwürde zu gelangen, als diese Gesellschaftsordnung, die das Elend und die Entwürdigung des Proletariats bereutigt, so rasch als möglich zu beseitigen und durch eine vernünftiger Gesellschaftsordnung zu ersetzen, die allen Gliedern des Volkes Lebensglück und Anteil an den Kulturgütern gewährleistet.

Daß aber die kapitalistische Gesellschaftsordnung das körperliche und geistige Elend der ungeheuren Ueberzahl des Volkes für alle Ewigkeit festlegt, das beweisen ja gerade die Zahlen, welche die Herren Bülow und Rheinbaben vorgeführt. Das beweisen auch die Zahlen der neuesten preussischen Einkommensteuer-Statistik. Diese Statistik ist zurzeit noch nicht erschienen, doch teil die „Statistische Korrespondenz“ bereits eine Reihe der wichtigsten Zahlen mit. Danach betrug die Gesamtzahl der Jenfiten in Preußen im Jahre 1905 4 898 219 (1904 4 131 589). Da Preußen beinahe 40 Millionen Einwohner zählt, besaßen also nur 12,1 Proz. ein Einkommen von mehr als 900 M. im Jahre! Den Steuerstufen von 900 bis 3000 M. gehörten 3 889 171 (1904: 3 651 121) Jenfiten an, den Stufen über 3000 M. 501 437 Jenfiten (1904: 479 835). Die Steuerleistung der Jenfiten mit 900 bis 3000 M. betrug 58,8 (53,5) Millionen Mark gegen eine Steuerleistung von 131,2 (124,1) Millionen der Jenfiten mit mehr als 3000 M. Einkommen. Diese Zahlen beweisen erstens, daß die große Mehrheit der Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 900 M. besitzt — mit Einschluß der Angehörigen betrug die Zahl der an einem Einkommen mit mehr als 900 M. Beteiligten nur 38,3 Proz. der Bevölkerung — und zweitens, daß wiederum das Einkommen der Schicht mit über 3000 M. Einkommen bedeutend rascher gewachsen ist, als das Einkommen der Steuerstufen mit 900—3000 M. Einkommen, das sogar im Durchschnitt gegen das Vorjahr gesunken ist. Die Zahlen der preussischen Einkommensteuerstatistik beweisen also, daß die Tendenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dahin geht, die Reichen immer reicher werden zu lassen, während sich die Lebenshaltung der Mittelschichten nur unwesentlich hebt und die große Masse der Bevölkerung zu ewigem Darben, zu ewiger unwürdiger Lohnsklaverei verdammt ist!

Daß die Kapitalistenklasse mit dieser Tendenz des Kapitalismus sehr zufrieden sein kann, beweist noch deutlicher als die Einkommensteuerstatistik — die infolge der ungeheuerlichen Steuermogelei der bestehenden Klasse ja überhaupt nur einen ganz unzulänglichen Begriff des Reichtums der bestehenden Klasse gibt — die preussische Vermögenssteuer-Statistik. War doch das Vermögen der in Preußen zur Vermögenssteuer Veranlagten (also der Personen mit mehr als 6000 Mark Vermögen) von 63 917 000 000 Mark im Jahre 1895 auf 75 657 000 000 Mark im Jahre 1902, also in sieben Jahren um 11 756 000 000 Mark angewachsen! Und von diesem Vermögen entfielen auf die Personen mit mehr als hunderttausend Mark Vermögen beinahe zwei Drittel der Gesamtsumme. Im Jahre 1900 besaßen die 5000 reichsten Leute in Preußen nach der Vermögenssteuerstatistik ein Vermögen von rund 16 Milliarden, also pro Kopf 3,2 Mill. Mark! Das ist also die Reihfolge der Redakte! Den 61,7 Proz. der Bevölkerung, die an einem Einkommen von weniger als 900 Mark pro Kopf beteiligt sind, stehen etliche tausend Millionäre gegenüber, deren jährliches Einkommen nach Hunderttausenden zählt! Das Volk darbt, verkommt im Elend, steht außerhalb aller

Kultur; die Mittelschichten können gerade ohne materielle Entbehrungen ihr Dasein fristen; während einige Hunderttausende Reicher und Reichster im üppigsten Wohlleben schwelgen können. Und diesen Zustand nennt man dann die „göttliche Weltordnung“!

Noch heute trifft vollständig zu, was Lassalle im Jahre 1863 ausführte:

„Das ist der Status der gesellschaftlichen Bilanz! Nicht wahr, meine Herren, das würden Sie nicht geglaubt, nicht für möglich gehalten haben, wenn es hier nicht in amtlichen Publikationen vorläge?“

Es ist dieselbe lächerlich kleine Handvoll Menschen mit ihren Familien, die in allen Städten alle Theater, alle Konzerte, Gesellschaften, Wäse, Kränzchen, Restaurationen und Weinsuben füllen, vermöge ihrer Allgegenwart den Schein einer wunder wie großen Anzahl erregen, nur an sich denken, nur von sich sprechen, die sich dünken, die Welt zu sein und, indem sie allein über alle Zeitungen und alle Fabrikantaltalen der öffentlichen Meinung disponieren, wahrhaftig sogar alle anderen dahin bringen es zu glauben, und sich einreden lassen, daß sie ... die Welt sind ...!

Und unter dieser winzigen Handvoll Leute, die sich allein regt, allein bewegt, allein spricht, schreibt, peroriert, nur ihre eigenen Interessen kennt, vertritt und sich so sehr einredet, alles zu sein, daß sie wahrhaftig sich einredet, sie sei es, welche die Steuern aufbringe, — unter dieser handvoll Menschen windet sich in Summe, unansprechlicher Dual, in wimmelnder Zahl das unbemittelte Volk, produziert alles, was uns das Leben verschönert, macht uns die unerlässliche Bedingung aller Geseftung, die Existenz des Staates möglich, schlägt seine Schlachten, zahlt seine Steuern — und hat niemand, der an es dachte und es vertrete!

Dieselben Entwicklungstendenzen wie Deutschland weisen alle anderen kapitalistischen Staaten auf. Der „Nationalwohlstand“ wächst, aber die Reichthümer fließen in die Taschen der besitzenden Massen, während die Lage der Masse des Proletariats die gleich elende bleibt. So betrug nach Giffen in England das Jahreseinkommen der besitzenden Klassen im Jahre 1843 341 Millionen Pfund, das der Arbeiter 171 Millionen; im Jahre 1888 das der besitzenden Klassen 720 Millionen Pfund, das der Arbeiter 550 Millionen. Und das trotz der gewaltigen Zunahme der arbeitenden Klassen! Nach einer anderen Statistik, die wir dem „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ entnehmen, betrug 1876 das Jahreseinkommen in England pro Kopf 703 M., während es im Jahre 1886 auf 690 M. gesunken war — der Millionäre züchtende Kapitalismus hatte also die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse sogar herabgedrückt.

Diese Zahlen beweisen, daß das Proletariat auf eine Erlösung aus seiner Lohnsklaverei und seinem Elend nicht hoffen darf, so lange die kapitalistische Gesellschaft besteht. Erst wenn die heutige Gesellschaftsordnung von der sozialistischen abgelöst sein wird, wird die Lebenshaltung des gesamten Volkes steigen, wird dadurch den Massen auch die Gelegenheit gegeben sein, vollen Anteil an den modernen Kulturgütern zu erlangen.

Der im Kapitalismus liegende ökonomische Widerspruch hindert eben jede vernünftige Ausnutzung der modernen Produktionsmittel. Weil heute nur für den Markt, das heißt für die Zahlungsfähigen produziert wird, und die Zahl der Zahlungsfähigen infolge des kapitalistischen Lohnsystems eine so minimale ist, ist jede freie Entfaltung der vorhandenen Produktivkräfte lahmgelegt. Wollte man für den wirklich vorhandenen Bedarf produzieren, so könnten ungeheuer viel größere Mengen von Produkten hergestellt werden, als es gegenwärtig der Fall ist. Durch die Verwendung der Maschinenkraft, die ja heute infolge der spottbilligen menschlichen Arbeitskraft bei weitem nicht in dem Maße angewendet wird, wie es die Technik zuläßt, durch eine vernünftige arbeitskraftsparende Organisation der Produktion, endlich durch die Peranziehung Aller zur produktiven Arbeit könnten leicht so viel Güter erzeugt werden, um die vernünftigen Bedürfnisse Aller im reichsten Maße zu befriedigen. Die heutige kapitalistische Produktionsweise, der es ja nur auf Erzeugung von Mehrwert, nicht auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ankommt, fesselt aber jeden gesunden Fortschritt. Sie desorganisiert, wo sie organisiert, sie verwüstet, wo sie schaffen sollte. Treffend charakterisiert dies kapitalistische System Genosse Kautsky in seinem „Erfurter Programm“, indem er schreibt:

„Infolge dessen wächst die Menge der Produktionsmittel, die nicht genügend oder gar nicht ausgenutzt werden, die Menge der Reichthümer, die ungenutzt verloren gehen, die Menge der Arbeitskräfte, die brauch liegen bleiben müssen. In diesen sind nicht bloß die Scharen von Arbeitslosen zu rechnen, die bereits zu einer bedrohlichen sozialen Gefahr angewachsen sind, sondern auch alle jene unzulänglichen und immer noch sich vermehrenden Schmarozker am Körper der Gesellschaft, die, weil sie produktiv nicht tätig sein können, durch die verschiedenartigsten, meist ganz überflüssigen, aber höchst aufreibenden Tätigkeiten ein elendes Dasein zu fristen suchen, die keinen Zwischenhändler, Wirt, Agenten, Vermittler; dazu gehört ferner auch die ganze ungenutzte Menge von Lumpenproletariern in den verschiedensten Abstufungen, die höheren und niederen Gauller, das Verbrechen, die gewerksmäßige Prostitution mit den Zuhältern und anderen Existenzen, die an ihr hängen; dazu gehören ferner die zahlreichen Scharen derjenigen, die sich den Besitzenden zu persönlichen Diensten verbinden; endlich die große Menge von Soldaten; das stete Anwachsen der Armeen in den letzten zwanzig Jahren wäre kaum möglich gewesen ohne die Ueberproduktion, die es der Industrie erlaubt, auf so viele Arbeitskräfte zu verzichten.“

Die kapitalistische Gesellschaft fängt an, in ihrem eigenen Ueberfluß zu ersticken; sie wird immer weniger fähig, die volle Entfaltung der Produktivkräfte auszuhalten, die sie geschaffen. Immer mehr Produktivkräfte müssen brach liegen, immer mehr Produkte nutzlos verschwendet werden, soll sie nicht außer Rand und Band geraten.“

Will die Arbeiterklasse nicht ewig zu der Helotenrolle verdammt sein, die der Kapitalismus ihr zugebach hat, so muß sie die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren Grundpfeilern beseitigen. So schwer diese Aufgabe ist, so groß ist das winkende Ziel: die Menschheitwerdung der Arbeiterklasse! Darum hinein in eure Klassenorganisationen, Ihr Arbeiter, dem nur geeint und gestählt durch Aufklärung könnt Ihr die bürgerliche Welt aus den Angeln heben!

Die Revolution in Rußland.

Die Kämpfe in Moskau

dauern in unerhörter Erbitterung fort. Nach den letzten Nachrichten ist es den Truppen noch keineswegs gelungen, die heldenmütig kämpfenden Revolutionäre niederzuwerfen. Es scheint sogar fraglich, ob die Regierung des Aufstandes überhaupt Herr werden wird. Nach dem eigenen Zugeständnis der Regierungsterroristen verüben die Kosaken ungeheuerliche Bestialitäten.

Die Meldungen lauten:

London, 27. Dezember. (Meldung des „Tag“). Ueber Petersburg wird telegraphisch: Der Kampf der Revolutionäre in Moskau dauert mit unverminderter Energie fort. Außer Kosaken und Polizei wurde heute auch Infanterie gegen sie verwendet. Sie bestehen aus etwa 60 000 Studenten, Arbeitern, Handwerkern und Beschäftigtenlosen und besitzen sechs Maschinengeschütze der neuesten Konstruktion. Sie kämpfen in drei Abteilungen, und die Frauen zeichnen sich durch besondere Kühnheit aus. Heute sind die Verluste außerordentlich schwer. Zwischen Petersburg und Moskau soll eine Janten-telegraphie eingerichtet werden. Die Regierung hofft den Aufstand in drei Tagen zu unterdrücken. Die gesamte Ural-Bahn ist in den Händen der Aufständischen.

Moskau, 27. Dezember. (M. L. B.) Die Front der revolutionären Miliz erstreckt sich vom Kasanbahnhof in einer Länge von etwa 10 Kilometer. Durch die große Ausdehnung der von Kosakenden eingenommenen Rayons wird den Regierungstruppen das Vorgehen erschwert. Gegen die Aufständischen, die bereits den vierten Tag die Stadt in Belagerungszustand halten, war bis in die ersten Nachmittagsstunden Artillerie in Tätigkeit. Fortgesetzt entziehen Barrikaden an neuen Punkten und umschließen die Stadt. Im Alexandergarten am Kreml tauchten plötzlich Revolutionäre auf und wechselten Schüsse mit den Soldaten, wobei zwei Soldaten und drei Revolutionäre fielen. Von den Wägen des Moskauer Eisenbahntotens arbeitet nur die Nikolaibahn.

Petersburg, 28. Dezember. (Meldung des „Tag“). Das Semenovsche Leibgarde-Regiment, das nach Moskau abging, steht unter General Stakelberg, der auch wichtige Befehle an den dortigen Generalgouverneur Admiral Donskoff mitnahm. Das Semenovsche Regiment führt auf drei Tage Proviant mit, ferner 195 000 Patronen. Der Aufstand hat jetzt auch die Umgegend von Moskau ergriffen, das Militär ist teilweise total erschöpft, viele Offiziere müssen das Kommando niederlegen, da sie von Nervenerschütterungen befallen werden. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Revolution niederzuschlagen. Die Zahl der bewaffneten Revolutionäre ist immer noch sehr bedeutend, vier Maschinengewehre englischer Konstruktion gehören ihnen und sind unansführlich tätig. Gestern wurden dreißig Häuser demoliert. Die Stadt brennt an verschiedenen Stellen infolge des furchtbaren Artilleriefeuers. Ein großer Teil der Einwohner ist in den Flammen umgekommen; wenn die Rettung gelang, der wurde unter einem Augenblick genommen, wobei zahlreiche Opfer fielen. Die Kanonade dauerte den ganzen gefrigen Tag an. Raub und Plünderung sind an der Tagesordnung.

Petersburg, 27. Dezember. (Kasan-Meldung.) Infolge der Entlohnung des Proletariats in Petersburg konnte heute ein Regiment von hier nach Moskau und eine Brigade Artillerie nach Nischni entsandt werden. Truppen umzingelten heute Morgen die von 3000 Arbeitern der Putilow-Werke bewohnten Häuser und nahmen den Leuten über 1000 Revolver und gegen 100 Gewehre ab.

Der Gouverneur von Moskau teilte dem Ministerium des Innern mit, die Kosaken müßten abgelöst werden. Sie erhielten starke Wodka-Rationen, damit sie den Anstrengungen des ununterbrochenen Tag- und Nachtdienstes gewachsen seien, doch seien sie infolge dessen jetzt völlig von Sinnen und tödten unterschiedslos alles, was sie erreichten.

Generalaufstand.

Petersburg, 28. Dezember. In Wilna, Radom, Bresl und zahlreichen anderen Provinzialstädten ist der Generalaufstand ausgebrochen. In Kiew entdeckte die Polizei in einer Wohnung eine Bombenfabrik und beschlagnahmte drei fertige und zahlreiche unfertige Bomben. — Das erste Armeekorps, das aus der Waidtschur zurückkommt, geht sofort in die baltischen Provinzen zur Wiederherstellung der Ordnung. Ein Garberegiment ist von Petersburg nach Moskau zur Unterdrückung der Unruhen abgegangen. Die Einfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten ist vollständig eingestellt; zahlreiche Handelsfirmen stellten ihre Zahlungen ein.

Bugentleistungen.

Petersburg, 28. Dezember. (Wiedlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf der baltischen Bahn ereigneten sich in der Nacht auf den 27. d. M. mehrere Unglücksfälle. Nach Mitternacht stürzte von einer Brücke bei Rauska, 71 Kilometer von Reval, die Lokomotive eines Personenzuges ins Wasser, da die Schienen aufgerissen waren. Einige Wagen wurden zertrümmert. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. Wegen des gestörten Drahtverkehrs konnte bisher nicht festgestellt werden, ob das Gerücht, ein nach Reval gehender Militärzug mit Mannschaft der Garde zu Pferde sei verunglückt, begründet ist. In derselben Nacht entgleisten bei Narva hintereinander zwei nach Petersburg fahrende Güterzüge. Die Wagen der Spitze wurden zerstört. Auch hier war der Unglücksfall böswillig herbeigeführt.

Ueberfall auf eine Kreisliste.

Warschau, 28. Dezember. In der Nacht zum 27. Dezember organisierten die Revolutionäre einen bewaffneten Ueberfall auf die Staatskreisliste in der Kreisstadt Wysocko-Ragowickie, Gouvernement Lomsha. Während der Ausführung der Tat wurde der ganze Markt durch 80 Mann besetzt gehalten. Die Polizei flüchtete, Militär war nicht anwesend, nachdem am 24. d. M. die einzige Kompanie, welche bisher die Garnison der Stadt ausmachte, nach Riga ausmarschiert war. Den schwachen Widerstand, den einige Nachwächter leisteten, brachen die Revolutionäre mit Waffengewalt. Die Kreisliste wurde mit Pyroxilin in die Luft gesprengt und 486 000 Rubel geraubt, davon 20 000 in Gold, 300 000 in Papiergeld, 160 000 in Silber. Dann flüchteten die Täter in fünf verschiedenen Richtungen, teils mit der Bahn, teils zu Pferde. Ein Polizist, der einen von ihnen verfolgte, wurde getötet. Die Telegraphenleitungen waren vorher durchgeschnitten worden.

Die Annahme des neuen Wahlgesetzes.

Die russische Korrespondenz erhält aus Petersburg vom 27. Dezember nachts folgendes Telegramm:

Einer der einflussreichsten Führer der Semstwoleute, Fürst Peter Dolgorukow, charakterisiert das Wahlgesetz als einen lächerlichen Versuch der Regierung, die gezwungen ist, der öffentlichen Meinung nachzugeben, trotzdem den Anschein eines selbstständigen Auftretens zu behalten. Es ist ein Erzeugnis einer Schwächlichkeit, die es nicht gewagt hat, die aus der Stimmung der Nation notwendigen Schlüsse zu ziehen. Im Vergleich zum Wahlgesetz vom 6. August ist das neue ohne Zweifel sehr demokratisiert, aber es ist in so ungeschickter, verdrehter Weise getan, daß die Gefahr eines Boykotts seitens revolutionärer Parteien in keiner Weise verschwunden ist. Dieser Umstand ist um so gefährlicher, da die revolutionäre Stimmung des Volkes in letzter Zeit sehr gewachsen ist, was die Moskauer Ereignisse auch beweisen. Semstwowvertreter und konstitutionell-demokratische Partei werden wohl in die neue Duma gehen, aber nur, um dieselbe zum Mittelpunkt eines Kampfes um politische Umwälzung im Geiste wirklicher Freiheit und Demokratisierung zu machen. In höheren Kreisen herrscht in bezug auf die Moskauer Ereignisse eine sehr pessimistische Stimmung.

Diese Anschauung ist um so wichtiger, als Dolgorukow die Anschauungen eines großen Teiles der Semstwowpartei wiedergibt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember.

Ein perfider Plan.

Der Aufruf des internationalen sozialistischen Bureaus, der zur Veranstaltung von Massenversammlungen und Umzügen am 22. Januar auffordert, hat die reaktionäre Presse in schäumende Wut versetzt, die sich in hysterischen Schimpfereien über die „Freiheit“, „Unverschämtheit“, „inname Revoluzzererei“ usw. der deutschen Sozialdemokratie äußert. Derartige Beschimpfungen uns zu Herzen zu nehmen und sie zu registrieren, fällt uns nicht ein. Wir finden es in Anbetracht der Gemütsverfassung, so mancher edlen Exemplare der bürgerlich-journalistischen Federviehgaatung ganz selbstverständlich, daß sie in dieser Weise ihrem gerechten Herzen Luft machen. An das breite Licht der Öffentlichkeit muß aber gezogen werden, in welcher perfiden Art einzelne Blätter schon heute die Führer der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, speziell die Mitunterzeichner des Aufrufs, die Genossen Bebel und Singer, für die sogenannten Ausschreitungen, die nach Ansicht dieser Blätter voraussichtlich oder sicherlich eintreten werden, verantwortlich zu machen suchen. Die ganze Methode erweckt den Anschein, als beabsichtige man, die Behörden zu einem möglichst provokatorischen Verhalten zu drängen, um dann, wenn durch deren unsinnige Maßnahmen ein Teil der Versammlungsbesucher oder Demonstranten sich zu unbedachten Schritten hinreißten lassen sollte, die genannten Genossen für die von den Hintermännern jener Blätter herbeigeführten „Vorfälle“ zur Verantwortung zu ziehen.

Kennzeichnend für diese Taktik ist ein Artikel der „Ndn. Ztg.“, in dem es heißt:

„Dagegen kann aus politischen und moralischen Rücksichten nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß die Sozialisten, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie eine ungeheure Verantwortung auf sich nimmt, indem sie derartigen revolutionären Zunder in die Massen wirft. Es ist gut, schon heute festzustellen, daß diese Verantwortung auf der durch Bebel und Singer vertretenen Sozialdemokratie lasten bleibt, denn die Tatsache ist gewiß, daß der wirkliche Effekt dieser Aufreizung zu Massenversammlungen und Straßenkundgebungen in den Augen der demonstrierenden Arbeiter nicht gegen die russische Reaktion, sondern auf eine deutsche Revolution gerichtet erscheinen wird. Weil aber mit solchen Kundgebungen an Wochentagen ein Streik unter Vertragsbruch verbunden sein muß, und weil sie, ob Wochentags oder Sonntags, die schwere Gefahr von Ausschreitungen politisch-kriminellen Charakters in sich schließen, ist der Aufruf auch moralisch aufs Schärfste zu verurteilen. Noch zittert die Erregung nach über die blutig verlaufenen Straßendemonstrationen in Sachsen, und herrscht Ungevißheit darüber, ob man nicht auch in Preußen in Massenkundgebungen die „Straße“ in Bewegung setzen wird. In dieser von politischer Erregung geschwängerten Atmosphäre wird es dem Arbeiter nicht möglich sein, den Zweck dieser verschiedenen revolutionären Kundgebungen fein säuberlich nach Ursache und Wirkung auseinander zu halten, ihm fliehet vielmehr all das zusammen zu der Vorstellung, daß es sich um einen revolutionären Gewaltakt der Sozialdemokratie gegen die deutsche Staatsgewalt handle, der die Führer einen Streich spielen zu können glauben, ohne daß diese, wie sie meinen, die Kraft habe,

sich dagegen zu wehren. Sie könnten mit dieser Berechnung um so eher fehl gehen, als gerade gegenwärtig das gesamte Bürgerum durch die maßlosen Provokationen der radikal-revolutionären sozialdemokratischen Partei gereizt ist, daß jeder neue Tropfen das Maß zum Überlaufen bringen kann. Angesichts dieser Lage kann die Kundgebung vom 22. Januar kaum anders denn als eine neue Herausforderung aufgefaßt und ihr Zweck nicht anders gedeutet werden als dahin, daß eine revolutionäre Beunruhigung des eigenen Landes zur neuen Parteitaktik erhoben werden soll. Der Reichskanzler hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung dieser neuen Taktik gegenüber auf dem Platze sein wird, und wenn es gilt, gegen die Revolution Front zu machen, wird sie das Bürgerum geschlossen in ihren Reihen finden. An Warnungen hat es nicht gefehlt, und die Herren Bebel und Singer wird die Schuld treffen, wenn der 22. Januar in Deutschland einen Verlauf nehmen sollte, den vor allem der deutsche Arbeiter zu bereuen und vielleicht bitter zu büßen hätte.

Die letzten Sätze sind deutlich genug. Sie können nicht anders aufgefaßt werden als ein Appell an die Regierung, solche Maßregeln zu ergreifen, daß die Kundgebungen einen Verlauf nehmen, den der deutsche Arbeiter zu bereuen haben wird. Zu direkten Provokationen der Masse aufzufordern, davor scheut das kölnische Blatt vorläufig noch zurück. Diese Feindschaft überläßt es dem Kronsbeneischen Organ für berufsmäßige Schatzmachererei, der düstigen „Post“, die sich folgende Ergänzung der obigen Ausführungen der „Ndn. Ztg.“ leistet: „Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß bei uns allgemein die Polizei nicht nur die Umzüge, sondern auch die Demonstrationsversammlungen am 22. Januar verbieten wird, da eine Störung der öffentlichen Ordnung von solchen Versammlungen zu befürchten ist. Daß die Umzüge nicht genehmigt werden, halten wir für selbstverständlich, aber bei dem bisher beobachteten System des laissez faire könnten möglicherweise die Versammlungen geduldet werden. Wir erinnern deshalb an die Konsequenzen, welche sich in Dresden aus dem Dulden der Demonstrationsversammlungen ergaben, während in Leipzig und Chemnitz, wo die Versammlungen verboten wurden, die Ordnung ungestört blieb.“

Kasernenfreuden.

Von Ende September bis Ende Dezember 1905 wurde die gerichtliche Verurteilung von 30 Soldatenquälern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen 4 Jahre 6 Monate 5 Tage Gefängnis, 6 Monate 11 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 6 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 28 Tage Stubenarrest, 2 Monate Festungshaft, 5 Degradationen. Im ganzen beträgt der Freiheitsentzug 5 Jahre 6 Monate 20 Tage.

Auf Preußen treffen 4 Jahre 1 Monat 15 Tage Gefängnis, 6 Monate 5 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 15 Tage gelinder Arrest, 8 Tage Stubenarrest, 4 Degradationen (22 Vorgesetzte, darunter 1 Offizier); auf Bayern 4 Monate 20 Tage Gefängnis, 8 Tage Stubenarrest, 2 Monate Festungshaft, 1 Degradation (4 Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere); auf Sachsen 6 Tage mittlerer Arrest, 21 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 12 Tage Stubenarrest (4 Vorgesetzte, darunter 1 Offizier).

Die bestraften Offiziere sind: preussischer Oberleutnant Trütschler v. Hakenstein 8 Tage Stubenarrest, Oberleutnant Oppelt vom bayerischen 10. Infanterieregiment 2 Monate Festungshaft, Oberleutnant Rheinwald vom bayerischen 17. Infanterieregiment 8 Tage Stubenarrest, Hauptmann Ludwig Nag Jeller vom sächsischen Schützenregiment Nr. 109 6 Wochen Stubenarrest. Der Herr Hauptmann hat die von ihm beobachteten Soldatenquälereien seines Unteroffiziers Erler nicht gemeldet und ließ sich außerdem selbst vorchriftswidrige Behandlung von Untergebenen und Verleumdung eines Untergebenen zuschulden kommen.

Im Jahre 1905 überhaupt wurde die gerichtliche Verurteilung von 169 Soldatenquälern, die zusammen einen Freiheitsentzug von 41 Jahren 2 Monaten und 19 Tagen erlitten, bekannt.

Die Bestrafungen der Soldatenquälender waren zumeist unglaublich nachsichtig. So hatte das Kriegsgesetz der 10. Division den Unteroffizier Schubinski vom Infanterie-Regiment Nr. 5 wegen Mißhandlung u. Untergebenen in 177 Fällen mit ganzen drei Monaten Gefängnis bestraft; und das Kriegsgesetz setzte die Strafe auf 43 Tage Gefängnis herab, nachdem es „nur“ 174 Fälle festgestellt hatte! Der Unteroffizier Ziel und der Gefreite Stern des Garderegiments Nr. 4 brachten den Rekruten Elbin mit ihren Quälereien so weit, daß der Mißhandelte einen Selbstmordversuch unternahm. Trotzdem kam der Unteroffizier mit drei Monaten Gefängnis und der Gefreite mit 18 Tagen mittlerem Arrest davon.

Auch im Jahre 1906 hat also Herr von Einem sein Versprechen, daß er die Mißhandlungen aus der Armee hinausbringen werde, nicht eingelöst. Ob es ihm noch im Jahre 1906 gelingen wird? —

Weißbuch.

Es verlautet, die deutsche Regierung beabsichtige, Anfang Januar ein Weißbuch herauszugeben, das bestimmt sein soll, die Darlegungen des französischen Marollo-Weißbuches zum Teil in anderem Lichte erscheinen zu lassen.

Der deutschen Regierung ist kein Geringeres als der Papst mit einem 300 Seiten starken Weißbuche nebst einem Anhang von 47 Dokumenten zuvorgekommen. Dieses Weißbuch ist natürlich nicht gegen das Weißbuch, aber immerhin doch gegen eine französische Publikation, nämlich gegen jenes Geleß gericht, das der Republik vom 1. Januar die Trennung von Staat und Kirche besichert hat.

Der Kurie kommt es natürlich darauf an, den Vorwurf, sie selber sei durch ihr Verhalten schuld geworden an der Auslöschung des Konkordats, von sich ab- und auf die französische Regierung zurückzuwälzen. So heißt es z. B. im Wortwort des Weißbuchs:

„Die Politiker, welche die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich um jeden Preis wollten, wiederholten immerfort in ihren Schriften und Reden, im Parlament und außerhalb, daß dieses Gesetz durch die Haltung des Heiligen Stuhles unvermeidlich geworden sei. Das Interesse, das sie an der Verbreitung dieser Anschauung haben, ist offenkundig. Frankreich wollte die Trennung nicht; denn die Trennung wird, zumal wenn sie in der Praxis den klaren Charakter einer Verfassung annimmt, für Frankreich nicht weniger ernste Folgen haben wie für die Kirche. Daher die bequeme Ausflucht, vor der öffentlichen Meinung die Verantwortlichkeit dem Heiligen Stuhl aufzuladen. Aber im Lichte der Verweisselnde und der Tatsachen wird es nicht schwer werden, zu zeigen, wen in Wirklichkeit diese Verantwortung trifft. Das ist der Zweck dieser Arbeit. Die drei ersten Kapitel setzen in großen Zügen die antireligiöse Politik auseinander, welche die letzten französischen Kabinette befolgt haben.“

In ähnlich pfäffisch-pfiffiger Weise ist das ganze Buch gehalten, dessen erstes Kapitel die „Separatistische Politik“ schildert, während Kapitel 2 und 3 die Aufhebung der nichtautorisierten Ordens-Genossenschaften und die Vereinfachung des Unterrichts der geistlichen Genossenschaften sowie der Lehr-Kongregationen behandelt.

Kapitel 4, 5, 6, 7, 8 und 9 (Schluß-Kapitel) gehen auf die Details der Konfliktpunkte näher ein.

Der das Wesen des katholischen Klerus lenkt, dem ist von vornherein klar, daß trotz aller vorgepiegelten Würdeheiligkeit auch hier allmählich wohl oder übel die Ohnmacht gegenüber der Macht des Stärkeren den üblichen Meinungs- und Stimmungsumfall prompt herbeiführen wird. Sind doch schon in diesem ersten Stadium des Streitens Stimmen vernnehmbar, die zum Einlenken rufen und in sonstigen Prätexten auf die über kurz oder lang vollzogene Schwächung der anpassungsfähigsten aller Religionsdiener verweisen. So rät zum Beispiel Kardinal Richard, der Erzbischof von Paris, dringend dazu, mit dem Trennungsgesetze einen „christlichen Versuch“ zu machen, wie antiliberal es auch dem Klerus erscheinen möge. Es sei das einzige Mittel, die Öffentlichkeit des Klerus zu sichern, sowie die Kirchen und die mit dem Klerus zusammenhängenden Stiftungen ihren Bestimmungen zu erhalten. Von zwei Uebeln müsse man das kleinere wählen, und das kleinere sei in dem vorliegenden Falle die Bildung der Kultusverbände nach den Vorschriften des Gesetzes, da diese Verbände den Genuß gewisser Vorteile sicherten, deren man die französischen Katholiken nicht ohne sehr ernste Gründe berauben könne.

Auch Abbe Boudinon, Professor am katholischen Institut zu Paris, ist für die Unterwerfung unter das Gesetz. Er vertritt die Ansicht, daß die Kultusverbände den alten Kirchenräten vorzuziehen seien; es läge gar kein Grund vor, sich einem christlichen Versuch zu widersetzen. Auf die Einwände französischer Geistlicher, daß die Regierung der Republik die Kultusverbände nur schaffen wolle, um dem Wirken der geistlichen Hierarchie entgegenzuarbeiten und das Schisma zu fördern, erwidert Abbe Boudinon, daß es unrecht sei, seitens der Regierung böswillige Absichten bei der Durchführung der Trennung vorauszusetzen. Man solle doch erst abwarten, ehe man ein Urteil fälle. Uebrigens brauche man ja bloß die Mitglieder der Verbände sorgsam auszuwählen, so daß man in ihnen Bundesgenossen und keine Gegner haben könnte. . . .

Und scheint, der listige Pfaffe Boudinon hat seine und seiner Kumpanei Karten etwas zu unvorsichtig aufgedeckt. Doch um so besser! Man wird in Frankreich hoffentlich gewissen Mänkepielen energisch zu begegnen verstehen.

Die deutschen Zentrumskreise lassen selbstverständlich auch nicht von ihrer geliebten alten Taktik. So schreibt die „kölnische Volkszeitung“ zu diesem Thema:

„Aus der vorstehenden Analyse geht schon hervor, mit welcher Entschiedenheit die Kurie der französischen Regierung gegenüber ihren Standpunkt vertritt; aber diese Entschiedenheit würde falsch aufgefaßt werden, wenn man in ihr die Unversöhnlichkeit oder Hoffnungslosigkeit sehen wollte.“

Das genügt! —

Die Vatikaner werden sich durch ihr Weißbuch nicht weismachen oder weismachen können. In Kreisen unbefangener Urteiler ist man genau informiert darüber, was Geistes Kinder diese guten Menschen sind. Und wenn ihnen wirklich einmal hier oder dort Unrecht geschehen ist, so haben sie's in 99 von 100 Fällen zu danken ihrer berückichtigten Manier, die Interessen ihres Klüngels selbst den höchsten Kulturinteressen voranzusetzen. —

Deutsches Reich.

Zur Hamburger Wahlrechtsvorlage.

Die in ihrer kindlichen Naivität geradezu zum Spott herausfordernde Begründung des neuen Hamburger Wahlrechtsentwurfs begegnet selbst in der bürgerlichen Presse einer halb mitleidigen, halb ironischen Zurückweisung. Der famos Schlusssatz über den wahren Liberalismus: „Ist der Plan der Wahlrechtsänderung geeignet, die höchsten Ideale des Liberalismus in Hamburg zu schätzen und zu fördern, dann ist es ein Unrecht, ihm Abbruch vom Liberalismus vorzutun“, wird von der „Neuen Hamb. Zeitung“ folgendermaßen abgefertigt: „Diese Kasuistik ist nicht neu, genau dieselben Sophismen wurden vorgebracht, als seinerzeit das Sozialistengesetz im Reichstage beraten wurde. Aber alle irgendwie liberalen Elemente, die sich damals durch derlei Gründe für das Zwangsgesetz hatten einfinden lassen, haben hinterher rasch ihren Fehler eingesehen.“ Dieses Blatt sowie der „General-Anzeiger“ bekämpfen die Absicht des Ausschusses, den Geldsack zum entscheidenden Prinzip für die Einteilung der Bürger in zwei Klassen mit verschiedenen politischen Rechten zu machen, als mit der unwandelbaren Grundauffassung des Liberalismus im Widerspruch stehend.

Sogar dem „Berliner Tageblatt“ vermag die in der Begründung produzierte schöne Staatsverfassetheorie nicht zu imponieren. Es meint ironisch: „Es fragt sich nur, wer eigentlich den Staatszweck bestimmen soll. Der reaktionäre Ausschuss handelt nach dem Grundfay: l'état c'est moi, der Staat bin ich. Seine Deduktionen entbehren natürlich jeder bindenden Kraft für Andersdenkende.“

Wenn die Verfasser der Begründung die bürgerliche Intelligenz der Hamburger „Bürgerkraft“ repräsentieren, dann muß es um diese bemitleidenswert bestellt sein.

Die geistigen Waffen des Zentrums.

Alle Jahre, wenn im Rheinland unsere Parteigenossen den Landbewohnern einigen Lesestoff für die Wintermonate bringen, kann man in der Zentrumspresse wüste Degartikel lesen, welche die bäuerliche Bevölkerung auffordern, den sozialdemokratischen Flugblattverteiler einen Empfang zu bereiten, daß ihnen das Wiederkommen für alle Zeiten verleidet werde. Die Artikel schließen jedesmal mit der liebevollen Ermahnung, die sozialdemokratischen Schriften ungelesen ins Feuer zu werfen. Die mittelalterlichen Zeiten, wo man das nämliche Schicksal auch den Verbreitern und den Verfassern bereiten konnte, sind ja zum großen Leidwesen der Kritiker dahin.

An der Spitze solcher frommen Blätter steht die „Koblenzer Volkszeitung“, deren Besitzer und Chefredakteur der Reichstags-Abgeordnete Dr. Markow ist. Schon im vorigen Jahre, am 10. Dezember, hat Bebel diese feige Kampfweise der „Koblenzer Volkszeitung“ im Reichstage tiefer gehängt, wobei er sich auf einen am nämlichen Tage im „Vorwärts“ erschienenen Artikel stützte. In dem genannten rheinischen Blatte, das auf dem Lande eine große Verbreitung hat, waren die Bauern zwischen den Zeilen aufgefordert worden, die sozialdemokratischen Kalenderverteiler mit „ungebrannter Holzschke“ zu traktieren, und in einem anderen Artikel wurde einem unterer Parteigenossen für den Fall, daß er nochmals in das betreffende Weisdorf komme, der Rat gegeben, sich „diz zu leiden“, da ihm das „bei dem zu erwartenden Empfang von großem Nutzen sein könnte“. Kurz vorher waren von der Strafkammer in Koblenz mehrere Zentrumsanhänger zu Strafen von sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil sie einen Sozialdemokraten lediglich seiner Bestimmung wegen mit Weinbergspählen schwer mißhandelt hatten.

Doch läßt die „Koblenzer Volkszeitung“, trotz der Brandmarkung ihrer christlichen Gepflogenheiten in deutschen Reichstagen, nicht von ihrer Kampfweise. Dieser Tage brachte sie wieder einen ihrer Artikel, worin es bezüglich eines unserer eifrigsten Genossen von der weingegregierten Art, der mit seinen beiden Söhnen dort zur Schriftenverteilung hinarbeitete, heißt: „Die sehr energische Abfertigung, die dem Manne in Viers bei seiner „Arbeit“ zu teil wurde, dürfte

Man kann zur Wiederkehr für ähnliche „Arbeiten“ begeistern. Noch in seiner Gegenwart warf man die Fingerringe auf die Straße und rief sie in Freyen und warf sie ihm vor die Füße.“ Diese Schilderung soll die fanatisierte Landbevölkerung veranlassen, es anderswo ebenso zu machen. Dafür spricht schon die Spitzmarke des Artikels: „Die Ketten in Sicht!“

Dass solche Ausfälle sich nicht auf das bloße Zerreißen der Schriften beschränken, sondern regelmäßig von Beschimpfungen, Verwünschungen und Tätlichkeiten begleitet sind, weiß das fromme Koblenzer Blatt, und gerade darauf spekuliert es. —

Die deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen kommen nicht vom Besten, da das einflussreiche amerikanische Schutzzollsystem sich gegen alle bedeutenderen Zugeständnisse an das Deutsche Reich sträubt und bei der gewerblichen Bevölkerung, welcher der hohe Zollschutz als Ursache der gegenwärtigen industriellen Prosperität vorgebildet wird, kräftigen Widerstand findet. Wie dem „Domburg-Korrespondenz“ telegraphisch aus New York gemeldet wird, protestiert namentlich die „Protection Tariff League“ gegen die geplante kommerzielle Begünstigung des deutschen Handels unter Hinweis darauf, daß sie die benachteiligten Exporteure anderer Länder veranlassen würde, den ersten derartigen Fall vor Gericht entscheiden zu lassen, das zweifellos gegen die Administration entscheiden würde.

Danach bliebe für die Regierung, die Deutschland entgegenkommen will, nur eine Verlängerung der Liste der unter Abschnitt 3 des Dingley-Tariffs genannten Artikel. Zu einem solchen Beschluß würde die Regierung nur die ihr jederzeit sichere Majorität im Senat nötig haben, während für einen neuen Handelsvertrag Zweidrittelmajorität nötig ist, die Roosevelt nicht hat. Inzwischen dürfte die Administration nicht geneigt sein, durch Einbringung einer derartigen Vorlage sich in scharfem Gegensatz zu den ihrer eigenen Partei angehörenden Gegnern des Handelsvertrages zu stellen, da immer mehr hervortritt, daß der Präsident und die Administration es als ihre Hauptaufgabe betrachten, den Einfluß der regierenden republikanischen Partei zu stärken. Als Beweis veröffentlichte Blätter unparteiischer Färbung auf Grund von Aufzeichnungen einen Plan Roosevelts, im Jahre 1908 Post die Präsidentenwürde zu sichern und selbst als Führer der republikanischen Partei wie einst McKinley von einem Senatssitz aus die Geschicke des Landes zu bestimmen.

Demonstrationsjurcht.

Die Strafenkundgebungen in Sachsen scheinen manche Behörden dermaßen in Angst versetzt zu haben, daß sie überall die Hydra der Revolution lauern sehen und zu Abwehrmitteln greifen, die in ihrer Komik an gewisse Schilddrüsenkrankheiten erinnern. Kürzlich berichteten wir schon von furchtbaren militärischen Vorbereitungen in Oboitrienlande; doch scheint man nicht nur dort an Angst-Diarrhöe zu leiden, sondern auch im „hellen“ Sachsen; denn der „Leipziger Volkszeitung“ wird folgender Streich aus Würzen gemeldet:

„In Würzen hatte irgend jemand (vielleicht ein Wighold?) das Gerücht verbreitet, an einem der Weihnachtsfeiertage würde eine große Demonstration für das Wahlrecht stattfinden, zu der große Scharen von Arbeitern aus Leipzig kommen würden. Alle möglichen Vorbereitungen waren getroffen worden. In der Artilleriekaserne waren von jeder Schwadron eine gewisse Zahl von Mannschaften bestimmt worden, jeden Augenblick zum Ausrücken mit den Pferden fertig zu sein. Die Posten vor den Munitionslagern hatten Weisung erhalten, bei Annäherungen von verdächtigen Leuten zu schießen, und schließlich hatten einige Offiziere ihre Bedienten beauftragt, Uniform usw. zum „Heraussteigen“ bereit zu halten. Ein Artillerist erzählt uns auch von einer Weihnachtsansprache eines Offiziers, in der besonders von den inneren Feinden die Rede war. Was bloß feste, das waren die — Objekte, gegen die vorgegangen werden konnte.“

Zum Schulgesetzentwurf, der heute den preussischen Lehrentag beschäftigt, nahm gestern bereits die hier abgehaltene Generalversammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen Stellung. Nach einem längeren Referat der Lehrerin Martha Telschow-Berlin, an das sich eine lebhafteste Debatte schloß, wurden einstimmig folgende Leitsätze angenommen:

1. Angesichts der verworrenen und gänzlich veralteten Rechtsgrundlagen der Schulunterhaltung und angesichts der völlig ungenügenden Mittel zur Schulpflege in Dörfern und kleineren Städten ist der Erlass eines Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen eine der dringendsten nationalen und sozialen Aufgaben.

2. Die in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen über Verteilung der Schullasten sowie die in Aussicht gestellte bedeutende Erhöhung der Staatsleistungen werden einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung der preussischen Volksschule zur Folge haben.

3. Die im Entwurf geforderten Schulbaukosten werden den ungenügenden Zuständen in Schulräumen und Lehrertwohnungen allmählich ein Ende machen. Alle diese Bestimmungen sind daher freudig zu begrüßen.

Nicht zu billigen ist aber, daß mit der finanziellen Frage die konfessionelle in Zusammenhang gebracht wird. —

Nach einem Schutz der Versammlungsfreiheit ruft das Organ Antiken-Versteigerung. Solange es der Sozialdemokratie möglich sei, wie in Eisenach, Versammlungen der Ordnungsparteien zu sprengen, sei die Versammlungsfreiheit illusorisch gemacht.

Auch wir wären mit einem wirksameren Schutz der Versammlungsfreiheit durchaus einverstanden. Zum Beispiel wären wir sofort für eine exemplarische Verurteilung solcher Leute zu haben, die Lokalblätter durch Verwünschungen, Einschüchtern, ihr Lokal irgend einer Partei nicht zur Verfügung zu stellen. Wir hätten auch nichts dagegen, daß besonders hohe Strafen Beamte treffen, die ihre amtliche Stellung zu einem solch verwerflichen Zwecke missbrauchen. Solange einem solchen Treiben nicht mit aller Energie entgegengetreten wird, ist in der Tat der arbeitenden Klasse, namentlich in kleinen Städten und auf dem platten Lande das Versammlungsrecht völlig illusorisch gemacht! —

Neue Opfer der Kolonialpolitik. Ein amtliches Telegramm aus Windhuk meldet: Am 21. Dezember d. J. auf Verfolgung von Viehräubern in den Dajatibergen verwundet; Unteroffizier Wilhelm Hande, geboren am 26. 2. 78 zu Groß-Schmüden, früher im ersten Ostasiatischen Infanterieregiment, schwer, Schuß linke Halsseite.

Am 21. Dezember d. J. auf Verfolgung von Viehräubern bei Kalkfontein verwundet; Gefreiter Karl Wagner, geboren am 7. 9. 80 zu Steinau, früher im Momen-Regiment Nr. 6, leicht, Schuß linken Unterarm. Weiter Wilhelm Peters, geboren am 29. 4. 82 zu Bergenhäusen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 31, am 12. Dezember 1905 im Lazarett Hainau an Ruhr gestorben.

An Typhus sind gestorben: Unteroffizier Johannes Thiel, geboren am 15. 6. 80 zu Homburg, früher im Pionierbataillon Nr. 9, am 21. Dezember 1905 in der Krankeisammelfeldstelle Kamansdorf. Militärkrankenwärter Andreas Wolf, geboren am 15. 5. 77 zu Wehringen, früher beim königlich württembergischen Garnison-Lazarett Heilbronn, am 25. Dezember 1905 im Feldlazarett Lüberichshausen.

Weiter Franz Treutlin, geboren am 6. 6. 83 zu Hundelshausen, früher im kgl. bayerischen 9. Infanterie-Regiment, seit dem 9. Dezember d. J. bei Nowos auf dem Wege nach Oshenwache vermisst und bis jetzt nicht aufgefunden. —

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 27. Dezember. (Fig. Ver.) Durch die letzte Gemeinderatswahl erhielten die Sozialdemokraten, wie erinnerlich, alle Stimmen der dritten Kurie und beanspruchten nunmehr — als der dritte Teil der Gesamtbevölkerung — die eine der beiden Vizebürgermeisterstellen. Da die bürgerliche Majorität dies nur bedingungs-

weise zugestehen will, so dürften die sozialistischen Gemeinderäte mit Beginn des neuen Jahres in die Obstruktion treten. —

Frankreich.

Der Prozeß gegen die Antimilitaristen.

Paris, 26. Dezember. (Fig. Ver.)

Der heutige erste Verhandlungstag wurde zum großen Teil mit dem Verhör der Angeklagten ausgefüllt. Sie erklärten einmütig, den Aufruf freiwillig unterschrieben zu haben und die Verantwortung seines Inhalts auf sich zu nehmen. Viele legten ihre antipatriotischen Bestimmungen kurz dar. Die Belastungszeugen waren schnell erledigt. Es waren einige Polizisten, die die Aufrufe von den Mauern heruntergerissen hatten. Unter den Entlastungszeugen, die heute vernommen wurden, befand sich Genosse Paul Lafargue, der dem Angeklagten Perceau, der Parteigenosse ist, das beste Zeugnis ausstellte. Auf die Frage eines Verteidigers, was er von einigen Stellen des Aufrufs halte, antwortete Lafargue: „Das sind sehr vernünftige Vorschläge. Der Offizier, der auf Frauen, Kinder und Streulende schießen läßt, begeht ein Verbrechen.“ Lafargue schilderte den bekannten Arbeitermord von Journies, wo ein betrunkener Hauptmann in eine singende, friedliche Menge hat schießen lassen. Sitten damals alle Soldaten geschossen, so hätte es Hunderte von Toten gegeben! Als der Hauptmann nachher die Gewehre nachsah und einen Soldaten fragte, warum er nicht geschossen habe, antwortete der: „Weil ich meine Mutter in der Menschenmenge gesehen habe.“ — Zum Schluß bezeichnete Lafargue den Prozeß als ein Wahlmanöver gegen die Sozialdemokratie.

Genosse Golly erklärt als Zeuge, er habe seinem Sohne, als er zum Militär eingezogen wurde, eingeprägt: „Wenn man Dich beleidigt, so protestiere dagegen; wenn man Dich schlägt, so schlage wieder, welche Treppen auch immer der tragen möge, der Dich geschlagen hat.“

Paris, 27. Dezember. (B. L. B.) Im Prozeß wegen der antimilitaristischen Anschläge wurde heute Jaurès als Zeuge vernommen. Er führte aus, die Angeklagten hätten ein Recht gehabt, ihre Meinung frei zu äußern, und verbreitete sich dann über die soziale Evolution und die Frage des Verhaltens von Soldaten und Offizieren bei Aufständen. Die Soldaten hätten trotz des Befehles der Offiziere nicht schießen dürfen. Die Angeklagten seien um so mehr berechtigt gewesen, gegen einen Krieg Einspruch zu erheben, als die Zeiten gefährlich und im höchsten Maße unruhig seien. Er billige das Verhalten der Angeklagten vollständig. —

Finnland.

Für das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Die Thronrede, die der finnische Generalgouverneur am Sonnabend zur Eröffnung des finnischen Landtages verlas, erweckt den Eindruck, als ob die russische Despotie nun plötzlich in Finnland ihre Hauptaufgabe darin erblickt, dem Lande ein wirklich demokratisches Parlament zu verschaffen und die bürgerliche Freiheit zu schützen. Bekanntlich sind schon im Jaremanifest vom 4. November zur Einberufung dieses außerordentlichen Landtages Gesetzesentwürfe zu einer Reform der finnischen Volksvertretung auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und zur Sicherung der Freiheit der Staatsbürger angeklagt worden. In der Thronrede werden nun zunächst diese Gesetzesentwürfe erwähnt, jedoch mit der Bemerkung, daß sie — ebenso wie der definitive Budgetvorschlag für die Jahre 1906 und 1907 — noch nicht fertig gestellt werden konnten.

Weiter heißt es: „Ich habe die Initiative zu einer Reform der Volksrepräsentation in Finnland in der Ueberzeugung ergriffen, daß die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Staatsbürger ohne Unterschied der Gesellschaftsklassen oder des Vermögens die Bedeutung erhöhen wird, die die Arbeit des Landtags für das Leben der Nation bisher gehabt hat. Ich erwarte, daß die neuen Rechte, die den Bewohnern Finnlands durch die obigen neuen Gesetze verliehen werden, welche dem Landtage zur Prüfung vorgelegt werden sollen, von sämtlichen Bewohnern Finnlands zum Nutzen des Landes angewandt werden.“

Selbstverständlich ist es nicht etwa guter Wille, der die russischen Despoten veranlaßt, dem finnischen Volke nun statt der früheren barbarischen Unterdrückung volle Staatsbürgerrechte und staatsbürgerliche Freiheiten zu verheißeln, sondern es ist die Frucht des unüberwindlichen Freiheitskampfes des finnischen Volkes, verbunden mit der Not, in die das Jarentum durch die Revolution im Mutterlande geraten ist. —

Som Balkan.

Sofia, 26. Dezember. Infolge des neuen Jungzwangsgesetzes sind heute die Arbeiter aller Kategorien in den Aufstand getreten. Die Sozialdemokraten veranstalteten vor der Sobranje Massen-demonstrationen, die ohne Ausfälligkeiten verliefen.

Am 8. d. M. zeigten wir, wie die türkischen Arbeiter das durch die Gewerkschafts-Novelle geplante Attentat mannhaft abzuwehren wußten. Heute sehen wir, daß auch die bulgarischen Arbeiter sich ihrer Haut zu wehren wissen — erfreuliche Anzeichen dafür, daß auch in den Balkanstaaten der offizielle Schändrian allmählich von den Pionieren des internationalen Proletariats zu Boden gerungen wird. —

Kommunales.

33. Sitzung am Donnerstag, den 28. Dezember 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr vor nur sehr mäßig besetztem Saale.

Ausgelegt sind die Akten betr. die im letzten November vorgelegten Ergänzungs- und Ersatzwahlen zur Versammlung. Von den Stadtvv. Cassel, Rommisen und Dinse ist mit Unterstützung der Alten Linken, der Neuen Linken und der Freien Fraktion am 14. Dezember folgender Antrag eingereicht worden:

Durch den von der Staatsregierung beim Abgeordnetenhaus eingebrachten Gesetzesentwurf betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen droht der Selbstverwaltung der städtischen Gemeinden an ihren Schulen eine Verknüpfung und Aufhebung ihrer bisherigen Rechte in vielen wesentlichen Beziehungen.

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob und welche Maßnahmen derselbe gegenüber dem vorbereiteten Gesetzesentwurf zwecks Erhaltung des Rechts der Stadtgemeinde an ihren Schulen und an deren Verwaltung zu ergreifen beabsichtigt.

Stadtv. Cassel (A. L.): Nach der eingehenden Rede, die ich über den Gegenstand im Abgeordnetenhaus gehalten, bin ich natürlich nicht in der Lage, Ihnen viel neues zu sagen. Der neue Gesetzesentwurf hat die schlimmsten Befürchtungen übertroffen; ganz im Gegensatz zu den Darlegungen von Oneist über den Charakter der Volksschule nach dem A. L. R. wird die Konfessionsschule zur Regel, die Simultanen zur Ausnahme gemacht, und nur in Ausnahmefällen sollen Neugründungen von solchen statthaft sein. Davon wird auch Berlin unmittelbar betroffen. Gelangt es uns nicht, den Charakter unserer Berliner Schulen als Simultanen zur Anerkennung zu bringen, so sehen wir bei der Errichtung neuer Schulen vor den größten Schwierigkeiten. Die Hoffnung, daß der Entwurf, gleichwie der Jeddische 1882, durch einen allgemeinen Enttäuschungsturm des Volkes weggeblasen wird, muß stark sinken, wenn man erwägt, welche Wendung bei den Nationalliberalen und Freikonserverativen der Frage gegenüber inzwischen eingetreten ist. Noch schlimmer als mit jeder Duldung und Toleranz spottenden Konfessionsaltersprinzip steht es mit dem bisherigen kommunalen Selbstverwaltungsrecht, welches durch den Entwurf geradezu vernichtet wird und zwar ohne jede Not vernichtet werden soll. Dem Magistrat steht unter anderem die Anstellung der Lehrer und die Aufsicht über die Schuldeputationen zu. Es ist ein Märchen, daß letztere ihre Funktionen nur ausüben kraft Delegation des staatlichen Aufsichtsbereichs. Dieses Rechtsverhältnis hat allerdings die Schulverwaltung fort und fort zu durcheinander versucht, zum Teil leider mit Glück. Daß dieses Schulrecht tatsächlich so gelagert ist, wie ich darlegte, hat das Oberverwaltungsgericht noch 1900 anerkannt. In dem neuen Entwurf wird nicht einmal das Recht der Gemeinden auf die äußere Leitung unangestastet gelassen, natürlich mit Ausnahme des Rechtes, zu zahlen (weiterer Teil) — soweit hat man Vertrauen zur Selbstverwaltung. Von den bisherigen Rechten der Kommunen an der inneren Schulverwaltung ist in dem Entwurf überhaupt nicht die Rede; auf diese Weise möchte man diesen Rechten gleichfalls den Garauz machen. Die neue Stadt-Schuldeputation, die nach dem Entwurf diese Rechte wahrnehmen soll, raubt der Stadtverordneten-Versammlung fast allen Einfluß, und sie wird auch nicht mehr von uns und vom Magistrat, sondern von der Staatsaufsichtsbehörde kontrolliert. Das Recht der Lehrer- und Direktorenwahl wird den städtischen Behörden ebenfalls bis auf ein ganz wertloses Vorschlags- und Anhörungsrecht entzogen! Das ist doch das Stärkste, was bisher gegen uns versucht worden ist. (Zustimmung.) Wird die bisherige Mitwirkung der Gemeinden ausgeschaltet, so muß die Lehrerschaft ein Organ des Staates und nach der pädagogischen wie nach der staatsbürgerlichen Seite hin eine ergebene Gefolgschaft der Unterrichtsverwaltung werden. (Sehr richtig!) Und wozu alle diese so bedeutlichen Maßnahmen? Nach dem Landrecht sind die Volksschulen Veranstaltungen des Staates, d. h. der Staat hat dafür zu sorgen, daß überall Schulen vorhanden sind. Die Akte des Volksschulwesens aber haben die Gemeinden geschaffen. Stets hat man diese Erfolge der Kommunalverwaltungen auch von oben willig anerkannt und seine Verbeugungen davor gemacht. Aber das ist alles sehr nett und kostet nichts. Herr Stadt befreit die Aufregung über den Entwurf nicht; er weiß also offenbar gar nichts von der Reglementierung gerade in seinem „Ministerium des Geistes“. (Weiterer Teil und Zustimmung.) Von freier Selbstverwaltung kann nach diesem Gesetz nicht mehr die Rede sein, alle Bürger und Organisationen sind dann nur noch Organe des Staates. Es wird dann für Berlin ein Interesse an einer Stadtschuldeputation kaum noch bestehen (Sehr gut!), wenn wir auf diesem Gebiete gar nichts mehr zu sagen haben. (Stadtv. Hoffmann: Generalkritik! Weiterer Teil.) In die Wurzel der Selbstverwaltung wird mit diesem Entwurf die Art gelegt! Wie ein Kanzler und Ministerpräsident wie Wälter diesem Entwurf sein Placet geben konnte, verstehe ich nicht; ich begreife nicht, wie in dem heftigen Kampfe des Bürgerturns mit der Sozialdemokratie die Regierung das erstere aller seiner bisherigen Attribute berauben will. Aber ich halte dafür, daß gegen diesen Entwurf alle Parteien sich vereinigen sollten. Selbst Herr v. Heidebrand hat für die Rechte der Selbstverwaltung in Schulwesen mehr Verständnis gezeigt als die preussische Unterrichtsverwaltung. (Zwischenruf von Stadtv. Singer.) Also der preussische Liberalismus ist am Ende! Herr Singer spielt sich gern als Schulmeister des Liberalismus auf. Wir kennen ja dieses Lied und kennen auch den Herrn Verfasser. Wir werden, wenn wir auch jetzt nicht stark vertreten sind in den Parlamenten, unseren Standpunkt auch jetzt mit Mannhaftigkeit zu verteidigen wissen. (Lebhafter Beifall.) Unser Einfluß wird kein allzu großer sein; aber wenn die anderen Gemeinden sich mit uns vereinigen und das öffentliche Gewissen wachrufen, dann ist doch zu hoffen, daß alle diese Vermählungen nicht ohne Ergebnis bleiben werden. Sich wehren heißt sich ehren! (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner: Der Vorstand des Preussischen Städtetages hat beschlossen, den Preussischen Städtetag zu einer außerordentlichen Tagung auf den 16. Januar einzuberufen. (Bravo!) Auf die Tagesordnung ist lediglich der erwähnte Gesetzesentwurf gestellt. Es ist erkennbar geworden, daß dieser bei allen Kommunen gleichmäßig als schwere Gefahr für die Selbstverwaltung angesehen wird. Auf die Frage, welche Maßnahmen der Magistrat zu ergreifen beabsichtigt, erwiderte ich, daß der Magistrat in diesem Kampfe, den er schon vor 2 Jahren aufgenommen hat, nicht an letzter Stelle stehen wird (Bravo!), aber zunächst wollen wir Fühlung suchen mit den anderen Städten. (Bravo!)

Stadtv. Bergmann (Soz.): Ich habe bei dem Vortrage des Herrn Cassel positive Vorschläge, wie man dem Entwurf zu Leibe gehen soll, vermisst. Wegen die Einberufung des Städtetages haben wir nichts einzuwenden (weiterer Teil), weil wir der Meinung sind, irgend etwas muß in dieser Beziehung geschehen. Wir können nicht glauben, daß er irgend welchen Eindruck machen wird, denn die Wirkung, die man von ihm bei der Fleischnotfrage erwartete, ist verpufft; er hat keine Wirkung zeigen können, weil die dort gebrauchte Wassertrappe dazu wirklich nicht angetan war. Herr Cassel hat Herrn Oneist als Kronzeugen für seine Auffassung herangezogen. Er war dazu genötigt, denn die Simultanen sind kein Programm der freisinnigen, der liberalen Parteien; deren Forderungen sind viel weiter gegangen. Und nicht bloß Politiker, sondern auch weitsichtige Theologen haben einen viel radikaleren Standpunkt als heute Herr Cassel eingenommen, so Schliermacher, so ein anderer Geistlicher, der den Standpunkt vertrat: Hinans mit der Religion aus der Volksschule um der Religion willen! 1890 hebt in einer Schrift über die Volksschule in Frankreich Dr. Max Weigert hervor, welchen eminenten Fortschritt dort die Schule seit der Entfernung des Religionsunterrichts gemacht hat. Und im Februar 1896 machte sich unser Vorsteher Dr. Langerhans diese Forderung im Parlament ausdrücklich zu eigen. (Zuruf: Vertreten wir heute noch!) Wenn das der Fall ist, hat sich doch Herr Cassel ganz und gar damit in Widerspruch gesetzt. Nicht bloß in Frankreich, sondern auch in einer großen Reihe anderer Staaten ist der zwangsweise Religionsunterricht ausgeschlossen, so in den Vereinigten Staaten, in Holland, Italien, Belgien, in der Schweiz. Auch Pädagogen haben diese Forderung in schärfster Weise erhoben, sogar innerhalb der Berliner Lehrerschaft ist dieser Standpunkt entschieden zum Ausdruck gekommen. Das Wirkungswort auf diesem Gebiete ist aber entschieden die im November erfolgte Publikation der Bremischen Lehrerschaft, in welcher der Senat direkt um die Vergebung ersucht wird, den Religionsunterricht in den öffentlichen Volksschulen abzuschaffen. Im Gegensatz dazu hat Herr Cassel im Abgeordnetenhaus erklärt, es sei keineswegs seine Absicht, den Religionsunterricht in der Volksschule abzuschaffen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Da gähnt doch eine solche Luft, daß man sich nicht wundern darf, wenn der Einfluß der freisinnigen Volkspartei im politischen Leben auf Null herabgefallen ist. Den Anklagen wegen der Verknüpfung des Selbstverwaltungsrechtes zolle ich durchaus Beifall, aber die Liberalen haben doch durch ihr Verhalten der Regierung den Weg erst gebahnt. Sie haben seinerzeit unseren Kollegen Singer in die Schuldeputation gewählt, aber als die Regierung ihr nicht befristete, da haben sie sich damit abgefunden, anstatt daß sie ihn immer und immer wieder wählten, wenn sie konsequent sein wollten, und so haben sie selbst die Selbstverwaltung auszuhalten helfen. Unser Kollege Singer hat ja das Wort von dem „Märchen der Selbstverwaltung“ geprägt. Der Oberbürgermeister hat uns einmal gesagt, die Selbstverwaltung beruhe auf der ehrenamtlichen Tätigkeit Tausender von Bürgern. Jetzt steht die Frage so: Wird der Entwurf Gesetz, so wollen wir einmal sehen, ob diese Bürger sagen werden: Nein, wir arbeiten unter einem solchen Gesetz nicht mehr, wir können und werden uns von der Bureaucratie nicht verwalten lassen! Ich warte ab, ob das geschehen wird. Vor nicht erwählte Herr Cassel, daß Besprechungen und Fosen mit dieser Vorlage nicht begünstigt werden sollen. Mit dieser Ausnahme erklärt die Schulverwaltung geradezu ihren Bankrott, denn gerade diese beiden Provinzen bedürfen der aufopferndsten Pflege des Volksschulwesens. 250 Millionen hat man bereits dem Germanisierungsfonds in diesen polnischen Landes-

teilen zugeführt; schon ein Teil dieser Summe hätte genügt, dort das Schulwesen zu heben, und einen Zustand zu beschaffen, wo die Kinder verkümmern und die Lehrer verlaufen. (weiterer Teil.) Die Herrschaft der preussischen Junker haben die

Liberalen seit langem geduldet, ohne dagegen Front zu machen, sie haben Gelegenheitsmacher ohne jedes Prinzip getrieben. Diese Zunderhaufen sind aber nur mit rücksichtslosster Energie bekämpft werden. Das Dreiklassenwahlrecht muß beseitigt werden. Das Bürgerrecht aber hat sich von den Junkern an der Nase herumführen lassen aus blaffer Furcht vor der Sozialdemokratie. Sie haben die Halbheit zum Prinzip erhoben und damit kommen Sie nicht vorwärts! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.): Es ist dies doch nicht der Ort, politische Gegenstände auszutragen. Meine Freunde betrachten den Entwurf als einen schweren Schaden für das Volk. Der innere Grund für das Vorgehen der Regierung ist der reaktionäre-kerisale Geist, der im Landtage und seit einigen Jahren in der Regierung herrscht. Hoffentlich wird das Votum des Stadtlages mächtig genug sein, das Volk nachhaltig aufzuregen gegen einen solchen Angriff auf unsere Kultur!

Stadtv. Rosenow (N. L.): Nach dem Entwurf sind nicht nur die weltlichen Mitglieder der Schuldeputation, sondern auch der Schulkommissionen der Bestätigung unterworfen, ein Rückschritt ohne gleichen! Woher soll die Freudigkeit der Beteiligten kommen bei solcher Anordnung? Die Bestimmungen über die Lehrerwahl müssen direkt zur Korruption führen. Es ist nicht der Geist, sondern ein Ungeist, der dieses Gesetz erzeugt hat; rütteln wir die Bevölkerung auf, damit sie sieht, vor welcher Gefahr sie steht!

Stadtv. Cassel stellt fest, daß mit der Erklärung des Oberbürgermeisters namens des Magistrats der gestellte Antrag keine Entscheidung gefunden hat und zieht ihn zurück. Er bringt dafür folgenden Antrag ein:

Die Versammlung ersucht den Magistrat mit allen gesetzlichen Mitteln auf Beseitigung der der Selbstverwaltung der Gemeinden an ihren Schulen durch den von der Regierung eingebrachten Schulgesetzentwurf drohenden Gefahren hinzuwirken, und erklärt ihre volle Bereitwilligkeit, den Magistrat in diesem Bestreben mit allen Kräften zu unterstützen.

Redner führt dann aus:

Die von uns gestellte Anfrage forderte ja den Magistrat auf, Maßnahmen anzugeben, auch weiß ja auch Herr Borgmann, daß die der Gemeinde zu Gebote stehenden Mittel begrenzt sind. Meine Neuherungen im Abgeordnetenhaus habe ich ausreicht. Die Situation ist außerordentlich ernst; wir alle hier haben das Interesse, eine Schädigung unserer Selbstverwaltung abzuwehren und mindestens, wenn nicht anderes möglich ist, unseren lauten Protest erklären zu lassen! Wir geben damit dem Empfinden der ganzen Bürgerschaft Ausdruck.

Stadtv. Ladevieg (N. L.) bekennet sich zu der Auffassung, daß der Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen sei, kann aber nicht erkennen, wie die Belohnung dieses Prinzips dem Gesetzentwurf den Boden zu entziehen geeignet sei.

Stadtv. Dr. Breuß (soz.-fortsch.): Man betont heute die Einmütigkeit, den gemeinsamen Protest. Dazu betone ich, daß wir bei der Einbringung des Antrages nicht zugezogen worden sind. Man darf nicht übersehen, daß Selbstverwaltung sich nicht erzwingen läßt, daß der Protest nur dann Wert hat, wenn die Bürgerschaft fest entschlossen ist, dann nicht mehr mitzumachen, sich eine solche capitis deminutio nicht gefallen zu lassen. Dann wäre das Gesetz unausführbar, dann hat man aber papierne Proteste überhaupt nicht nötig.

Stadtv. Singer: Wir werden dem neu eingebrachten Antrag zustimmen, weil wir ihn für richtig halten. Das Gefühl der Beunruhigung, das der Vorredner durchdringen ließ, weil er nicht zugezogen war, teile ich nicht; es ist besser, wenn Leute, die innerlich nicht zustimmen, nicht gemeinsame Anträge stellen. Der Kollege Kommissen setzt selbst bei dieser Regierung noch Reste eines guten Herzens voraus, indem er glaubt, die Regierung opfere schweren Herzens gewisse Ideale dem Junterparlament. (Widerspruch Rosenow.) Ich habe es so verstanden, bin übrigens immer zufrieden, wenn jemand sich bessert. Der Vorwurf Borgmanns gegen den Liberalismus, wie ihn Herr Cassel im Abgeordnetenhaus verteidigt und der sich mit der Stimulanzschule zufrieden geben will, ist durchaus berechtigt. Borgmann hat festgestellt, daß der Liberalismus keine früheren Prinzipien beim Schulgesetz nicht einmal mehr zu betonen für nötig hält, und Herr Cassel hat nicht mit einem Wort den Beweis der Unrichtigkeit führen können. Es ist doch sehr möglich, bei solchen Gelegenheiten die Ursachen des Niederganges des Liberalismus klar zu stellen; er ist selbst Schuld an seinem Niedergang, weil er dem Vorwärtigen der Reaktion keinen Widerstand entgegengesetzt hat. Die Sozialdemokratie ist auch hier das mächtigste Bewußtsein des Liberalismus geworden; auch hier auf dem Schulgebiet halten wir allein die Tradition des alten Liberalismus hoch; das ist kein Verdienst der Sozialdemokratie, das ist die Schuld des Liberalismus! (Beifall.)

Stadtv. Cassel: Herr Singer stellt sich hier wieder als Verteidiger des Liberalismus dar, aber das gelingt ihm nur mit Salto mortale über die geschichtliche Entwicklung. Den Vorwurf, daß ich ein Anhänger der Stimulanzschule bin, lasse ich mir in Liebeseinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Versammlung sehr gern gefallen. Das Bedauern des Kollegen Breuß betrifft eine reine Einzelnenfrage. Auch Herr Singer erklärt ja, dem Antrage zuzustimmen, weil er ihn für richtig hält. Wir werden ja auch nicht gefragt, wenn jene Herren ihre Anträge stellen.

Damit schließt die Beratung.

Stadtv. Kommissen erklärt persönlich, von Herrn Singer ablosul mißverstanden worden zu sein.

In der Abstimmung wird der neue Antrag Cassel einstimmig angenommen.

Auf den Beschluß der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, angeht die eingetragenen und sich voraussichtlich im nächsten Jahre noch steigenden Lebensmittelpreise, sowie die für städtische Beamten und Arbeiter Gehaltsaufbesserungen bezugnehmend, vorweg zu gewöhnliche vorübergehende Teuerungszulagen in Erwägung zu ziehen, hat der Magistrat am 18. Dezember der Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, wonach er beabsichtigt, bezüglich der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne, die zurzeit einer Revision unterworfen werden, entsprechende Anträge für den Stadtbauetat pro 1900 zu stellen; inzwischen soll den Beamten mit bis 3000 M. Dienstentlohn eine Beihilfe von 75, Arbeitern und Nichtbeamten mit gleich hohem Entlohn eine solche von 50 M. gewährt werden. Die erste Hälfte der Beihilfen soll sofort nach der Zustimmung der Versammlung, der Rest Mitte Februar zur Auszahlung gelangen. Berücksichtigt werden sollen auch die Feuerwehrlente, ausgeschlossen dagegen sein die jugendlichen Arbeiter der Straßenreinigung (Alphaldrischen) und alle Personen, welche in den der Auszahlung vorangegangenen 3 Monaten nicht mindestens 60 Tage im Dienste der Stadt gestanden haben. Erforderlich als Teuerungszulagen sind überschläglich 550 000 M., wovon 10 000 M. zur Verstärkung des Stämmereifonds verwendet werden sollen. Der gesamte Betrag ist auf die Ueberschüsse des Rechnungsjahres 1904 angewiesen.

Stadtv. Singer: An der Vorlage gefallt mir am besten die Mitteilung, daß der Magistrat mit Erörterungen über die Aufbesserung der Gehälter und mit entsprechenden Vorschlägen zum nächsten Etat beschäftigt ist. Ich hoffe und wünsche, daß, wenn die Zukunft zur Fleischteuerung noch eine Vortteuerung und eine Teuerung aller Lebensmittel tritt, der Magistrat da für seine Abfichten ein reiches Feld der Betätigung finden möge. Man darf annehmen, daß ihm, wenn er erhebliche Lohnsteigerungen vornimmt, die Zustimmung der Versammlung nicht fehlen wird. Es ist im Magistrat schnell und gut gearbeitet worden; aber einige Ausstellungen müssen gemacht werden. Ich sehe keinen Grund für den Unterchied, der zwischen Beamten und Arbeitern gemacht werden soll. Ich bin nun nicht der Meinung, daß die Beamten auch nur 50, sondern vielmehr der Meinung, daß auch die Arbeiter 75 M. bekommen sollen. In zahlreichen Aufschriften an uns bitten die Beamten und Angestellten mit etwas höherem Gehalt als 2000 M. ebenfalls bedacht zu werden. Bei aller Bedingung, die diese Wünsche verdienen, muß man doch vom Verwaltungspunkt aus eine Grenze finden; es wird nichts übrig bleiben, als die Wünsche dieser

Kategorien auf den nächsten Etat zu verschieben. Auch die Ausnahmen, die nach der Vorlage gemacht werden sollen, kann ich nicht mißbilligen. Es liegt daher nicht der geringste Grund vor, noch Ausschuhberatung stattfinden zu lassen. Wenn ja, so ist in diesem Falle das Wort richtig: „Wer schnell gibt, gibt doppelt“, und daß im Ausschuh eine Erhöhung der Zulage beschlossen werden würde, wird wohl niemand glauben. Geht man erst in einen Ausschuh, so kommt, bis die Beratung abgeschlossen ist, die Zeit heran, wo schon die zweite Rate zur Zahlung gelangen sollte. Berabschieden Sie die Sache endgültig noch in diesem Jahre, damit diejenigen Kollegen, welche mit Neujahr ausscheiden, die Freude haben, noch am letzten Abend ihrer Tätigkeit ein gutes Werk zu tun. (Heiterkeit.)

Stadtv. Haberland (N. L.): Wir müssen die schematische und schablonenhafte Regelung der Zulagen, die wir an sich nicht beanstanden, verwerfen. Wir wollen eine gerechte Verteilung. Es wird auch bei unseren Arbeitern und Angestellten nicht darauf ankommen, ob sie 14 Tage oder 8 Wochen später die Zulage erhalten.

Stadtv. Kommissen ist persönlich gegen Ausschuhberatung.

Stadtv. Singer stellt den Antrag, die Magistratsvorlage anzunehmen und den Magistrat zu ersuchen, allen Beihilftigen die Summe von 75 M. zuzuwenden.

Stadtv. Deutsch (soz.-fortsch.) tritt diesem Antrage bei und hält gegenüber der anwesenden Vorlage die Ausführungen des Kollegen Haberland nicht für zutreffend.

Oberbürgermeister Rischner: Die Unterscheidung zwischen Verheirateten und Unverheirateten hat sich als kaum ausführbar erwiesen. Die Erhöhung auf durchweg 75 M. würde circa 335 000 M. mehr erfordern.

Stadtv. Haberland kann nicht einsehen, warum unbedingt heute die Sache erledigt werden muß. Den Arbeitern in Privatbetrieben würden keine Teuerungszulagen gewährt (Widerspruch), sondern nur vereinzelt. Von einer Vorlage der städtischen Arbeiter zu sprechen, sei unbedeutend.

Der Antrag auf Ausschuhberatung wird in zweimaliger Abstimmung abgelehnt, und die Versammlung tritt in die zweite Beratung ein, die sich ebenfalls sehr langwierig gestaltet.

Von dem Stadtv. Ballach geht ein Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, 25 M. sofort zur Auszahlung zu bringen, den Rest der Vorlage aber in einem Ausschuh zu beraten. Der Antragsteller macht geltend, daß mit diesem Antrage, der materiell dem Magistratsvorlage gleichstehe, dem Vortwurf vorgebeugt werden soll, als beabsichtige er nur eine Verschleppung der Angelegenheit.

Stadtv. Singer: Der ganze Antrag Ballach ist mir unverständlich. Wie kann er die Vorlage unmotiviert nennen, ohne zu begründen, daß er sich selbst und der Versammlung einen Schlag ins Gesicht versetzt, denn die Initiative zu der Vorlage ist aus unserer Mitte entsprungen. Herr Ballach ist auch sachlich im Unrecht. Wenn der Magistrat uns beigestimmt hat, so wäre es doch geradezu absurd, wenn sich jetzt aus der Versammlung Widerspruch erhebt. Erörtern Sie doch der Öffentlichkeit dieses Schauspiel; raffen Sie sich auf, ein paar Hunderttausend Mark im Augenblick der Not zu geben. Wie viel Leute werden die 25 M. benutzen, um den Winter aus dem Leihamt einzulösen! (Unruhe.) Hat es vielleicht keine Bedeutung, wenn wir vom Magistrat gleichzeitig ersucht werden, den Unterstützungsfonds der Stämmerei zu erhöhen? Die 25 M., 14 Tage früher gegeben, schließen manche Wohltat ein. Wie oft sind nicht hier mit munifizenter Hand Gelder bewilligt worden, wo von einer Vorlage der Empfänger keine Rede sein konnte!

In der weiteren Debatte, an der sich noch Stadtv. Kambau, sowie die Stadtv. Haberland, Ballach, Kommissen, Singer und Cassel zum Teil wiederholt beteiligen, protestiert Stadtv. Ballach gegen die Auffassung, als ob eine große Hülfsaktion überhaupt erforderlich wäre; so schüme ich mit den Bezügen der städtischen Unterbeamten und Arbeiter denn doch nicht aus. Stadtv. Cassel befürwortet den Antrag Ballach und weist die Besorgnis zurück, als ob an dem Vorschlage des Magistrats etwas verkürzt werden könnte.

Schließlich wird der Antrag Ballach angenommen.

Den letzten Gegenstand, Prüfung der Wahl des Stadtv. Herzberg, beauftragt Stadtv. Ballach von der Tagesordnung abzulegen.

Stadtv. Singer: Ich habe zu diesem Antrage, dessen Annahme jetzt um 1/10 Uhr wohl feststeht, eine Erklärung abzugeben. Es liegen heute die Wahllisten aus, und wenn bis zum Schluß der Sitzung kein Widerspruch erhoben wird, gelten auch unsererseits diese Mandate für gültig. Ich würde bei der Wahl Herzberg zu jenen Wahlen Ausführungen machen, die ich nicht machen kann, wenn die Vertagung angenommen wird. Ich muß daher jetzt gegen die Wahlen der Herren Rosenow und Rettig im 10. und 30. Bezirk III. Wt. formellen Widerspruch erheben, denn bei diesen Wahlen sind Dinge vorgekommen, die durchaus öffentlich besprochen werden müssen. (Beiwegung.)

Nach weiteren Bemerkungen des Stadtv. Kommissen, des Vorstehers und des Stadtv. Singer, die indes bei der großen Unruhe der Versammlung für die Tribüne verloren gehen, wird die Vertagung beschlossen.

Der Vorsteher schließt nach 1/10 Uhr die Sitzung mit einem Abschiedswort an die nicht wiederkehrenden Kollegen.

Gewerkchaftliches.

Berlin u. Umgegend.

Ueber die „Prachtfälle des Ostens“, Inhaber D. Franz, Frankfurter Allee 151/152, hat der Verband deutscher Gastwirtsgehülfen für seine Mitglieder die Sperrre aufgehängt und dies wiederholt im „Vorwärts“ veröffentlicht. Nachdem dies wiederholt geschehen, fand der Gastwirt Franz das Bedürfnis für eine „Erwidern“. Herr C. erklärt, daß die „Verhältnisse wesentlich anders liegen“ und behauptet, er beschäfigte ständig einige Verbandsmitglieder. — Dem ist nicht so.

Vor Eröffnung der „Prachtfälle“ sandte Herr C. dem Verbands einen jungen Mann (angeblich einen Verwandten) beauftragt Aufnahme, die auch vollzogen wurde. Betreffender ist jedoch bereits wieder aus dem Verbands ausgeschlossen worden und ist vorstehend bemerkt wohl derjenige, den Herr C. mit den „einigen ständigen Verbandsmitgliedern“ in seiner „Erwidern“ meint.

Unwahr ist in der „Erwidern“ von C., daß bei einer Bestimmung für Keiner seinerseits ihm die telephonische Antwort wurde, „daß die organisierten Keiner mit den bei ihm beschäftigten „Leuten“ nicht arbeiten wollen“. Vielmehr ist kurz erwidert worden: „Bedauere, Ihren Antrag nicht ausführen zu können.“ Vorstehendes geschah in Konsequenz der am vorigen Tage unter Hinzuziehung etlicher maßgebender Genossen geführten Verhandlungen. Wichtig ist, daß der Vorstand sich weigerte, wie Herr C. in agrarischer Zone sich auszubringen beliebt, „seine Leute“ in den Verband aufzunehmen, indem diese ihrem „Herrn“ die Arbeit unter dem Tarife verrichten.

Daß Herr C. sein gegebenes Versprechen, sein Personal vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes zu entnehmen, nicht eingelöst hat, wagt er nicht zu bestreiten, ebenso wenig wie er den Vorwurf zu entkräften versucht, daß der Lohnstarif der Stein des Anstoßes ist.

Unterzeichneter erklärt deshalb zu wiederholtem Male, daß die „Prachtfälle des Ostens“ für seine Mitglieder gesperret sind. Der Vorstand des Verbandes deutscher Gastwirtsgehülfen.

J. A. Fr. Braun.

Deutsches Reich.

Streifbrotvermittlung.

Im „Regulator“, einem Organ der Gewerksvereine Hirsch-Dunkerler Richtung, werden für die Eisenwerke Benzing in Tangermünde Formere gesucht. Da seit Mitte November die dortigen Formere im Streik stehen, kann es sich nur um Arbeitsvermittlung für Streifbrot handeln. Wir ersuchen alle Formere, Arbeitsangebote nach Tangermünde abzulehnen.

Die Lohnbewegung in der Wäschebranche zu Bielefeld ist zu Gunsten der Streikenden beendet. Im Laufe der vorigen Woche sind unter der Leitung des Herrn Landgerichtsdirektor Löber fortwährend Verhandlungen gepflogen worden, die am Samstag in einer Dauersitzung von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 1/2 Uhr, unterbrochen durch eine kurze Mittagspause, ihren Abschluß gefunden haben. Das Resultat der Verhandlungen war die Festlegung der 1/2 stündigen Arbeitszeit, Lohnzulagen von 8—12 Proz. (bei besonders schlechten Positionen besondere Zulagen); Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Für die im Tagelohn arbeitenden Arbeiterinnen sind materielle Vorteile nicht erzielt worden, aber sie nehmen an der nicht zu unterschätzenden Verkürzung der Arbeitszeit teil. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am Mittwoch früh.

Russland.

Der Verband der österreichischen Bergarbeiter beruft für den 7. Januar eine große Bergarbeiter-Versammlung ein, in welcher die Forderung auf eine 20prozentige Lohnsteigerung aufgestellt und die Frage eines eventuellen Klassenstreiks erörtert werden soll.

Der Belagerungszustand in Tshun.

Bern, 26. Dezember. (Fig. Ver.) In Tshun streifen circa 250 Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallwerke von Salbe, der ein preussischer Kommerzienrat und schicksalreicher Millionär ist, aber in seiner Fabrik unbedeutende Arbeits- und Lohnverhältnisse hat, trotzdem er ausschließlich für die eidgenössische Militärverwaltung arbeitet. Die Arbeiter versuchen bereits alles mögliche, um zu einer Verständigung mit dem Fabrikanten zu kommen, aber vergebens. Sie rufen auch den Kriegsminister Müller, ein gewalttätiger und brutaler Selbstadpolitiker, um seine Vermittlung an, allein er bebauerte nur den Streik, die maßlose Ausbeutung der Arbeiter und die profigne Haltung des Kommerzienrates aber bebauerte er nicht. Dagegen steht wie immer in der Schweiz die ganze öffentliche Macht auf Seite des Unternehmers und gegen die Arbeiter und nun hat die Berner Kantonsregierung zum Schutze der geübenden Herren Streifbrot auch noch eine Streifbrotverordnung mit Verbot des Streikpostens erlassen, der Versammlung der Streikenden usw. erlassen, also den keinen Belagerungszustand verhängt. Das geschieht nun schon zum zweitenmale in diesem Jahre von derselben Regierung, die im Mai gegen die streikenden Schreiner in Bern mit den gleichen Mitteln vorging. Mit dem Belagerungszustand kann jeder Gjel regieren.

Der Ausstand der Pariser Spezereiangestellten.

Paris, 26. Dezember. (Fig. Ver.)

Der Streik der Spezereiangestellten hat trotz der entgegenstehenden Meldungen der offiziellen Depeschendirektion einen für die Ausständigen recht günstigen Abschluß gefunden. Der Unternehmerverband, der erst alle Zugeständnisse verweigert hatte, bewilligte angesichts der Zunahme der Bewegung einige der wichtigsten Forderungen. So wurde den Angestellten, die über 21 Jahre alt sind, zugestanden, außerhalb der von den Unternehmern in den Kaufhäusern eingerichteten Kasernen zu wohnen. Diejenigen, die von diesem Recht Gebrauch machen, sollen einen entsprechenden Wohnungsbeitrag erhalten. Die Urlaubsberechtigungen sollen künftig in größerem Ausmaß erteilt werden. In bezug auf die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit konnten die Gehälftenvertreter nur die Einwilligung der Unternehmer, die Frage mit ihnen gemeinsam zu studieren, erhalten. Die volle Sonntagsruhe war nicht durchzusetzen. Einige der größten Häuser wollen indes ihren Angestellten eine 1/2 stündige Arbeitsruhe von Sonntagmittag bis Montagmittag gewähren. Die Versammlung der Streikenden hat auf Vortrat des Streikkomitees diese Beschlüsse angenommen. — Der Streik der Spezereiangestellten hat wieder einmal offenbar gemacht, wie rücksichtslos die gewerbliche Organisation in Frankreich ist, und selbst in dem von so vielen Revolutionen durchführten Paris. In dieser Stadt, deren Arbeiterklasse so oft ihre Kehrseite dem Tageslicht zugewendet haben, hat sich die Ordnung insbesondere der kaufmännischen Betriebe seit der Zeit, da der mittelalterliche Gewerzhändler die höchste Stufe kapitalistischer Unternehmung darstellte, weniger als anderswo in Westeuropa verändert. Die Bourgeoisie hat hier auch unter dem modernen Kapitalismus die patriarchalischen Ausbeutungsformen nach Möglichkeit erhalten. Erst der proletarischen Massenorganisation ist es vorbehalten, diesen historischen Schutt wegzuräumen, der auch der kapitalistischen Entwicklung selbst im Wege gestanden und dessen Konzentrierung der französischen Gesellschaft den Kleinbürgerlichen Charakter, besonders auch die Kleinbürgerliche Armut und Kurzsichtigkeit bewahrt hat, die sie im weltkapitalistischen Konkurrenzkampf ins Hintertreffen haben geraten lassen.

Ein großer Buchdruckerstreik steht für den Januar in Amerika bevor. Die Beleger der großen Zeitschriften rüsten sich bereits darauf ein, indem sie ihre Nummern für die nächsten drei Monate in größter Eile und unter Verwahrung aller verfügbaren Materials fertiggestellt haben. Die Arbeiter fordern den Achtstundentag an Stelle des bisherigen Neunstundentages. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderung ab und antworteten mit der Einführung des Systems der „offenen Werkstatt“, d. h. sie stellten auch Leute ein, die nicht der Organisation angehören. Die Arbeiter erklären, sie könnten Maschinenfeyer aus den von den Arbeitgebern eingerichteten Schulen erhalten, in denen die Leute in 90 Tagen vollkommen ausgebildet würden. 90 Tage sind allerdings eine lange Zeit, in der sie sich die Sache noch genügend überlegen können, und manches „Schwarzbein“ wird nach vollendeter Lehrzeit genugsam dastehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Ausstände in Petersburg.

Petersburg, 28. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Zahl der Ausständigen in Petersburg beträgt 37 000. Einige Fabriken und Werksstätten, deren Eigentümer fürchteten, daß sie gezwungen sein würden, den Betrieb vor dem Weihnachtsfest einzustellen, wurden geschlossen. Die Einbuße an Lohn, welche die Ausständigen während der letzten Woche erlitten haben, beläuft sich auf 523 000 Rubel.

Folgen des Eisenbahner-Ausstandes.

Odesa, 28. Dezember. (B. S.) Der Gesamtverkehr zwischen Bodvolocpska, Odesa und Kiew ist eingestellt; auf allen russischen Stationen haben sich die Güterzüge derart angehäuft, daß es unmöglich ist, daß in denselben befindliche Vieh zu füttern, weshalb die meisten Tiere verenden.

Beschaffungen in Reval.

Reval, 27. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der am 24. Dezember angefangene Zusammentritt des Kongresses von Vertretern der Landgemeinden ist von der Polizei nicht genehmigt worden. Ein Teil der Delegierten sowie Arbeitervertreter verammelten sich letzte Nacht im Kellerkloster der Fabrik Volta zu einer geheimen Sitzung. Die Polizei verhaftete alle Teilnehmer dieser Versammlung und beschlagnahmte Schriftstücke. Unter den Festgenommenen befindet sich der Gemeinderat und Gehülfe des Bürgermeisters der Stadt Piast, Ingenieur Bender, sowie die Gemeinderäte Feimant und Strandmann. Die Zahl der Beschäftigten beträgt 70. Die Hüge verfahren unregelmäßig, da ein beträchtlicher Teil der Maschinen ausständig ist.

Das Tunnelprojekt der Großen Berliner Straßenbahn

zeigt, wie wir schon kurz mitteilen, in dem jetzt ausgearbeiteten vorliegenden Spezialentwurf mehrfache Änderungen der Linienführung, die notwendig geworden sein sollen, weil die Kreuzung mit der Unterpflasterbahn Süd-Nord und mit der Untergrundbahn Potsdamer Platz-Spittelmarkt Schwierigkeiten bereitet.

Der Erläuterungsbericht, so meldet eine straßenbahnoffizielle Korrespondenz, zerfällt in drei Teile: 1. Untergrundbahn Potsdamer Brücke-Neue Grünstraße mit Abzweigung an der Mauerstraße, 2. Untergrundbahn Siegesallee-Platz am Opernhaus, 3. Ergänzungen und Abänderungen im oberirdischen Straßenbahnbau. Der oberirdische Betrieb geht an der Viktoriastraße in den Tunnelbetrieb über. Um dies zu erleichtern, und gleichzeitig die Potsdamerstraße zwischen Potsdamer Brücke und Bülowstraße zu entlasten, wird von dem Tunnel aus ein Anschlussgleis über die westliche Abzweigung der Potsdamer Brücke durch das Schöneberger Ufer und Blumenhof gelegt, während ein weiteres Anschlussgleis für die die Potsdamerstraße entlang fahrenden Wagen nach der Potsdamerstraße geplant ist. Die Tunnelbahn beginnt östlich vom Landwehrkanal an der Ecke der Königin-Auguste- und der Viktoriastraße mit einer Rampe im Häuserblock zwischen Viktoria- und Potsdamerstraße, wofür sie in die viergleisige Untergrundbahn übergeht. Sie erreicht noch innerhalb des Häuserblocks die erforderliche Tiefenlage, so daß sie gegenüber der Eichhornstraße unter dem Bahndamm der Potsdamerstraße weiter geführt werden kann. Der viergleisige Ausbau soll nur bis zur Mauerstraße geführt werden mit Rücksicht auf die geplante südliche Süd-Nord-Linie. Der nordöstlich abzweigende Tunnel schwenkt in den Häuserblock zwischen Kronen-, Mauer-, Leipziger- und Friedrichstraße ein und erreicht innerhalb des Blocks die Straßenhöhe der Kronenstraße vor der Friedrichstraße. Der andere zweigleisige Tunnel verfolgt dann die Leipzigerstraße bis zum Spittelmarkt und soll nach dem geänderten Plan hinter dem Hause Seydelstraße 81 in den Häuserblock hineinrücken. Innerhalb desselben wird die Bahn bis zur Straßenhöhe geführt, um dann in der Wallstraße den oberirdischen Anschluss zu erreichen.

Die Untergrundbahnstrecke Siegesallee-Opernhaus schließt an die Gleise der Charlottenburger Straßenbahn an. Die Gleise werden zwischen der Duer- und Flor-Allee, etwa 220 Meter westlich von der Siegesallee, sich gegen Norden in den Tiergarten wenden, wo ungefähr an der Flora-Allee die Gleise in einer offenen Rampe sich in den Tunnel hinabziehen. Dieser schwenkt dann kurz vor der Siegesallee nach der Charlottenburger Chaussee zurück und fährt unter der letzteren bis zu dem Platz am Brandenburger Tor. Bei Eintritt unter diesen Platz entwickelt sich die Bahn zu einer viergleisigen Strecke. Die inneren Gleise biegen in die um das Brandenburger Tor gelegte Ringbahn ein. Die beiden äußeren Gleise werden tiefer eingesenkt, um sie unter die Verbindungsfreuden der Ringbahn hinwegzuführen. Hierdurch wird ein Durchgangsverkehr von Westen nach Osten, ohne Kreuzung der von Süden nach Norden führenden Bahn ermöglicht. Die Abzweigungen nach Norden und Süden in die Sommer- und Königsgrabenstraße sind nur von kurzer Ausdehnung und hier steigen die Bahnen wieder in offenen Rampen zur Straßenhöhe empor. Westlich vom Brandenburger Tor vereinigen sich die vier Gleise wieder zur zweigleisigen Strecke innerhalb des bis zum Platz am Opernhaus geplanten Tunnels. Am Opernhaus endigt der Tunnel in eine unterirdische Rundbahn, in welche die von Süden nach Norden führenden Gleise einmünden. Die Gleise senken sich in einer vor der königlichen Bibliothek liegenden Rampe und steigen auf der Nordseite im Kastanienwäldchen vor der Universität wieder auf Straßenhöhe. Die unterirdische Gleisanlage vom Süden nach Norden kann, so läßt die „Große“ großmütig versichern, eventuell auch die Straßenbahnlinien der Stadt Berlin aufnehmen. Hier würde dann einerseits ein Verbindungsgleis vom Platz an der Hedwigikirche durch die Behren- und Wallgrabenstraße nach der Französischenstraße und durch die Behren- nach der Charlottenstraße, andererseits ein Verbindungsgleis von der Dorotheenstraße durch den Kupfergraben nach der Erlenauer Brücke zu schaffen sein.

Bezüglich der Bauausführung sind Maßnahmen getroffen, welche eine Verkehrsstörung in der Leipzigerstraße verhindern sollen. Es wird beabsichtigt, das Tunnelprofil in zwei Hälften auszuführen, was durch Anordnung von Pfeilern, auf welchen die Deckenträger gestützt sind, ermöglicht wird. So bleiben die beiden Bürgersteige unberührt und je nach dem Fortschritte des Baues rechts oder links ein sechs Meter breiter Fahrweg zur Verfügung. Um den Bau nach Möglichkeit zu beschleunigen, soll derselbe an mehreren Stellen gleichzeitig in Angriff genommen werden, jedoch so, daß nicht eine längere Strecke der Leipzigerstraße hierdurch gesperrt werden muß.

Zur Ergänzung für das Untergrundbahnbau sind auch Änderungen im oberirdischen Straßenbahnbau erforderlich. So würden neue Gleisanlagen durch die Vohstraße mit Anschlussweichen nach beiden Richtungen in der Kronenstraße, durch die Kronenstraße mit Anschlussweichen nach allen vier Richtungen in der Charlottenstraße und beiden Richtungen in der Jerusalemstraße, durch die Kronenstraße mit Anschlussweichen nach der nördlichen Richtung der Charlottenstraße und beiden Richtungen der Jerusalemstraße, ferner die Herstellung eines Anschlussgleises von der Wallstraße aus, 1. durch die Neue Grün- nach der Gertraudenstraße, 2. durch die Hofstraße nach dem Köllnischen Fischmarkt bzw. Breitenstraße, 3. durch die Neue Hofstraße nach der Alten Jakobstraße erforderlich. Zum weiteren Ausbau des durch die Untertunnelung durchführbaren Straßenbahnbau werden nach Ansicht der Direktion der „Großen“ ferner erforderlich Verbindungs-gleise auf der Westseite des Bülowplatzes, durch die Künbergstraße von der Kurfürstentor bis Kurfürstendamm, in der Lutherstraße von der Augsburger bis zur Hofstraße, in der Bellevue-Allee von der Charlottenburger Chaussee bis zur Paulstraße, sowie Anschlussweichen von der Invalidenstrasse nach der Chausseestraße (Vorrichtung) und am Großen Stern von der Charlottenburger Chaussee nach der Altonaerstraße.

Was die „Große“ mit ihrem Tunnelprojekt will, geht auch aus diesem Spezialentwurf und dem dazu gehörigen Erläuterungsbericht noch nicht mit voller Klarheit hervor. Die Rentabilität dieses Projektes erscheint angesichts der ungeheuren Kosten sehr fraglich. Daß aber die „Große“ sich in Unternehmungen stürzt wird, an denen nichts zu profitieren ist, glaubt ihr kein Mensch. Da wird sie wohl den Profit aus einer ganz anderen Quelle erwarten, vielleicht aus der Ersparung und Verzögerung, die den oben erwähnten anderen Projekten: der von der Stadtgemeinde geplanten Unterpflasterbahn Süd-Nord und der von Siemens u. Halße geplanten Untergrundbahn Potsdamerplatz-Spittelmarkt, aus dem Tunnelprojekt der „Großen“ erwachsen kann.

Sehr hübsch ist das großmütige Anerbieten, auch der Stadtgemeinde für ihre eigenen Straßenbahnen die Mitbenutzung des Opernplatztunnels gestatten zu wollen. Früher hatte man immer gedacht, die Untertunnelung des Opernplatzes werde von der Stadtgemeinde ausgeführt werden, und dann werde die „Große“ von den städtischen Behörden die Erlaubnis zur Mitbenutzung dieses Tunnels erbitten müssen. Soll sich das Verhältnis jetzt umkehren? Möglich ist es, und vielleicht wußte der Stadtverordnete Haberland Bescheid, als er in der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte, die „Große“ habe ja die Genehmigung zu ihrem Tunnelprojekt bereits in der Tasche. Was die Stadt zu ihrem

eigenen Grund und Boden bisher nicht zu erreichen vermochte, hätte dann die „Große“ spielend erreicht: die Untertunnelung nicht nur der Leipzigerstraße, sondern auch des Opernplatzes.

Kommt der Opernplatztunnel zustande und beansprucht die Stadt die Mitbenutzung für die städtischen Bahnlilien, so wird die „Große“ ihr diesen Gefallen schwerlich ohne reichliche Gegenleistung erteilen wollen. Man vergleiche hierzu die „Änderungen im oberirdischen Straßenbahnbau“, die als „Ergänzung für das Untergrundbahnbau“ geplant sind. Wer herrscht auf und unter den Straßen Berlins?

Aus der Partei.

Der politische Massenstreik,

ein Kampfmittel oder das Kampfmittel des Proletariats?

Henriette Roland-Holst hat der Neu-Ausgabe ihres vorzügliches Buches „Generalstreik und Sozialdemokratie“ ein Vorwort vorausgeschickt, in dem sie u. a. sagt:

„Die meinem Buche gezeigte Kritik ist von mir jetzt sorgfältig erwogen worden und hat mich bestimmt, bei der Revision des Textes einiges Vergessenes nachzuholen und Mißverständenes klarer zu gestalten.“

Freilich besteht sich dies meist auf Untergeordnetes. Der Hauptpunkt, wo die Kritik ansetzte, war die Frage der gesellschaftlichen Entwicklung, die Frage, ob sie mit Notwendigkeit auf den Massenstreik als Form der proletarischen Revolution hinausläufe. Von verschiedenen Kritikern ist mir vorgeworfen worden, daß ich die friedliche Entwicklung, das geordnete Aufsteigen der unterdrückten Massen, wenn auch nicht ganz ausschließe, so doch als etwas sehr Unwahrscheinliches hinstelle und allzu sehr auf die Auffassung neige, daß die gesellschaftliche Entwicklung zur Katastrophe führe. Weil so der Endkonflikt als unvermeidlich angesehen wird, ergäbe sich in meiner Darstellung als notwendige Form der Entscheidungsschlacht der Massenstreik.

In diesem Punkt, an den sich die belannte Diskussion zwischen „Neue Zeit“ und „Vorwärts“ geknüpft hat, habe ich keine eingehenden Änderungen oder Neuaußerungen in meiner Schrift ändern zu müssen geglaubt. Es wäre das erstens unmöglich gewesen, ohne den ganzen Pfund der Probleme von der Konzentration des Kapitals, der Zuspitzung der Massenengegense, der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung eingehend zu erörtern. Eine solche Erörterung aber gehört nicht in eine Unterredung über die Natur und den Wert des Generalstreiks; sie ist eine Arbeit für sich, die schon seit Jahren vorliegt in Rausch: „Verstein und das sozialdemokratische Programm“. Die gesellschaftliche Entwicklung auf ökonomischem wie politischem Gebiet, die sich seitdem vollzogen, hat dann weitere zahlreiche Belege für die Schlüsse beigebracht, zu denen Rausch in einer Periode geschäftlicher Prosperität und politischen Stillstandes gelangte.

Meine Schrift aber beschränkt sich auf die Beantwortung der Frage, ob überhaupt und unter welchen Voraussetzungen, in welchen Lagen der Streik dem Proletariat als Kampfmittel gegen den Staat dienen könnte. Die Prüfung des vorhandenen Tatsachenmaterials, der Erfahrungen der Vergangenheit und der sozialpolitischen Tendenzen der Gegenwart ergab, daß der Massenstreik ebensowohl, unter gewissen Voraussetzungen, in einer bestimmten Periode des proletarischen Emanzipationskampfes ein geeignetes Mittel sein könne, dem Staat Reformen abzugewinnen, wie er bei weiter entwickelten Klassenengesehens und in einer revolutionären Lage die Form der proletarischen Revolution sein müsse, weil für das Proletariat die Verweigerung der Arbeitskraft das aus seiner ganzen Stellung in der heutigen Gesellschaft hervorgehende äußerste und unerwählteste Mittel- oder Gewaltmittel ist. Das aber behaupten, bedeutet nicht die Unvermeidlichkeit der gewaltigen Revolution unter allen Umständen voraussetzen. Es spricht zwar die geschichtliche Erfahrung für ein solches Endergebnis der Entwicklung, da es kein Beispiel einer privilegierten Klasse gibt, die sich ohne äußersten Kampf zurückdrängen läßt. Es weisen zwar zurzeit unsere politischen Wetterläufer alle auf Sturm, aber dennoch gibt es Möglichkeiten einer anderen Entwicklung als einer, die auf den Entscheidungsschlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat hinausläuft. Eine dieser Möglichkeiten wäre ein Weltkrieg und seine Folgen. Eine andere kann hervorgehen aus den sozialen Wirkungen der Krisis, die ja erst am Anfange ihrer Tätigkeit stehen und vielleicht den gesellschaftlichen Boden auf von uns noch ungeahnte Weise durchwühlen werden.

Jwar würde auch keine dieser Möglichkeiten des Proletariats die Notwendigkeit ausschalten, die politische Macht zu erobern, um seine Gesellschaftsordnung durchzuführen. Es eröffnen sich dabei aber Aussichten, daß fast die Gesamtheit der Mittelklassen sich gegen das herrschende Regiment kehren und, die moralisch-geistliche Hebelwirkung des Proletariats anerkennend, seiner Leitung folgen würde. Denn ein anderer Punkt, der die heutige gesellschaftliche Bewegung und damit auch ihre Aussichten von jeder früheren wesentlich unterscheidet, ist die von Bebel in seiner Rede zu Jena mit Recht hervor-gehobene Auffassung und das politische Bewußtsein der Massen.

Dies ist jedoch nicht die Frage, um die es sich hier handelt. Die Ansicht, der Massenstreik sei in Falle des Konflikts die Form der proletarischen Revolution, bedeutet ebensowenig ein einseitiges Bestehen der Zuspitzung der Verhältnisse wie ein ungebührliches Herabsetzen der anderen Mittel des proletarischen Kampfes, vor allem des Parlamentarismus.“

Der „Wegweiser zum Zukunftsstaat“ ist, wie aus der Redaktion dieses Blattes, Herr Adolf Jakobson, mit Sozialdemokratischem Gruß versichert (Sozialdemokratisch schreibt er groß, wie er besonders betont), kein Spiegelschiff. Der Ueberhauf des Unternehmens soll sogar in die Parteikasse fließen. — Was die Person des Herrn Jakobson anlangt, so wird uns allerdings auch von anderer Seite versichert, daß ihm die Fähigkeit fehle, preußischer Polizeispitzel zu werden. Auf den Ueberhauf aus dem Unternehmen wird aber trotz alledem die Parteikasse verzichten müssen. Unsere Partei ist eine Kampfsorganisation. Einen Tanz außer der Reihe kann sie keinem Mitkämpfer gestatten. Ihre Mitglieder und ihre Publikationsorgane müssen sich der Kontrolle der Partei unterstellen. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit ist bei den sozialdemokratischen Arbeitern so eingewurzelt, daß sie unter sozialistischer Flagge fehlende Privatunternehmungen gelegentlich aus Reugier einmal laufen, nie aber dauernd und regelmäßig unterstützen. In sozialistischer Literatur ist also kein Geschäft zu machen; selbst wenn jemand nach dem Vorbild gewisser Hauslegensfabrikanten den „Wohlfühligen“ spielen und den Vorteil der Parteikasse als Köder auswerfen sollte. Einmal nach kürzerer, einmal nach längerer Zeit gehen alle solche Unternehmen ein, und beim „Wegweiser zum Zukunftsstaat“ wird das nach den von uns mitgeteilten Proben natürlich außer den Beteiligten kein Mensch bedauern.

Der weimarische Hofdemokrat, Milgenmacher Hermann Mangner in Apolda, ist am 27. Dezember gestorben. Mangner stieß sich in den siebziger und achtziger Jahren als radikaler Demokrat auf, wurde dann 1885 als erster sozialdemokratischer Abgeordneter in den weimarischen Landtag gewählt, dem er neun Jahre angehörte. Während dieser Zeit entspinnne er sich mehr und mehr als Renegat, der in der Beteiligung an der Postkasselle das höchste Ziel seiner parlamentarischen Tätigkeit erblickte.

„Mehr Praxis.“

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 23. Dezember knüpft an den Artikel des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit“, der von der Ueberlastung der Parteiredakturen und der Notwendigkeit einer theoretischen Durchbildung für sie sprach, folgende Bemerkungen an:

Mehring's Artikel bedarf noch nach einer anderen Richtung der Ergänzung. Es ist unseren Lesern bekannt, wach eine Fülle von Vorwürfen, ja Verdächtigungen seit einiger Zeit den Gewerkschaftsbeamten aus Parteireifen entgegengeschleudert werden. Wer im praktischen Gewerkschaftsleben steht, weiß, wie sehr diese Beschuldigungen im großen und ganzen unberechtigt sind. Diese Kenntnis ist aber nicht allgemein und namentlich fehlt sie denen, die vorwiegend theoretisch für die Arbeiterbewegung tätig sind. Diesen Genossen wäre dringend zu wünschen, daß bei ihnen auch die nötige Zeit und Lust vorhanden wäre, sich mehr um die Einzelheiten der praktischen Arbeit zu kümmern, die in den Gewerkschaften geleistet werden muß. Wäre dies schon eher geschehen, so wären unserer Ueberzeugung nach in die „Neue Zeit“ die gegen die Gewerkschaftler gerichteten Artikel von Ströbel, Fleißner, Emil Fischer und anderen gar nicht erst hineingekommen. Daß dies geschehen konnte, ist ein Beweis dafür, daß in mancher Redaktionsstube ganz falsche Begriffe von der Praxis des Klassenkampfes herrschen.

Wie gesagt, der Ruf nach mehr Theorie ist durchaus berechtigt. Für manchen ist es dagegen notwendiger, daß er den Ruf beherzigt: Mehr Praxis!

Die sogenannten „Angriffe auf die Gewerkschaften“, das heißt die Kritiken an der von gewissen Gewerkschaftsbeamten bevormundeten und ausgeübten Taktik, finden bekanntlich in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die doch die Praxis hoffentlich nicht weniger kennen als ihre Angestellten, eine begeisterte Zustimmung. Die Gewerkschaftsredakteure und -beamten bringen eben zum großen Teil ebenso wenig die Ansichten und die Stimmung der Massen zum Ausdruck wie sozialdemokratische Redakteure.

„Der Wahlrechts-Tag.“

Der 28. November, der so vielen Herrschaften in Oesterreich wegen seiner Grobhartigkeit so überaus unangenehm geworden ist, ist nun auch im Bilde festgehalten, nämlich in einer Gedenkchrift unter dem Titel „Der Wahlrechts-Tag“. Diese im Auftrage der Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs herausgegebene Gelegenheitschrift bringt mehrere Bilder in tabellarischer Weidergabe. Vor allen anderen seien die beiden großen Bilder, Werke der Maler Leitz und Koch, genannt. Während der erstere auf dem Titelblatt in symbolischer Weise den Kampf der Arbeiter-schaft gegen die Kurienkassen veranschaulicht, zeichnet Koch die Ankunft des Juges der Wiener beim Parlament. Den textlichen Teil der Festschrift besorgte ihr Redakteur, Genosse Dr. Ellenbogen. Der Preis der Festschrift, die sich jeder Parteigenosse anschaffen sollte, beträgt 2 Heller. Zu haben in der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18 oder in der Buchhandlung Vorwärts.

Totenliste der Partei. In Essen starb am Morgen des ersten Weihnachtstages der Genosse Schneider an der Proletarierkrankheit. Der Bergarbeiterverband, dem Genosse Schneider seit langen Jahren angehört, verliert in ihm einen seiner brauchbarsten Kräfte, lange Jahre war er der Vertrauensmann der Essener Jahn-stelle, bis ihn die Arbeit, die er als Knappschaffmeister zu versehen hatte, veranlaßte, sein Amt im Verbands niederzulegen. Der Verband und die Partei verlieren in Schneider einen Kampfgenoßen, der durch Selbststudien sich die innere Reife erworben hatte, allen Anfechtungen zu trotzen, die zeitweilig an ihn herantraten, um ihn in das Lager unserer Gegner zurückzubringen. Wir bemerken nur, daß er zu August Drust in naher verwandtschaftlicher Beziehung stand. Das hinderte den zur Erkenntnis gekommenen Grubenproletarier natürlich nicht, seiner Ueberzeugung gemäß im Dienste der Entertien sich zu betätigen.

Eine Konferenz der Fürsten- u. Pönselmacher Deutschlands

trat am 27. Dezember im Saale der Restauration „Martin Behaim“ zu Nürnberg zusammen. Die Verhandlungen sind auf zwei Tage berechnet. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Die allgemeine Lage in der Fürsten- und Pönselindustrie.
2. Die Heimarbeit in der Fürstenindustrie.
3. Die Konkurrenz der Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten.
4. Tarifverträge.
5. Agitation und Organisation.
6. Anträge.

Für den Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes begrüßt Leipzig-Stuttgart die Erschienenen unter dem Hinweis darauf, daß es nicht das erstemal ist, daß Abgeordnete der Fürsten- und Pönselarbeiter aus allen Gauen sich versammeln, um über die Besserung der Lage im Verufe zu beraten. So weit die Informationen über die Vorgänge aus früheren Zeiten reichen, ist dies der sechste Delegiertenrat, den die Fürstenmacher abhalten. Der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes haben deren fünf stattgefunden; 1884 in Leipzig, der zur Gründung des Unterstützungsvereins der Fürsten- und Pönselmacher führte. Dieser Verein hielt 1887 seine erste Generalversammlung in Braunschweig, seine zweite 1888 in Kassel, seine dritte 1892 in Magdeburg ab. Außer diesen 4 Tagungen hat dann noch 1891 der Kongress in Apolda stattgefunden, der zur Gründung des Sonderverbandes führte. Auf dem Magdeburger Kongress 1893 ist dann die Vereinigung der Zentralverbände erfolgt. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwach an Zahl und an Leistungsfähigkeit die Organisationen ursprünglich war, so kann man mit den jetzigen Zuständen insofern einigermassen zufrieden sein, als die Organisation trotz aller Schwierigkeiten immerhin Fortschritte gemacht hat. Früher war die höchste Zahl der organisierten Fürsten- und Pönselmacher zwischen 1200 und 1300, oft betrug sie nur 500 bis 600, während sie zurzeit mehr als 3000 beträgt. Eine Reihe von Orten hat gerade in den letzten Jahren ganz erfreuliche Fortschritte gemacht, und mit ganz besonderer Befriedigung sei darauf hingewiesen, daß in einer Gegend, wo es stets schwer war, Eingang zu finden, im Erzgebirge nicht nur Jahnstellen, sondern sogar sehr kräftige Jahnstellen des Holzarbeiter-Verbandes existieren, die zurzeit etwa 700 Mitglieder aufweisen. Die Freude an den Fortschritten wird etwas getrübt durch die Tatsache, daß wir heute wieder eine Sonderorganisation zu verzeichnen haben, den sogen. Anstaltlichen Verband, aber diese trübe Stimmung wird ausgeglichen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß unsere Fortschritte weit größer sind, als diejenigen des Sonderverbandes.

Der Vorsitzende Schmalbach teilt mit, daß 41 Orte mit 7451 Beschäftigten, davon 2888 in Holzarbeiter-Verband organisiert sind, auf der Konferenz vertreten sind.

Ueber den ersten Punkt: „Die allgemeine Lage in der Fürsten- und Pönselindustrie“ spricht zunächst Doern-Nürnberg: Unsere Industrie ist eine von denjenigen, die ihren Ausgang von der Hausindustrie genommen, dann handwerklich betrieben wurden und bei denen sich der fabrikmäßige Betrieb nur langsam entwickelt hat. Wir bemerken deshalb noch heute an ihr alle die unangenehmen Begleiterscheinungen, die Hausindustrie und handwerksmäßiger Betrieb mit sich bringen. Aus diesem Grunde sind auch die Verhältnisse in den Fabriken nicht die besten. Obwohl sich das Kapital der Industrie schon vollständig bemächtigt hat, so existieren doch noch eine große Anzahl kleiner Handwerksmeister und machen viele Arbeiter sich immer wieder selbständig und tragen dadurch dazu bei, daß die Verhältnisse immer ungünstiger werden. Die Selbständigkeit, das Wort Meister, hat es vielen angetan, obwohl sie zu Hause ein Dasein führen, das wesentlich schlechter ist wie das des Fabrikarbeiters. Viele der kleinen Meister sind nur Scheinbar selbständig, in vielen Fällen arbeiten sie für den Fabrikanten zu Hause um einen geringeren Lohn, als er in der Fabrik bezahlt wird. In besonders hohem Maße ist dies bei den Fürstenmachern

(Siehe auch 2. Beilage.)

Bundesratliche Verlängerung der Kinderarbeit. Das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Reichsgesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903, ermächtigt im § 14 den Bundesrat, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten solcher Werkstätten, in denen nicht bloß vorübergehend durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, Ausnahmen zuzulassen. Diese Ausnahmen sind vom Bundesrat unter dem 17. Dezember 1903 und 11. Juli 1904 veröffentlicht. Sie kommen nach dem Kinderbeschäftigungsgesetz und nach einer gestern im Reichs-Anzeiger veröffentlichten Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Dezember 1903 mit Ablauf des 31. Dezember d. J. in Fortfall. Mitin ist vom 1. Januar 1904 ab die bislang noch bundesrätlich genehmigte Beschäftigung der eigenen Kinder mit dem Spulen auch an Maschinen, die bislang für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Werkstätten der Wandweberei, für die Kreisbauernvereine in Pappen und Chemnitz sowie für den holländischen Kreis Waldshut in Werkstätten der Wand- und Stoffweberei gestattet war, durchweg verboten.

Der § 14 des Kinderbeschäftigungsgesetzes gestattet ferner dem Bundesrat Ausnahmen von dem Verbot einer Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren für bestimmte Werkstätten ohne Motorbetrieb zuzulassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hatte der Bundesrat unter dem 17. Dezember 1903 und 11. Juli 1904 die Arbeit in bestimmten Werkstätten unter der Bedingung bis zum 31. Dezember 1905 gestattet, daß die beschäftigten Kinder am 1. Januar 1904 das achte Lebensjahr vollendet haben müssen. Der Bundesrat hat, wie seine im Reichs-Anzeiger jetzt veröffentlichte Bekanntmachung vom 20. d. M. ergibt, von neuem Ausnahmen von dem Kinderbeschäftigungs-Verbot erlassen. Die neue Bekanntmachung gestattet nicht mehr die Beschäftigung von achtjährigen, wohl aber die Beschäftigung von neunjährigen Kindern in bestimmten Werkstätten. Ein Vergleich des Verzeichnisses dieser Werkstätten mit dem zurzeit in Kraft stehenden ergibt, daß der Bundesrat das bestehende Verzeichnis um eine Nummer vermehrt, im übrigen die Anzahl der Werkstätten, in denen eigene Kinder unter zehn Jahren beschäftigt werden dürfen, etwas vermindert hat.

Die Vermehrung betrifft die Ausdehnung der gestatteten Arbeit in Werkstätten mit Verfertigung von Spielwaren und anderen Gegenständen aus Metall (Anfügen von Haken, Anhängeln usw. an fertig gestellten Uhrketten aus Eisen- draht, Anhängen der Ketten an Uhren, Aufnähen der Uhren auf Kartons, Einlegen in Kartons) auf die Amishauptmannschaft Marienberg in Sachsen. In Fortfall soll von den bisher für eigene Kinder gestatteten Arbeiten allgemein kommen: die Silber- und Golddrahtzieherei (die bislang für Mittelfranken gestattet war), die Gallei und Stiderei (für Bayern, Württemberg, beide Neuz- und den Regierungsbezirk Potsdam — Stücken und Aufstecken von Haussegen — zurzeit noch gestattet), die Verfertigung von Holzstiften (bislang in Merseburg gestattet), die Herstellung von Vogelbauern (bislang für Braunschweig gestattet), die Korbmacherei und Flecherei (bislang in Opperla, Hannover, Minden, Ober- und Unterfranken gestattet), Fertigstellung von Puppen (bislang in Sonneberg, Eisfeld und den beiden Schwarzburgen gestattet), Verfertigung von Korsetts (bislang für Sebnitz gestattet) und die Schuhmacherei (bislang für die Oberämter Velling, Spaichingen und Tuttlingen noch gestattet). Leider bleiben danach noch 18 Werkstätten, in denen nach wie vor die gewerbliche Arbeit eigener Kinder unter 10 Jahren gestattet bleibt. Die Bezirke, in denen die hier auch zulässige Kinderarbeit gestattet ist, sind gegenüber dem bestehenden Zustande vermindert.

Die neuen bundesrätlichen Ausnahmen von dem Kinderarbeit- verbot sollen bis zum 31. Dezember 1908 in Kraft bleiben. Das bisherige Kinderbeschäftigungsgesetz, das das Gesetz enthält, ist demnach wiederum zum Teil auf zwei Jahre hinausgeschoben. Das nennt sich Sozialreform.

Gerichts-Zeitung.

Berweiterung der Eintragung eines Beamtenverbandes in das Vereinsregister. (§ 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) Nach § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann die Verwaltungsbehörde gegen die Eintragung eines Vereins in das Vereinsregister u. a. dann Einspruch erheben, wenn der Verein einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Diese reaktionäre Vorschrift wurde vom Zentrum und Freisinn im Jahre 1896 anfänglich im Verein mit der Sozialdemokratie bekämpft. Als die Regierung aber erklärte, sie wolle lieber auf das Inkraftkommen des Bürgerlichen Gesetzbuches als auf die Freude verzichten, die freisinnigen und ultramontanen Pudel über diesen reaktionären Anknüpf springen zu sehen, sprang die freisinnig-ultramontane Schaar und umhüllte mit Bauwau die Sozialdemokraten, die eine solche Willkürherrschafft für unvereinbar mit dem Rechte des Volkes erklärten. Von dieser lauschaftigen Bestimmung des § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist jüngst gegen den Verband deutscher Grenz-, Zoll-, Revisions- und Steuer- aufseher, der seinen Sitz in Altona hat und dessen Hauptvorstand die Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister dort beantragt hatte, Gebrauch gemacht. Die Polizeiverwaltung erhob gegen die Eintragung des mehrerer tausend Mitglieder starken Verbandes Einspruch und machte geltend, der Verband verfolge sozialpolitische Zwecke, wenn auch im Statut stehe, daß er nur den Schutz aller Interessen seiner Mitglieder verfolge, soweit sie nicht politischen, sozialpolitischen und religiösen Charakter trügen. Maßgebend wäre der tatsächliche Zweck. Der Verband bezwecke nun eine Erhöhung des Anfangs- und Endgehaltes seiner Mitglieder und der sogenannten Bewachungs- und Begleitungsgebühr sowie die Erhebung der Mitglieder in den Rang der Subalternbeamten. Indem er zur Vertiefung dieses Zweckes einen Einfluß auf die zuständigen staatlichen Körperchaften erstrebe, verfolge er politische und sozialpolitische Zwecke.

Die Herren Revisionsaufseher Lehmann, Prachtisch und Henkel zu Altona als Zentralvorstandsmitglieder klagen gegen die Polizeiverwaltung beim Bezirksauschuss zu Schleswig auf Anheftungslegung des Einspruches der Polizeiverwaltung zu Altona. Sie beschränken entschieden, daß der Verband politische, sozialpolitische oder religiöse Zwecke verfolge. Er wolle gar nicht an die gesetzgebenden Körperchaften herantreten.

Der Bezirksauschuss in Schleswig wies jedoch die Klage ab und erklärte den Einspruch der Polizeiverwaltung für begründet. Der Verband sei wegen der oben genannten Ziele hinsichtlich der Verbesserung der Verhältnisse seiner Mitglieder als ein Verein anzusehen, der politische Zwecke verfolge.

Der Vorstand des Verbandes legte Verufung beim Oberverwaltungsgericht ein. Sein Vertreter machte in der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht geltend: Es könnte höchstens von einem sozialen Streben des Verbandes die Rede sein, nicht aber von einem politischen oder sozialpolitischen. Der Verband wolle ja nur die soziale Lage der Mitglieder verbessern und zwar ohne direkten Einfluß auf die gesetzgebenden Körperchaften ausüben zu wollen. Nur durch Vorstellungen bei den vorgelegten Behörden wolle man in der Richtung der Ziele wirken, wobei statistische Tabellen vorgelegt werden sollten usw. Es seien übrigens nur private Interessen der Mitglieder, die der Verband verfolge, wenn eine Erhöhung des Anfangs- und Endgehaltes und der Bewachungs- und Begleitungsgebühren sowie eine Anerkennung der im Verbandsorganisierten Grenz-, Zoll-, Revisions- und Steuer- aufseher als Subalternbeamte erstrebt werde.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf jedoch die Verufung des Verbandsvorstandes, indem es von folgenden Er-

der Fall; viele nehmen ihr Produkt auf den Rücken und suchen es durch Hausieren an den Mann zu bringen. Diese Umstände und die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen sind die Hauptursachen der schlechten Erwerbsverhältnisse innerhalb unserer Industrie. Die Arbeitszeit ist in einer Reihe von Betrieben noch eine unendlich lange und die Frauenarbeit so umfangreich, wie in keinem anderen Berufe. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß die Frau aus dem Produktionsprozess verdrängt werden soll; aber sie soll nicht zur Lohnbrückerin gemacht werden, wie es jetzt der Fall ist. In einer von den Berliner Kollegen aufgestellten Statistik wird festgestellt, daß die Arbeitszeit zwischen 54 und 67 Stunden beträgt. Die kürzeste Arbeitszeit hat ein Betrieb in Erlangen, die längste ein solcher in Wilhelmshorst. Das sind selbstverständlich nur die Arbeitszeiten, die kontrolliert werden konnten, da eine größere Anzahl von Kollegen zusammenarbeiten, oder die von Fabrikbetrieben. Bei den kleinen Meistern und bei den Heimarbeitern ist die Arbeitszeit länger und beträgt 80, 90 und noch mehr Stunden pro Woche. Aber auch in vielen Fabriken wird die Arbeitszeit länger sein als angegeben wurde, weil viele Arbeiter die Arbeitszeit in der Fabrik durch die Mitnahme von Arbeit nach Hause noch verlängern. Das ist hauptsächlich bei stottem Geschäftsgang der Fall. Auch bei Einführung neuer Sorten wird die Heimarbeit sehr gern in Anwendung gebracht. Sind die neuen Sorten zu Hause um billigeren Preis hergestellt, so müssen sie zu demselben Preis auch in der Fabrik angefertigt werden, wenn eine schlechtere Geschäfts-konjunktur eintritt. Durch die Heimarbeit wird es ermöglicht, daß jugendliche Arbeiter unter 14 Jahren mit beschäftigt und auch Kinder zur Arbeit herangezogen werden, was besonders auf die Wärschenindustrie zutrifft. Auch in holländischer Beziehung ist die Heimarbeit ungeheuer gefährlich; sie ist eigentlich gesetzlich verboten worden, da durch die Miltzbründerkrankungen ganze Familien in Gefahr gebracht werden können. Besonders vorderrschend ist die Heimarbeit in der Wärschenindustrie im badischen Schwarzwald, im Erzgebirge usw. Dort ist sie nicht zurückgegangen, sondern hat sich im Gegenteil großartig entwickelt. Die Ausbeutung der Kinderarbeit wird dabei in intensiver Weise betrieben. Die Fabrikinspektoren weisen in ihren Berichten auf die Schädlichkeit der Heimarbeit in der Wärschen- und Pinselindustrie hin, auch Prof. Sommerfeld hat dies auf dem Berliner Heimarbeiterversammlungs-kongress getan. Auch die Arbeit in Straf- und Wohl- tätigkeitsanstalten schädigt unsere Industrie auf das schwerste, ebenso die Anstalten, in denen Unfallverletzte und Invaliden beschäftigt werden. Ein Verbot der Zuchtshausarbeit wird sich schwerlich erreichen lassen und wir müssen daher danach streben, daß die Arbeitskräfte in den Zuchtshäusern nicht billiger als in der freien Industrie zur Verfügung gestellt werden dürfen. Ich bin aber nicht der Meinung, daß man in diesen Fragen mit den Unternehmern Hand in Hand gehen soll, wie es die Kollegen in Berlin tun zu müssen glauben.

Die Heimarbeit und die Arbeit in den Zuchtshäusern usw. bleibt selbstverständlich auch nicht ohne Einfluß auf die Löhne in unserem Berufe, die seit einer Reihe von Jahren in keinem Verhältnis zu den hohen Mieten- und Lebensmittelpreisen stehen. Die schlechtesten Löhne findet man in der Hausindustrie, wo bei jeder Lohnzahlung Lohnzuzugungen erfolgen können, weil da eine gegenseitige Verständigung der Arbeiter ausgeschlossen ist. Die Frage, ob es ein Mittel gibt, unsere Lage zu verbessern, ist mit ja zu beantworten, dieses Mittel ist die Organisation, und gerade die Organisation der Heimarbeiter ist für uns eine unerlässliche Pflicht. Leider wird der Wert der Organisation von vielen Kollegen noch lange nicht eingeschätzt, so es wird sogar von einigen versucht, Zwiespalt in unsere Reihen hineinzutragen, wie durch die Gründung des Antischädlichen Sonderverbandes. Die Behauptung, daß im Holz- arbeiter-Verband unsere Interessen nicht vertreten werden, muß als eine Unwahrheit bezeichnet werden. Die Lohnbewegungen, die wir durchgeführt haben, hätten wir im Rahmen unserer früheren Organisationsweise nicht durchführen können. Deshalb empfehle ich unermüdbare Tätigkeit für den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Warnen möchte ich daher, den Mitgliedern immer wieder zu sagen, daß es nicht möglich sei, die hohen Beiträge zu zahlen und der Erhebung von Staffelbeiträgen das Wort zu reden. Man soll erst den Kollegen sagen, in welcher schlechter Lage sie sich befinden und dahin wirken, daß die Heimarbeiter organisiert werden; gelingt uns das, so werden wir innerhalb des Holzarbeiter-Verbandes unsere Lage sehr bald verbessern und uns auf die Stufe stellen können, wie sie andere Berufe bereits einnehmen.

Aus Industrie und Handel.

Weitere Preissteigerungen.

Während leitende Personen in Amerika offen auf die gefährliche Prezis der fortgesetzten Preissteigerung für Rohmaterial aufmerksam machen und schärf zur Mäßigung raten, da Ueberpreise der Rohmaterialien sichere Vorläufer rückgängiger Konjunktur seien, werden in Deutschland die Preise ruhig weiter in die Höhe getrieben. So ist jetzt der Preis des Schweizeisens, als Folge der Preissteigerung für Roheisen, um 10 M. hinausgehoben worden, auf 142 M. für Handels-, Schrauben- und Muttereisen und auf 150 M. für Stufeneisen und Riecheisen. Gleichzeitig ist aber auch wieder der Preis für Augensburger Roheisen erhöht worden und zwar diesmal um 1 M., auf 65 Fr. für das zweite Quartal 1906. Der Preiserhöhung der Materialien folgt natürlich eine Verteuerung der Produkte und jede Steigerung der Fabrikationspreise wirkt hemmend auf die Kaufkraft. Die Weiterverarbeitung, erkennend, daß eine lohnende Erzeugung nicht mehr möglich ist, schränken zum Teil, ehe der Markt weitere Aufnahme der verteuerten Erzeugnisse verweigert, von selbst die Produktion ein. Auf jeden Fall: die Nachfrage und die Erzeugung flaut ab, die kurze Beschäftigung neigt nach unten. Ueberspannende Rohmaterialienpreise und anhaltende gute Konjunktur schließen sich aus.

Kapitalverminderung. Der seltene Fall, daß eine Gesellschaft ihr Kapital vermindert, ist jetzt bei der Terrain-Altiengesellschaft „Altona“ zu verzeichnen. Die Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital um 375 000 M. auf 1 125 000 M. herabzusetzen. Die Ueberlassung von Terrain gestaltete sich für die Gesellschaft ziemlich schwierig. Direktor Sarabodoff erklärte, trotz der überaus günstigen Lage des Geländes habe er im allgemeinen für die Terrain nur Baumunternehmer interessieren können, wobei er in mehreren Fällen aus persönlichen Mitteln Gelder zu gewähren hatte. Es sei ihm gelungen, die letzten 10—12 Parzellen an Händler abzusetzen, die indessen seines Wissens bereit seien, die Grundstücke zum Einkaufspreis, teilweise auch mit einem kleinen Nachlaß wieder abzugeben.

Die Zuckerproduktion der Welt. Die diesjährige Zuckerernte der Welt ist die größte bisher dagewesene, da sie noch um rund 690 000 Tonnen die Rekorderte des Jahres 1901 übersteigt, welche sich ihrerseits auf 11 038 893 Tonnen belief. Im Jahre 1895 betrug die Zuckerproduktion der Welt 7 254 126 Tonnen. Für 1905 wird die Ausbeute auf 11 728 000 Tonnen geschätzt; das bedeutet eine Zunahme von 3 473 000 Tonnen oder 47 Proz. für einen Zeitraum von 11 Jahren. Obgleich übrigens die Weltausbeute an Rohzucker von 2 839 477 Tonnen in 1895 auf 4 913 000 Tonnen in diesem Jahre gestiegen ist, so ist doch das prozentuale Verhältnis der Rohzuckerproduktion zur Gesamtausbeute der Welt fast das gleiche geblieben, indem es gegenwärtig 42 Proz. beträgt, gegen 40 Proz. in 1895. Von 1895 bis einschließlich 1899 ist die Rohzuckerernte tatsächlich jährlich stationär geblieben und seitdem ist wiederum jährlich eine gleichförmige Steigerung im Tonnengehalt der Jahresernte zu verzeichnen gewesen. Es ist vielmehr die enorme, in diesem Jahr auf 6 500 000 Tonnen angewachsene Rohzuckerernte Europas, welche die Hauptmasse der Weltproduktion ausmacht und nach wilden Schwankungen während der letzten fünf Jahre, sowohl im Tonnengehalt wie in den Preisen, die allmähliche und ständige Zunahme der Rohzuckerproduktion überflügelt hat; und sie ist es auch, der der oben erwähnte Wechsel in den ertrag-

reichen und ärmeren Jahren zuzuschreiben ist. So ist es klar, daß der Zuckermarkt der Welt sich in zwei Lager spaltet; auf der einen Seite die dominierende Produktion von europäischem Rohzucker, welche der ganzen Welt für rohen wie für raffinierten Zucker die Preise vorgeschreibt und die Grundlage für Spekulationen bietet, die in diesem Jahre zu den unheilvollen Zusammenbrüchen in Frankreich führten. Auf der anderen Seite die amerikanische Rohzuckerproduktion. Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung, in der für die Jahre 1895—1905 die gesamten Welternten an Roh- und Raffinzucker getrennt aufgeführt sind:

Table with 3 columns: Year, Rohzuckerernte der Welt (Tonnen), Raffinzuckerernte der Welt (Tonnen). Rows for years 1905 to 1895.

Außenhandel in Eisen. In den 11 Monaten Januar bis Dezember dieses Jahres beziffert sich Deutschlands Export an Eisen- und Eisenwaren auf 29 856 059 Doppelzentner gegen 25 300 990 Doppelzentner in der Paralleletzeit des Vorjahres. Die Einfuhrziffern stellen sich auf 2 958 688 Doppelzentner resp. 3 164 034 Doppelzentner.

Getreidestatistik. Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets mit Getreide und Mehl zeigt nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes folgende Ziffern, alles in Doppelzentnern:

Table with 3 columns: Year, Getreide-Einfuhr, Getreide-Ausfuhr. Rows for years 1905 to 1903, and sub-rows for Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais, Weizenmehl, Roggenmehl.

Ein neuer Stahlstruß in Amerika. Nach Meldungen aus New York beabsichtigt der Stahlkönig Gates mit einem Kapital von 150 Millionen Dollar einen neuen Stahlstruß zu gründen, der angeblich ein Konkurrent des Morganschen Truffs werden soll. Die neue Gründung wurde vorbereitet durch bedeutende Kombinationen zwischen gemischten und anderen Stahlwerken. Schließlich werden die streitenden Unternehmer aber auch wohl zu einer Interessengemeinschaft gelangen, und bildet die Konkurrenzgründung die beschleunigte Fortentwicklung auf dem Wege zu einem geschlossenen Monopol.

War das der Reise Zweck? Das Bankhaus Mendelssohn hat die Platzierung weiterer 50 Millionen Rubel russischer Schatzscheine übernommen, nachdem die russische Regierung für Einlösung der pro Februar fälligen Schatzwechsel eine besondere Garantie übernommen hat. Die Garantie besteht darin, daß durch besonderes Gesetz die Staatsbank verpflichtet wird, die Schatzscheine abzüglich eines Diskontos jederzeit in Gold einzulösen. Weiter wird die Regierung durch ein Gesetz zur Ausgabe von 200 Mill. Rubel Inlandscheinen ermächtigt. Durch solche Transaktionen werden natürlich die russischen Finanzen nicht aufgebessert und die Kreditfähigkeit ebenso wenig. Es handelt sich um einen Notbehelf, den wohl in der Konferenz, die der kürzlich nach Petersburg entsandte Vertreter des Hauses Mendelssohn mit Witte zusammen ausgehandelt hat.

Unterpfändungen. Bei der Niederländischen Gesellschaft für Sicherstellungsungen und bei der Niederländischen Hypothekbank sind Unterpfändungen aufgedeckt worden in Höhe von ca. 2 Millionen Gulden. Man glaubt jedoch nicht, daß die Angelegenheit gerichtlich verfolgt werden wird. Es sind wohl „hohe“ Herren in den Handel verwickelt?

Aufruf

an alle Vorstände der Wahlvereine, der Gewerkschafts-Kartelle, der einzelnen Gewerkschaften zc. zc. des Deutschen Reiches!

Die Unterzeichneten wenden sich in ihrem Kampfe gegen die von der Reichsregierung dem deutschen Reichstage vorgelegten Entwürfe einer Erhöhung des Tabakzolles, der Tabaksteuer sowie einer Zigarettenpapiersteuer an die oben erwähnten Vorstände zc. zc. mit dem Ersuchen, im Interesse der gesamten deutschen Arbeiter diesem Kampfe ihre Unterstützung zu teil werden zu lassen.

Sollten diese Vorlagen Gesetz werden, würden nicht nur viele Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos und mit ihren Familien dem Elend preisgegeben werden, in der Wechselwirkung würde es sich nicht nur um Hunderttausende geschädigter Personen handeln, sondern diese Schädigung würde sich auf alle übrigen Industriezweige erstrecken und diese ebenfalls in Mitleidenschaft ziehen.

Die Unterzeichneten haben in ihrer Flug-schrift Nr. 3 die Bedeutung dieser Gefahren für die ganze Arbeiterschaft klargestellt. Der Kampf gegen diese Schädigung der Arbeiterklasse ist daher nicht nur Aufgabe der Tabakarbeiter, sondern alle Arbeiter müssen an diesem Kampfe teilnehmen.

Die sozialdemokratische Partei hat bei den früheren Projekten ähnlicher Art (Entwurf zur Einführung des Tabakmonopols 1882, Einführung einer Tabakfabriksteuer 1893 bis 1895) in den ersten Reihen der Kämpfer zur Bekämpfung dieser Projekte gestanden. Wir rechnen auch jetzt darauf, daß alle Arbeiter Schulter an Schulter stehen werden, um diese Entwürfe zu Fall zu bringen.

In die Parteigenossen im ganzen Reiche wenden wir uns mit der Bitte, uns bei der Verteilung dieser Flug-schrift unterstützen zu wollen.

Die Versendung erfolgt unsererseits kosten- und portofrei, und würde sich die Verteilung in Protest-, Volks-, Wahlvereins- sowie Gewerkschafts- versammlungen sehr empfehlen.

Schriftliche Bestellungen oder erwählter Vorstände oder Versammlungsleiter werden unter Angabe der genauen Adresse sowie der gewünschten Anzahl der Exemplare unter der Adresse: Karl Putz, Straßunderstr. 41, III, Berlin N. 31, erbeten.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands. Wilhelm Börner, Vorsitzender.

Alle Arbeiterblätter werden um gest. Abdruck gebeten.

Wägungen ausging: Es sei zugestanden worden, daß der Verband eine Erhöhung des Anhangs- und Endgehaltes und gewisser Gebühre seiner Mitglieder anstrebe, desgleichen die Festsetzung eines gewissen Ranges. Diese Ziele aber könnten ohne ein Eingreifen des Staates nicht erreicht werden, da es ohne eine Aenderung der jetzt geltenden Grundzüge der Verwaltung des Staates beziehungsweise der Gesetzgebung nicht möglich wäre. Somit liege auf jeden Fall ein sozial-politischer Zweck des Vereins (Verbandes) vor und seine Eintragung in das Vereinsregister habe mit Recht beantragt werden können. — Diese Entscheidung legt den Aktionären die Einsicht nahe, daß ohne eine gründliche Aenderung der gesamten Gesetzgebung an eine dauernde Besserung ihrer sozialen und rechtlichen Lage nicht zu denken sei.

Zungenheilstätten-Geschäft. Die geschäftlichen Verhältnisse der hier in Berlin domizilierenden Madeira-Aktiengesellschaft bildeten heute vor dem hiesigen Schöffengericht den Gegenstand längerer Erörterungen. Es handelte sich um eine Privatklage, die der Direktor Ernst Hofmann gegen den Professor Dr. G. Pannwitz in Charlottenburg angebracht hat. Die Verhandlung wurde durch zwei Stenographen aufgenommen und ein Vertreter des portugiesischen Konsulates wohnte dem Termine bei. Der Privatkläger ist der Direktor der genannten Gesellschaft, welche zum Gegenstande hat, Sanatorien für Lungenkranke und andere Kranke auf Madeira zu erwerben, zu erbauen und zu verwalten. Vor der Gründung der Aktiengesellschaft war eine sogenannte Vorbereitungsgesellschaft gegründet worden, deren Geschäftsführer Herr Professor Pannwitz war. Zwischen ihm und dem Privatkläger bestand ein gewisser Antagonismus und schließlich schied Professor Pannwitz auf vorherige Vereinbarung aus dieser Gesellschaft aus. Er hat am 16. Juni an sämtliche Gesellschafter der Sanatorien auf Madeira Vorbereitungsgesellschaft in B. D. ein Schreiben gerichtet und darin Behauptungen aufgestellt, durch die sich der Privatkläger beleidigt fühlte. Prof. Pannwitz weist in diesem an 22 Personen gerichteten Schreiben auf ein früheres Schreiben hin, in welchem er die Gründe seines Austritts dargelegt hatte. Er teilt weiter mit, daß er über Vorgehensweise, Entwicklung und derzeitigen Stand der Madeira-Sache weitere Erhebungen insbesondere in Lissabon, Paris und Madeira vorgenommen habe und eine Denkschrift vorbereitet. Es wird dann in dem Schreiben des Angeklagten die Behauptung aufgestellt: R. Gonçalves in Funchal habe im Sommer 1904 auf Anweisung von Hofmann 5500 Fd. Sterl. für den Ankauf der Quinta Santa Anna gezogen (d. h. etwa 110 000 M.), während nach notariellem Ausweise nur 24 750 000 Reis (zirka 92 000 M.) bezahlt worden seien. Der Privatkläger behauptete im gestrigen Termin, daß in dieser Behauptung der Vorwurf einer fahrlässigen Veruntreuung liege und diese Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt sei, da Professor Pannwitz ganz genau gewußt habe, daß für die Quinta Santa Anna 5500 Fd. Sterl. gezahlt worden seien, denn er sei zurzeit, als die Zahlung erfolgte, gleichzeitig mit Direktor Hofmann in Funchal gewesen. — Professor Pannwitz erklärte demgegenüber, daß er den Vorwurf der Veruntreuung nicht habe erheben wollen, sondern es nur für seine Pflicht gehalten habe, seitdem er gezwungen gewesen, sich zurückzuziehen, so viel wie möglich hineinzusehen in die Verhältnisse der Gesellschaft und zweifelhaft Punkte aufzuklären. Er habe um sein Recht gekämpft und — nach den ihm gewordenen Informationen — ein Tatsachenmaterial denjenigen Männern unterbreitet, die es zu prüfen das Recht und die Pflicht hatten. Der Angeklagte erkannte heute an, daß in Sachen des Ankaufs der Quinta Santa Anna nur ein Unrechnungsfehler in dem in Funchal am 28. April 1905 aufgenommenen Rotariatsakt vorliege, er behauptete aber, daß er gutgläubig und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. — Die Gegenseite bestritt die Gutgläubigkeit und behauptete, daß Professor Pannwitz aus Haß und Wut darüber, daß er aus einer einträglichen Stellung habe scheiden müssen, gehandelt habe. Dies wurde vom Angeklagten entschieden bestritten. Zur Anlage stehen ferner zwei beleidigende Äußerungen, die Professor Pannwitz mündlich über den Privatkläger gemacht haben soll und zwar einerseits gegenüber den Direktoren des Kohlendepots in Lissabon, Herren D. Goddefroy und R. Loelener und dem Prokuristen des Deutschen Kohlendepots, Kaufmann Lüben in Hamburg, andererseits gegenüber mehreren Herren in der Sitzung des Zentralkomitees eines Vereins. Jeder alle diese Punkte kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den sich gegenüberstehenden Parteien. Der Zweck der heutigen Verhandlung war im wesentlichen, den Umfang der notwendigen Beweisnahme festzustellen. Nachdem eine Reihe von Personen, die als Zeugen in Frage kommen, namhaft gemacht worden waren, verlagte der Vorsitzende, Gerichtsdassessor Witte, die Verhandlung und gab den Parteien eine Frist von einem Monat zur Angabe etwa weiterer notwendigen Beweismaterials.

Gemeine Erpresser. Wie leicht jemand gemeingefährlichen Erpressern in die Hände fallen kann, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Wegen verurteilter und vollendeter Erpressung waren die Kellner Friedrich Lidde und Paul Schewe angeklagt. Beide Angeklagte sind vielfach wegen Bettelns, Landstreichens und Diebstahls sowie auch wegen Erpressung vorbestraft, unter anderem mit Zuchthaus. — Im Sommer dieses Jahres sah ein Kaufmann R. in einem Restaurant am Potsdamer Platz. Er geriet mit den beiden Angeklagten, die damals einen sehr eleganten Eindruck machten, in ein Gespräch. Hierbei mußten die Angeklagten wohl Kenntnis erhalten haben, daß R. über große Geldmittel verfüge. Sie folgten ihm später unauffällig und ermittelten so Namen und Wohnung. Einige Tage später war R. auf höchste erschreckt, als er von Schewe, der sich Schäfer nannte, einen Brief bekam, in dem dieser um eine größere Summe Geldes „bat“, anderenfalls er ihn öffentlich bloßstellen würde. Da R. eine größere Reise vor sich hatte und in seiner Abwesenheit Unannehmlichkeiten in seiner Familie befürchtete, überbrachte er den Erpressern 20 M. Rummel verlangten diese 600 M. unter allen möglichen Drohungen. Herr R. übergab

den Brief der Kriminalpolizei. Der Kriminalwachmeister Lieve bestellte die Erpresser zu einem Rendezvous nach dem Potsdamer Platz, wo sie festgenommen wurden. Staatsanwalt Lehmann beantragte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Erpressungen gegen Lidde drei Jahre, gegen Schewe sechs Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte gegen Schewe auf vier Jahre, gegen Lidde auf zwei Jahre Gefängnis sowie auf je fünf Jahre Ehrverlust.

Verfammlungen.

Die Rabitzspanner vom Zentralverband der Maurer hörten in einer auch von Frauen besuchten Versammlung einen Vortrag des Herrn Engelbert Kraft über: „Glaube, Aberglaube, Sitten und Gebräuche in der Kulturgeschichte“. Unter „Verschiedenes“ nahm dann Baumann das Wort und warf die Frage auf: Welche Stellung nimmt die Versammlung ein zu dem Artikel in Nr. 45 des „Correspondenzblatt“ über den „Vorwärts“-Konflikt? Redner sprach sich dahin aus, daß sich das „Correspondenzblatt“ um Angelegenheiten, die außerhalb des Rahmens der Gewerkschaftsobligationen sich befinden, nicht zu befummern brauche. Im Laufe der sich nun entzündenden Debatte brachte G. Schulz eine Resolution ein, die gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Die Resolution lautet: „Die Ansichten über die „Vorwärts“-Angelegenheit, die das „Correspondenzblatt“ der General-Kommission in Nummer 45 entwickelt, werden von der Versammlung als eine Verleumdung derjenigen Personen aufgefaßt, die ehrlieh Vertrauensposten innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen ausfüllen. Die Ausführungen werden auch weiterhin aufgefaßt, als nicht vereinbar mit den sozialistischen Anschauungen über Vertrauensstellungen innerhalb der Organisationen. Die Rabitzspanner weisen daher diesen Artikel, der nur eigennützigen Interessen das Wort redet, mit Entschiedenheit zurück.“

Vermischtes.

Ein freiberlicher Theatercoup im „Hannov. Tageblatt“. Für das Hannoverische Hoftheater ist kürzlich ein Fräulein von Hammerstein als Altistin engagiert. Das „Hannov. Tageblatt“ brachte nun dieser Tage folgende Notiz:

„Aus der Theaterwelt. Wir werden um die Mitteilung ersucht, daß die neu engagierte Altistin unseres königlichen Theaters nicht der hiesigen Freiberlich von Hammerstein'schen Familie angehört.“

Die „Freiberlich von Hammerstein'sche Familie“ will also mit „einer vom Theater“ nichts zu tun haben und bezieht sich in geschmackvoller Weise dies aller Welt öffentlich bekannt zu geben. Merkwürdig, sie ist ja auf einmal sehr empfindlich. Anlässlich der Entlassung des großen politischen Schwunders und Justizhauslers Freiherrn von Hammerstein von der „Arbeitszeitung“ haben wir, so schreibt unser hannoversches Parteiblatt, ein derartiges, in diesem Falle berechtigtes Abrücken bemerkt. Es gibt in Hannover einen Pastor von Hammerstein. Wir wissen nicht, ob dieser der „Freiberlich von Hammerstein'schen Familie“ angehört, wir bezweifeln das aber, da er sonst sicher dieses unchristliche Abrücken vermindert haben würde, das stark nach dem Pariser Schmied: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener“. Ganz abgesehen davon, daß der Beruf einer Theaterängerin mindestens ebenso anständig und ein ebenso ehrliches Geschäft ist als das Gewerbe eines Pastors. Und ihren Abscheu gegen jeden christlichen Beruf hat die „Freiberlich v. Hammerstein'sche Familie“ doch nicht ausdrücken wollen, sondern lediglich „eine vom Theater“ von sich abschütteln, was wir hier gebührend festsetzen wollen.

In seiner Sonntags-Nummer bringt übrigens das „Tageblatt“ die Antwort des Fräulein v. Hammerstein, bei der dem Ehrenretter der „Freiberlich v. Hammerstein'schen Familie“ sicher die Ohren gedöhnt haben:

„Zur Ergänzung einer kürzlich an dieser Stelle gebrachten Notiz werden wir um die Mitteilung ersucht, daß die neu engagierte Altistin unseres königlichen Theaters weder hier am Orte Verwandte ihres Namens hat, noch mit dem vor mehreren Jahren in Berlin wegen Meineids zu längerer Zuchthausstrafe verurteilten Freiherrn v. Hammerstein in irgend welcher verwandtschaftlichen Beziehung steht.“

Das fikt!

Dem Verdienste seine Krone. Die frühere Kronprinzessin von Sachsen hat kürzlich der Münchener Polizei heiß gemacht. Das „M. Wiener Tageblatt“ weiß darüber zu berichten:

Die Gräfin Montignolo hatte sich zu Besuch bei ihren Eltern am Bodensee angelangt, traf auch dort ein, aber ihr Hauptzweck war, ihren auf der Jagd weilenden ehemaligen Gatten, König Friedrich August, zu sehen, ihn, wenn er auf der Heimkehr bayerischen Boden betrete, auf einer bestimmten Station zu erwarten, zu überraschen und anzusprechen. Ihre läche Abreise von Lindau aber weckte Verdacht, und die großherzoglich toskanische Familie ist es gewesen, die diese Mutmaßungen in Dresden mitteilte. So war denn, als sie nach München kam, um hier die Prinzessin Therese, eine ehemalige intime Freundin, zu sprechen, bereits alles gerüfelt und vorbereitet. So war auch in München ein Heer von Detektivs aufgeboten, um jede Annäherung der Gräfin an die Prinzessin hintanzuhalten. Doch trotzdem wäre der in toskanischen Schachzügen und in Winken und Gegenwinken allmählich so wohlbewanderten Frau ihr Vorhaben geglückt. Es gelang ihr, die Prinzessin zu erspähen, ihr entgegenzutreten, und eine Begegnung welche unermesslich geworden, hätte die Prinzessin die ihr raschen Schrittes entgegengehende Gräfin nicht erkannt und eilig ihren Wagen bestiegen, um davonzufahren. Auf den Wink der Polizei, der nun selbstverständlich erfolgte, und zugleich, wie

erzählt, auf Drängen der toskanischen Familie, verließ die Gräfin, nachdem König Friedrich August gewarnt, einen anderen Weg zur Rückreise gewählt hatte, Bayern, ohne ihren Zweck, den Gatten zu sehen und zu sprechen, erreicht zu haben. Die leitender aus Italien von polizeilicher Seite kommenden vertraulichen Bulletin schildern den Zustand der Gräfin als einen übererregten. Je näher das Weihnachtsfest heranrückte, desto deutlicher habe sich ihre Niedergeschlagenheit und desto nervöser auch ihre Sehnsucht nach den Kindern geäußert.

Daß die Polizei diese ihre großen Heldentaten bis jetzt so beschreiben verweigert hat, schreibt die „Münchener Post“, ist eine zwar ungewohnte, aber desto erfreulichere Erscheinung bei dieser so unsagbar nützlichen Körperkraft. Gute Taten finden in diesem sehr christlichen Jahrhundert aber immer ihre Belohnung. Und darum ist auch in Anbetracht der neuen Verdienste um den unbesetzten Monarchismus der Chef aller Tapferen, bis den gefährlichen Feind rechtzeitig erkannt und seine Anschläge läng bereitete haben, zum Regierungspräsidenten von Oberbayern befördert worden. Hätte man das gleich mitgeteilt, würden wir keinen Augenblick die unbedingte Notwendigkeit dieser Beförderung bezweifeln haben.

Ein schwerer Schiffbruch. Die Bark „Bah of Melfort“ ist an der Küste der Vancouver-Insel (Britisch-Kolumbien) untergegangen. 29 Personen, meistens Ausländer, welche nach Panama reisen wollten, sind dabei ums Leben gekommen.

Amerikanische Straßenräuber. Ein unerhört frecher Straßenraub ereignete sich gestern früh in den ersten Morgenstunden in der Ashland Avenue in Chicago. Sechs Männer überfielen einen dicht mit Fahrgästen besetzten Straßenbahnwagen, zwangen den Wagenführer zu halten und plündereten mit vorgehaltener Pistole die Fahrgäste aus, denen sie alles Geld und sämtliche Wertgegenstände wegnahmten. Einige der Verurteilten, die Widerstand leisteten, wurden mißhandelt. Im Innern des Wagens herrschte eine wilde Panik. Die Frauen schrien vor Furcht laut auf, und mehrere von ihnen fielen in Ohnmacht. Der Wagenführer kämpfte verzweifelt gegen die Räuber, die auf die Vorderplattform eingedrungen waren, und drehte dabei das elektrische Licht ab, so daß im Wagen Dunkelheit herrschte. Unter dem Schutze der Dunkelheit gelang es einem der Fahrgäste, zu entfliehen und die Polizei zu benachrichtigen. Eine größere Abteilung Schutzleute wurde sofort in einem Eilmwagen an den Schauplatz entsandt. Sie überwältigten die Räuber und nahmen sie sämtlich gefangen.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitiker und Gemeindefunktionäre. Herausgeber Dr. Albert Seibert. Berlin W. 15, Dörfelstraße 10.

„Die Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift. Heft 30. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lisa Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 M.

„Blau“, kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhart). Probeheft gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Hohestraße 69.

„Gewerliche Roland-Holtz“, „Generalstreik und Sozialdemokratie“. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky. Zweite revidierte und erweiterte Auflage. 232 Seiten groß Oktav. Preis 1.50 M. Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

Richard Galtner, Das Wirtschaftsjahr 1904. Erster Teil. Handel und Wandel in Deutschland. 296 Seiten. Verlag: G. Fischer, Jena.

Mitteilungen des „Vereins zur Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“, Heft 5. Herausgeber Dr. B. Brauer, Selbstverlag, Düsseldorf.

C. Scholl und G. Hoff. Es werde Licht! Jährlich 12 Hefte. Monumental halbjährlich 2 M. — Einzelheft 40 Pf. Verlag D. Th. Scholl, München.

Peter Krapotkin: „Der Anarchismus in Russland“. 16 Seiten. Preis 10 Pf. Freier Arbeiter-Verlag (H. Dörfel), Berlin, Rannunstraße 73. Post, Telegraphen- und Telephon-Tarif-Fix. Zweite verbesserte Auflage. Preis 25 Pf. J. Hoff's Verlag, Jena.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIa 56—64, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 85—95, IIa 73—84, IIIa 60—70, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 54—64, Schweinefleisch 70—75. Rindfleisch 10—15 Pf. Hahn 2.00—2.50, mittel 2.50—3.20, Rindfleisch 0.80—1.00, Hühner pro Stück, alte 1.40—1.75, Junge Ia 0.80—1.20, IIa 0.00—0.60, Tauben, Junge 0.60—0.66, alte 0.45—0.50, Gänse Junge 1.75—2.50, Gänse pro Stück Ia 3.80—4.20, IIa 3.00—3.50, pro Pfd. Ia 0.65—0.70, IIa 0.58—0.63. Schmalz 28 M., Rindfleisch 00—00 Pf., pro 100 Pfd. Hechte 94—103 M., Schleie, unsortiert 00,00 M., Karpfen 0.00, mittel 0.00, klein 0.00, Pläßen 50—58 M., Karpfen unsortiert 70—73 M., Lachs 0.00, Schottische Vollerlinge (gefilzt) 36—38 M., Eier, Schokol 5.00, Butter pro 100 Pfund Ia 121—123, IIa 118—120, IIIa 112—116, abfallende 95—110, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2.00—2.20, Rote 0.00—0.00, blaue 0.00—0.00, runde weiße 1.80—2.00, Wirsingkohl pr. Schock 6.00—10.00, Weiskohl 6.00—8.00, Rotkohl 4.00—8.00, Kohl 12—17 M., Saure Gurken, Schock 2.00 M., Pfeffergurken 2.00 M.

Witterungsüberblick vom 28. Dezember 1905, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. in °C
Swinemünde	757.5	W	2 Dunst	1	4	Daprun	755.0	W	2 wollig	—20	
Hamburg	757.0	W	2 Nebel	—1	1	Bretzenburg	748.0	W	2 Schnee	—19	
Berlin	758.0	W	2 Nebel	—1	1	Seitz	746.0	W	1 halb bd.	—12	
Frankfurt a. M.	759.0	W	—Nebel	—4	1	Aberdeen	753.0	W	3 bedeckt	5	
München	761.0	W	—heiter	—7	1	Berlin	752.0	W	3 bedeckt	7	
Wien	760.0	W	—bedeckt	2	1						

Wetter-Prognose für Freitag, den 29. Dezember 1905. Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater.
Freitag, 29. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Olympion. Der Freischütz.
Schauspielhaus. Der Frauenkrieg.
Die Diensthöfen.
Deutsches. Das Räthsel von Heilsborn.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Wochen. Nachmittags 3 Uhr:
Umbine.
Abends: Das Schützenfest.
Berliner. Edles Blut.
Festung. Die Wäldchen.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Hans.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Gyges und sein Ring.
Kleines. Silpe-Komödien.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reizend. Der Prinzgemahl.
Trianon. Die herbe Frucht.
Zuhilfenahme. Der Weg zur Höhe.
Thalia. Was früh um fünf!
Carl Weiß. Die lebende Bräut. auf Kuba.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Hans.
Drama in 3 Akten von Max Dreher.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hans.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nora.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Zwei glückliche Tage.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Heimg'unden.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Sonnabend zum 1. Male:
Liebesleute.
Sonntag, Montag: Liebesleute.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Zwei Silpe-Komödien.
Sonnabend: Zwei Silpe-Komödien.
Zentral-Theater.
(Operette) 4 Uhr:
Prinzesschen Goldbraut.
Abends 8 Uhr: Der Vogelhändler.

Urania Taudenstr. 48/49.
Im Theater 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Nachmittags 4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.
Fröbels Allerlei-Theater
Zahnhausener Allee Nr. 148.
Sonntag, 31. Dezember:
Große Silvester-Vorstellung.
Humorist. Silpefest.
Jabel und Trabel.
Großer Silvester-Tanz.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 40 Pf.
Montag, 1. Januar:
Neujahrsfest-Vorstellung.
XI. Berliner Salon.
Zirkus Busch.
Zum 40. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Indien.
Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens.
Ferner: Eine Witwenverbrennung. Außerdem: Elefanten-Kämpfe. Sensationell! Sensationell!
Mr. Norton Smith.
Amerikas berühmte Pferdewandler, und d. vorzähl. Programmum.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132.
Die lebende Bräut auf Kuba. Sensationelles amerik. Lustspielstück mit Gef. u. Ballet in 7 Bildern von James Fox.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Boyll. Sonnabend 4 Uhr: Klein Däumling. Sonnabend abends 8 Uhr: Oberohr.

Zirkus Albert Schumann

Heute Freitag, den 29. d. M., abends präyze 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. Elite-Programm. Zum Schluss gibt es 8 Male:

Femina, das neue Frauenreich.

Große Ausstattungs-Pantomime in 7 Abteilungen. Entloerfen und auf das glänzendste inszeniert von Dir. Albert Schumann. 1. Bild: Ein Polterabend. 2. Bild: Das Meeting der Frauen. 3. Bild: Die Hauptstadt Emanzipatoria. Im Palast der Präsidentin. 4. Bild: Im Colosseum. 5. Bild: Das Sportfest der Damen. 6. Bild: Waffen und Liebe. 7. Bild: Die eroberte Festung. — Amors Triumph.

Avis! Sonntag, den 31. d. M., und Montag, den 1. Januar 1906: Je zwei große Gala-Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags ein Kind frei!

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Ohne Extra-Entree. Heute und folgende Tage: Zum ersten Male in den Räumen der 1. Etage:

Bergbewohner Abessinians.

65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder. Eintritt 50 Pf.

Passage-Theater.

Anfang nachm. 5 Uhr, abends 8 Uhr. **Buddhas Tafel** (die Schrift aus dem Genetis). La Vampa, ägypt. Tänze. Paquarette, franz. Excentric. 14 erstklassige Nummern.

Walhalla-Theater

Täglich: **Nach Afrika nach Kamerun!** (Kunst-Bosse mit Gef. u. Tanz in 8 Bild. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet). **Folies Caprice.** Budapest Rosen-Theater 132 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstr. Zum 102. Male: **Nach dem Zapfenstreich.** Vorher: **Soll und Haben** u. d. ausgedehnte Spezialitätenfest. Anfang 8 Uhr. Vorher: **Die drei Tränen** oder: **Das Märchen vom König Alfgold.** Drumat. Märchen m. Gef. v. St. Anselm. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorher: **Robert und Bertram.** Sonntag: **Große Silvesterfeier.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 10. **Die drei Tränen** oder: **Das Märchen vom König Alfgold.** Drumat. Märchen m. Gef. v. St. Anselm. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorher: **Robert und Bertram.** Sonntag: **Große Silvesterfeier.**

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Der Prinzgemahl.** (Sittlicher Schwank in 3 Akten von L. Kienzl und R. Schöndel. Sonntag, den 31. Dezember, nachm. 3 Uhr: **Der Schlafwagenkontrolleur.**

Komische Oper.

Friedrichstr. 104/104a. Freitag, den 29. Dez., abends 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Samstag: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Die Bohème. (Umf. 7 Uhr.) Montag und Dienstag: Hoffmanns Erzählungen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr: Gastspiel Ad. Phillips **ERICH** Sonntag (Silvester) nachm. 3 Uhr: **„Weber'n großen Teich“.**

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: **Der Weg zur Höhe.** Nachm. 3 1/2 Uhr: **Der böse Prinz.** Sonntag, 3 Uhr: **Der Weg zur Höhe.**

Apollo-Theater.

10 1/2 Uhr! Täglich! 10 1/2 Uhr! **Jiu Jitsu** die Quelle japanischer Kraft! Das Ideal der Selbstverteidigung! **Katsukuma Higashi** Instruktor Sr. Maj. des Kaisers von Japan, des Präsidenten Roosevelt. **Higashi** anerkannt unbesiegtbar im Jiu-Jitsu-Ringen. Meister der Selbstverteidigungslehre Jiu-Jitsu. Vorher: **Prinzess Wajime** und **Spezialitäten.**

Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch einige Tage: **Das Opferlamm** und das brillante Programm. Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes. Montag 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Familiengtag im Hause Prellstein. Komödie in 3 Akten mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorher: 11-2 Uhr. **Voranzeige.** Sonntag, den 31. Dezember: **Silvester.** Nach der Vorstellung: **Gemütliches Beisammensein.** Silvester-Konzert. Gruß an das neue Jahr 1906 sowie **Gratulations-Cour** mit Punsch- und Pfannkuchen-Solonade.

Belle-Alliance

Theater-Variété. Anfang 8 Uhr. Nur noch wenige Tage: **Der grüne Tentel.** 14 erstklassige Sensationen. Sonntag u. Montag nachmittags 3 Uhr: Jeder Sitzplatz 60 Pf. Ein Kind frei. Sonntag: **Silvester-Feier.**

Colosseum

Dresdenerstr. 97. Täglich 8 Uhr Sonntag 7 Uhr **16** Spezialitäten! 1 Kind frei!

Kolossaler Silvester 1905

im **Colosseum.** Diese Feier, welche während der ganzen Nacht stattfindet, umfasst 25 Sterne am Variété-Himmel: **Bendix, Lütke Carlsen, Oskar Fürst, Hochgemuth, Piccolo Gabrun, van Roy, Sebus, Truth, Wardinis, Ravello.** **Das Huhn m. den goldenen Eiern** 3 Kapellen: u. a. die berühmte Damenkapelle „Die süßen Mädel“, die weiblichen Schrammeln (zum 1. Male auf der Welt), **Neger Witbol**, 4. 25te **Schlag 12 Uhr** (Normaluhrzeit) **Bendix** spricht, **Carison** tanzt, **Signor Inowrazlaw** pfeift auf's alte Jahr; **Piccolo Gabrun** verteilt 2000 Flaschen franz. Liköre. **Große Confetti-Schlacht.** Hinauf: **Gedänge und Tänze aus Rin - in's Colosseum.** 1. **Bendix**, die große Weiße. 2. **Paulette** van Roy als Mad. **Henkell trocken**. 3. **Lütke Carlsen**, der Ueberlebemann als Brillwitz glossieren das alte Jahr in den neuerbauten Theaterlogen. — „**Mis - in's Colosseum**“, **March** gespielt, getrommelt, gepfeifen, geblasen und gepunktet von sämtlichen Kapellen und gesungen von den Mitgliedern und dem Auditorium. Anfang 8 Uhr. Konzert 8 Uhr.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 31. Dezember 1905, im „Neuen Konzerthaus“, Alexanderstraße 48 (früher Grand-Hotel): **Große Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **Stöbel: „Zur Jahreswende“.** Der Vorstand. NB. Kollegen! Es ist die letzte Versammlung in diesem Jahre, auch die letzte, welche unter obigem Namen stattfindet. Auf Grund der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet der Vorstand, daß die Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen. Ferner fordern wir diejenigen Mitglieder, welche ihre Bücher noch nicht abgegeben haben, auf, dieselben bis zum Sonnabend, den 6. Januar 1906, im Bureau, Girtelstraße 20, abzugeben.

Punsch-Extrakte

von höchster Bekanntheit, überraschend köstlichem Aroma und unübertrefflichem, wirklich hervorragendem Wohlgeschmack bereitet man im Haushalte nur selbst, mittels der allein echten **Noa's Original-Extrakte.** 1 Original-Flasche Noa's Punsch-Extrakt-Basis gibt mit 1/2 Liter Weingeist und Zucker nach beigegebener Vorschrift ca. **2 Liter Punsch-Extrakt.** Vanille-Aroma & Flasche 75 Pf. Düsseldorf Punsch & Flasche 90 Pf. Royal-, Sherry-, Tee-, Victoria-Punsch-Aroma & Flasche 1. —. 1 Teil dieses Punsch-Extraktes mit 2 Teilen bestem Wasser vermischt ergibt **Enorme Ersparnis. — Einfachste Zubereitung.** Allerfeinstes dopp. rect. Weingeist 96 % in Orig.-Flaschen à Lit. 1.50. Wertvolles Rezeptbuch **„Die Destillation im Haushalte“**, alle Rezepte zur Selbstbereitung von Cognac, Rum, allen echten Likören usw. enthaltend, **gratis.** **Fabrik u. Verkauf Max Noa,** Eisenerstraße 5, 3. Haus vom Rosenthaler Thor.

Bernhard Rose-Theater

Bergschloßbrauerei, Badstraße 58. Heute: **Kobitzten-Abend.**

Trudens Sommerreise.

Lustspiel in 3 Akten v. Oskar Blösch. Umf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich. Sonntag nachm. 3 Uhr: **Kasseneröffnung** bei halben Preisen: **Der Kaufmann von Venedig.** Abends 7 Uhr: **Trudens Sommerreise.**

WINTERGARTEN

Eugenie Fougère Pariser Excentric-Sängerin. **C. Bernardi,** Verwandlungskünstler. **Mc. Banns,** Keulenjongleur. **Rosa Naynon,** dressierte Vögel. **Pezina,** Hundepantomime. **Lene Land,** Parodistin. **Siegwart Gentes,** Humorist. **de Grey,** Barfultänzerin. **Im Pensionat,** Ballett-divertissement. **Die 3 Olympier,** Bronzestatuen **Biograph.**

Sanssouci.

Kottbuserstr. 4a. Dir. W. Reimer. Sonntag, Mont., Donnerstag: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzen.** Morgen: Extravortellung. Die Kunst, zu gefallen. Nachher: **Tanzkränzen.** Nächsten Sonntag: **Silvester-Ülk-Vorstellung** und **Silvester-Ball.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger Am 31. Dezember 1905: **Silvester-Ülk Solire m. Tanzkränzen** Anfangs 8 Uhr. Täglich abends 8 Uhr.

Königshof, a. Vedd. Str.

Heute sowie jeden Freitag: **Fritz Steidl-Sänger.** Zum Schluß: **Unter'm Weihnachtsbaum!** Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Speisung 50 Pf.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater Frankfurter-Allee 85. Das grohartige **Weihnachts-Programm.** Anfang abends 7 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Bergschloßbrauerei, Badstraße 58. Heute: **Kobitzten-Abend.**

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bb. Ecke. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das einzig dastehende **Weihnachts-Programm** u. a.: **Die 3 Harders** Berliner Hochturner und 14 erstklassige Nummern. Familienarten in allen Barbier-, Pfeiler- und Zigarrengegeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben. Sonntag, 31. Dezember 1905: **Große Silvester-Feier.** Zum 1. Male: **Koolität: Paulas Beichte.** Surleste von W. Gerleke.

Etablissement Buggenhagen

Horstplatz. Täglich in den unteren Sälen **Gottschalk-Konzert.**

Schöneberger Wintergarten

Holzstraße 9. Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direction.

Otto Pritzkows

Berliner Abnormitäten-Theater Münstr. 16. **Riesen-Weihnachts-Programm!** Neu! Die Elite-Liipotaner-Truppe, die kleinsten Sänglerinnen u. Vortragshilfen der Welt. **Riesin Hena,** 45 Pf. schwer. **Opalla,** der Mensch ohne Gefühl. **Moo! Moo!** Miel! frei in der Luft schwebende **Lükin, Halssehlerin Armida,** wackelnde **Bunderdame, Pluto, Bunderdame,** geb. mit 4 Beinen, 2 Köpfern, 1 Kopf, lebend. etc.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4. Täglich: Auftreten von 36 erstklassigen internationalen Spezialitäten.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Guhay-Lutz, Berlin S. Pringstraße 48, verleiht gegen Rücknahme gewaschenen Bettfedern à 3/4, 50 Pf., einjährige halbbrennen à 3/4, 2.25, bessere halbbrennen à 3/4, 2.25, verlässliche Dunnen à 3/4, 2.25. — Bei diesen Dunnen ergründen Sie bis 4 Pfund zum großen Übertritt. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Viele Dankensprüche.

Kleber!

Som 1. Januar 1906 an tritt für die Kleber eine neue Kontrollkarte (grau) in Kraft. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß im Besitze einer solchen Karte sein und muß sich im ersten Felde derselben eine rote Karte befinden. Gleichzeitig werden die alten Karten eingezogen. Die Karten werden verabsichtigt Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 9-12 Uhr, in folgenden Lokalen: **Kröger, Ludwigerstraße 8; Stephan, Bienerstr. 31; Pado, Kunitzstr. 6; Merker, Bergstr. 10; Pankow, Verlebergerstr. 33; Rieker, Steinmehlg. 35; Klaus, Fruchtstr. 34; Raik, Charlottenburg, Pöhlitzstr. 82, Duergerb. 1. L., sowie täglich von 8 bis 10 Uhr im Radweld Räderstr. 9. 1905/15**

Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?

Von J. Vorhardt Preis 30 Pfennig. Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß das Prügel in der Schule zu verwerfen sei, daß aber auch das Prügel der Kinder im Hause für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes verwerflich ist. Er gibt vielfache Anregungen, wie die Eltern ihre Kinder ohne Prügel erziehen können.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68.

Albert Marquard

Berlin, Neanderstraße 26. Weingroßhandlung u. Likörfabrik empfiehlt zum **Silvester** Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine feinst. Rum per Ltr. 1.50-5.50 „ Arrak „ 1.50-3.50 „ Cognac „ 1.50-6.00 burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch per Ltr. 3.00 u. 3.50, feinen Punsch, Grog- und Glühwein-Extrakt per Ltr. 1.60-2.50.

Lunge u. Hals.

Bei Husten, Delferkeit, Verschleimung, Stimmheben, Heiserkeit etc. gebraucht man nur den garant. echt. **Russischen Knöterich**

Bleichsucht

Blutarmut, Nervenleiden, Schlafstörungen usw. Befähigt vollkommen **Reich's Malzeisenpulver** Reichlich durchdringend, schmeckt süß, wirkt bei Kindern Wunder! Wirkhaft überraschende Erfolge. Preis 1/2 Ltr. 1.25, 1/2 Ltr. 2.00, 1/2 Ltr. 3.00, 1/2 Ltr. 4.00. Best. nach Musterkarte. **Otto Reichel,** Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Herzlichen Glückwunsch zu Eurer Verlobung.

Ich Wilhelm, mir singen Euch ein Lied! 55942 **Zentral-Verband der Brauerei-Arbeiter** Zweigverein Berlin, Sektion II. **Todes-Anzeige.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Referent **Friedrich Herrmann** (Schultheiß II) am 23. Dezember verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 42/6

Todes-Anzeige.

Am 27. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, starb nach langem schweren Leiden meine innig geliebte Frau und unsere gute Mutter **Anna Melzenthin** geb. **Raspow** 14053 Dies zeigen hiermit mit der Bitte um süßen Beileid an **August Melzenthin** und **Söhne.** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes, Kirddorf, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Kupperschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin. Am 22. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied **Paul Neumann** Ludenwalde. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren! 100/16 Die Filialverwaltung.

Karl Pade

sagen mit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Zentralverbandes der Tapezierer, Maler etc. Berlin, dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein des letzten Berliner Kreises unseren innigsten Dank. 55392

Frau Pade nebst Sohn.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Gr. Silvesterfeier.

Sonntag früh 1/10 Uhr im Lokale Androsstraße Nr. 21: **Außerordentliche General-Versammlung.** Sonntag, den 31. Dezember, findet der Generalversammlung u. Silvesterfeier wegen keine Tour statt.

Silvester-Karpfen

zu den billigst. Markthallenpreisen in Buchhandlung, Wendelschützstr. 1.

Stola Muffen

etc. etc. Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl, gedieg. reelle Aust. bestes Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreis. **Kalman,** Dresdenerstr. 75 vorn II. 2. Haus v. Thalia-Th. Verk. auch Sonntag u. Wochent. v. 9U. ab.

Bleichsucht

Blutarmut, Nervenleiden, Schlafstörungen usw. Befähigt vollkommen **Reich's Malzeisenpulver** Reichlich durchdringend, schmeckt süß, wirkt bei Kindern Wunder! Wirkhaft überraschende Erfolge. Preis 1/2 Ltr. 1.25, 1/2 Ltr. 2.00, 1/2 Ltr. 3.00, 1/2 Ltr. 4.00. Best. nach Musterkarte. **Otto Reichel,** Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Der 8. Verbandstag des Verbandes der vereinigten Dachdecker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands ist am Mittwoch, den 27. Dezember, in Braunschweig eröffnet.

Aus dem Bericht der Zentralleitung ist zu entnehmen, daß sich der Verband seit dem letzten Verbandstage vor zwei Jahren in Bezug auf die Zahl der Mitglieder, auf den Stand der Finanzen und auf die Agitation günstig entwickelt hat.

Aus der Frauenbewegung.

Mehr Agitation unter dem weiblichen Proletariat.

Die Zahl unserer weiblichen Redner ist verhältnismäßig nur klein. Daher sind die meisten von ihnen in der letzten Zeit fast bis zur vollständigen physischen Erschöpfung angepannt gewesen.

Die Forderung: „Mehr Agitation unter dem weiblichen Proletariat!“ soll also nicht etwa heißen: „Arrangiert mehr Versammlungen mit weiblichen Mejerinnen, sondern sie soll bedeuten: „Berücksichtigt bei allen Veranstaltungen mehr die bisher auch die Frauen.“

Die ganz anders haben dagegen unsere Genossinnen in Oesterreich den innigsten Anteil an den Wahlrechtskämpfen genommen.

Uns stehen in den verschiedensten Bundesstaaten nach dieser Richtung noch harte Kämpfe bevor. Vereiten wir schon heute unsere Genossinnen, die dreifach Entrechteten und hundertfach Interessierten, vor auf diese Kämpfe.

Es darf keine Gelegenheit vorüber gehen, wo wir nicht intensive Propaganda für unsere einzige deutsche sozialdemokratische Frauenzeitung, die „Gleichheit“, machen.

So gut wie ein jeder sozialdemokratische Agitator es als eine arge Pflichtverletzung sich anrechnen muß, wenn er es verabsäumt, für die örtliche Parteipresse Propaganda zu machen, so gut sollte es als arge Unterlassungssünde angesehen werden, falls es unterbleibt, in unseren Agitationsversammlungen für die „Gleichheit“ einzutreten.

Wir haben die Pflicht, die proletarischen Frauen schon jetzt hinauszuführen auf das weite Blaupfad des politischen Kampfes, sie schon jetzt zu lehren, eine Waffe zu handhaben, die ihnen von den politischen Anführern des Zentrums nicht in die Hand gedrückt werden soll zur Verteidigung ihrer Interessen, sondern zu deren Vernichtung.

muss die Frauen und Mädchen treiben aus Fabriken und Werkstätten, vom Lande und aus der Heimarbeit, aus den Läden und Motoren, aus der Enge der elenden Mietkassernen, dem Dachstuhlchen, den Höfen und baufälligen Häuten und wo immer Proletarierinnen hausen, um sie zu scharen um das leuchtend rote Banner der Sozialdemokratie.

Die „Gleichheit“, das Organ der Klassenbewußten Frauen, richtet an die Proletarierinnen folgenden Aufruf mit der Aufforderung zum Abonnement auf diese vortreffliche Waffe im Kampfe für Befreiung der Frau von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung und für Abschüttelung der die Frau als Geschlechtswesen noch besonders drückenden Ausnahmestellung im Rechtsleben:

Die „Gleichheit“, das Organ der deutschen Genossinnen, schließt mit dieser Nummer ihren 15. Jahrgang.

Wie in den vergangenen Jahren, so wird die Zeitschrift auch fürderhin die treue Beraterin der Proletarierinnen für ihre Beteiligung am Befreiungskampfe ihrer Klasse sein.

Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Aufgaben erfüllen. Jede Nummer hat eine Beilage, welche, abwechselnd in der Reihe des Erdemens, der allgemeinen Bildung der proletarischen Frau, ihrer besseren Ausrüstung für die Pflichten als Mutter und Hausfrau gewidmet ist und Kinderlektüre bringt, die in dem heranwachsenden proletarischen Geschlecht sozialistisches Fühlen und Denken fördern soll.

Verlag und Redaktion werden tun, was in ihren Kräften steht, damit die „Gleichheit“ ihren Aufgaben gerecht wird.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit gratis abgegeben.

Soziales.

Brandenburger Ortshaus mit mehr als 10 000 Einwohnern. Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember zählen als Orte mit über 10 000 Einwohnern die nachfolgenden auf.

Table with 3 columns: Ort, 1905, 1900. Lists various locations in Brandenburg like Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Spandau, Frankfurt a. D., etc.

Amtesliches Verzeichnis der Gewerbegerichte. Die soeben erschienene Dezembernummer des Reichsarbeitsblattes bringt zum erstenmal ein amtliches Verzeichnis der Gewerbegerichte zum Abdruck.

fortbestehen, sind gleichfalls noch zuzurechnen. Es sind das die 10 rheinischen Gewerbegerichte Barmen, Aachen, Düsseldorf, Elberfeld, M.-Gladbach, Vennepe, Remscheid, Solingen, Köln, Mülheim usw.

Briefkasten der Redaktion.

M. Gr., Richterfelde. Ihr Bericht hat kein öffentliches Interesse, die Aufnahme muß deshalb unterbleiben.

Juristischer Tell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.

§ 10. 1. Rehn. Sie scheinen aber von irrigen Voraussetzungen auszugehen. Den Zwangsdingungen ist durch § 100 g verboten, ihre Mitglieder in der Festlegung der Preise oder Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden zu beschränken.

§ 27. Zur Rückzahlung ist der Adressat nicht verpflichtet. § 2. 5. 1. und 3. Bei bösslicher Verletzung ist erst auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens zu sehen. Erfolgt die Rückkehr innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des verurteilenden Erkenntnisses nicht, so kann auf Scheidung gelangt werden.

§ 100. Die hiesige Nordsee liegt an der Südküste der Insel Helgoland. Die Dürchschmittiefe mag gegen 30 Meter betragen. Die Tiefe ist flacher. Der tiefste Punkt liegt bei Stockholm (etwa 400 Meter).

§ 57. Dienstmädchen in der Stadt sind nicht Krankenversicherungspflichtig. Die Herrschaft hat auf die Dauer von sechs Wochen, nicht aber über die Dienzeit hinaus, für Kur und Verpflegung Sorge zu tragen.

§ 16. Festhaltung und Sicherstellung könnten Sie nicht verlangen, da das gültige Erkenntnis der Bilanz freie Verfügung vorbehalten hat. Sie könnten Mitwirkung auf das Grundbuch, wenn diese nicht schon erfolgt sein sollte, durchsetzen.

§ 150. Da in der Folge ausdrücklich steht: Wert 150, ab ein Drittel Selbstversicherung usw. und § 2 zutrifft, so würde ein Prozeß kaum Aussicht auf Erfolg haben.

§ 910. Die Bürgerlichen Gesetzbücher können der Eigentümer eines Grundstücks heraberragende Zweige abschneiden und behalten, wenn der Eigentümer dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine angemessene Frist zur Befreiung bestimmt hat und die Befreiung nicht innerhalb dieser Frist erfolgt.

Unsere Weinstuben werden auch in diesem Jahre am Sylvester von Nachmittag 5 Uhr an geschlossen bleiben.

BERLIN W. 8
Leipzigerstr. 25.

M. Kempinski & Co.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN



Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fab.-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 4510L*

Wachschufer 3, 1 Wohnung III, 1. April, 39,50 M., durch Verwalt. I

Schwelzer & von Halle's

„Samiel hilf“
bester Kraft-Rotwein

für Blutarmer und Rekonvaleszenten
von unübertroffener Wirkung. Zu
haben in allen besseren Kolonial-
waren- und Delikateß-Geschäften.

Aerztlich empfohlen!

Sylvester: Lebende Karpfen 90 Pf., frische Eiskarpfen 70 Pf.
Gespickte Hasen von M. 3⁵⁰ an. Wildfleisch Pfd. 40 u. 60 Pf.
Wildschwein Pfd. 60 u. 80 Pf. Oderbruch. Gänse, auch
Junge Puten, Enten, Tauben, fette Suppenhühner, Fasanen, Kaninchen.
A. Ritschl, Dresdenstr. 61, Amt IV, 1599.

Blitz = Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für corpulente Herren passend.
Die selben sind von feinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen. 38662*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

M. & W. Müllers Spezialitäten
aus der Brennerei u. Spiritfabrik. Berlin, Buckowerstr. 7.



M. & W. Müllers:
Nordlicht a Orig.-Ltrfl. 1,00
Kloster Korn
a Orig.-Ltrfl. 1,50
Hundertjähriger
a Orig.-Ltrfl. 2,00
Meunier-Kognak
hochfeine Qualität, Originalflasche
von 1-6 M.
ff. Rum u. Arrak
hochfeine Qualität, sehr geeignet
zur Punschbereitung, Original-
flasche von 1-5,25 M.

Hier zu haben!
M. & W. Müllers Aromatique-Likör
sehr bekömmlicher, hochfeiner Tafellikör, nur
echt mit Jymbo-Etikett, a Originalfl. M. 1,25.
Käuflich überall, wo dieses Jymbo-Plakat aushängt.

Pfeifenraucher!

„Ihr habt am Rauchen erst Geschmack“ 54882*
Glückt in der Pfeife Sternatad.
Blaustern 20 Pf., Goldstern 25 Pf.
mild, aromatisch, preiswert
mit Gratiszugabe einer eleganten Pfeife.
Tabakfabrik S. Stern, Steele.
Engros-Vertrieb: H. & P. Uder, Engel-Ufer 5, part.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5296L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. — Billigste Preise.

Blutarmut

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den
Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,
trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt
1/2 Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen.
Steht unter ständiger Kontrolle des Reichsanzeigers. Dr. C. Bischoff. Käuflich in Apotheken, Drogerie- u. Delikateßgeschäften.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Pfennig. Das erste
Wort 10 Pfennig. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken,
enorm billig. Reihe 1 bis 3 Fenster
Extraermäßigung. Gardinen-Verband-
haus Jerusalemstr. 11/12. 11048*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, part. 11

Veilchenhaus Kottbusserpl. 7, billige
Einkaufspreise für Waren aller Art,
großes Lager in Wäsche, Betten,
Uhren, Goldwaren, Teppichen, Stepp-
decken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Dadescher
Markt 4, Bahnhofsstr. 25/12.

Sofa, wie neu, 21,00. Melde,
Große Hamburgerstr. 18/19. 256/20

Mattwerke, Teppichmatten. In-
valdenstr. 148 (Eingang Berg-
str.) , Stallstr. 40, Große
Frankfurterstr. 56. 11059*

300 Winterjoppen für Herren
und Knaben, beste Qualitäten, sehr
billig bei Herrmann Schlegler,
Lützowstr. 88. 10388*

Uhren, verfallene, silberne, 5,-,
goldene Damenuhren 10,-, goldene
Herrenuhren 35,- an. Veilchenhaus,
Schönhauserstr. 11. 10758*

Ein großer Posten Trumeaus,
mahagoni, nussbaum, zu raumend
billigen Preisen für Weihnachts-
präsent. Tafelstühle 52,00, Chai-
longue, Schlafsofa, Büchertische
17,00, Tisch, Verbindung, Lazarus,
Andreasstr. 57, an der Reichshalle.

400 Winterpaletots für Herren
und Knaben sehr billig bei Herr-
mann Schlegler, Lützowstr. 88,
Reihe Qualitäten! 10328*

Feinbäckerei. Offiziere meiner
werten Kundenschaft! Wehl, Bäume und
andere Artikel zur Weihnachtsbäckerei.
Spezialität: Stollen, Kaptschen,
sowie Brot und alle Kuchenwaren
zu billigen Preisen. Um gütigen
Auftrag bitte H. Rühner, Bäcker-
meister, Rosenthalallee 57. 10749*

Teppichläufer in jeder Preis-
lage. Spezialfabrik Blumenstr. 9.

Wolldecken von drei Mark an.
Spezialfabrik Blumenstr. 9. Rabat-
marken. 68/12*

Sperrbilder von zwei Mark, Auf-
träge von zwölf Mark an. Spezial-
fabrik Blumenstr. 9 II. Abends
bis 9, auch Sonntags. Rabat-
marken. 68/12*

Teppiche mit Farbenfehlern habiti-
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
part. 11

Damenhüte, praktische Weihnachts-
geschenke, spottbillig nur Doppel-Allee
Nr. 140, Eckhaus Schönhauser Allee. *

Steppdecken billig! Fein! Große
Frankfurterstr. 9, part. 11

Möbelverkauf in meiner Möbel-
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
part. 11. Infolge des großen Umzugs
besuchen sich am Lager viele zurück-
gebliebene und verleierte gewerbliche Möbel,
die wie neu sind, Kleiderständer,
Bettsofa 27,00, Ausziehtisch 16, Buchel-
beistelle mit Federmatratze und
Stuhl 26, Tischsofa 50, Vaneel-
sofa 70, Waffeltische 20, Kuch-
ent 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 70/13*

Schöne große Federbetten, Stand
20 Mark. Dresdenerstr. 38, vorn
II links. 70/14*

Grammophonplatten und Repa-
raturen! Sprechmaschinen - Fabrik
Kottbusser, Prengelstr. 42,
Kottbusser Pl. 11248*

Herrenanzüge, Winterpaletots,
wenig getragene Monatsgarderobe von
5 Mark an, große Auswahl, für jede
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-
gelebte Anzüge, kauft man am
billigsten aus erster Quelle direkt
nur beim Schneidermeister Hartmann,
Hofenbakerstr. 15 nur 3 Treppen.
Keine Ladenmiete. 11248*

Kinderwagen, Kinderbestellen,
gebrauchte, zurückgelebte Puppen-
wagen spottbillig. Schneider, Kur-
fürstenstr. 172. 11839*

Hochbornahme Herrenanzüge,
Winterpaletots, zurückgelebte, aus
feinsten Rohstoffen 15-38,00. Täglich,
Sonntagsverkauf. Deutsches Verlan-
haus, Jägerstr. 63, I. 14635*

Händler aufgepaßt!! Neuja-
hresarten, Kappe 2^{1/2}, Menzig, Handels-
neheiten!! Nur Grenadierstr. 22
und Grenadierstr. 45. Engros-
lagerien. 11525*

Wandliche, Drantenstr. 177,
Ede Adalbertstr. verkauft billig
goldene Damen- und Herrenuhren,
Teppiche, Steppdecken, Breilwinger,
Winterpaletots, Anzüge. 10078*

Photo-Objektive, Kameras, neu
und gebraucht, in allen Preislagen,
auch Umtausch, liefert die Optisch-
Mechanische Werkstatt von H. Gabriel
u. Co., W., Gleditschstr. 20. 1104*

Hochelegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. Versandhaus Germania, Unter
den Linden 21, Reineckstr. 11158*

Kanarienvögel spottbillig Döbste-
str. 11. 284/13*

Kanarienvögel 6,00, Vorkläger,
Seifentham. Schloßplatz 2. 70/15*

Zihere Erbsen, Holz- und
Kostengeldern wegen Krankheit zu
verkaufen. Rüdorf, Steinmehln. 81.

Schleifenger, Lützowstr. 88, bei
die besten Arbeitssachen, weiß, bequeme,
gut genäht, wolfecht. 10228*

Rahmmaschinen, gebrauchte,
Wheeler-Wilson von 8 Mark und
Langschiff von 10 Mark an. Dell-
mann, Gollnowstr. 26. 9048*

Beiten, zwei Stück, zwei elegante
Wettal-Bettstellen (auch einzeln)
billig. Hoffmann, Raunowstr. 52.

Junge Frau verkauft ihre
5 Zimmer Möbel, Brauseleiten, Gele-
genheit, darunter Gasöfen, Bilder,
Gardinen, Tischsofa, Truhen, zu
jedem annehmbaren Preis. Land-
bergerstr. 42 II, nahe Alexanderpl.

Nußbaummöbel, Epindeln, Bett-
stellen, Tischsofa, Garnitur, Säulen-
trumeau, Ausziehtisch, Stühle, Regu-
lator, Bilder, Beiten, Steppdecken,
Vorhänge, Gasöfen, farbige Küche
verkauft spottbillig. Schuhmann,
Goldenerstr. 27 vorn I. 14530*

Beitenverkauf, Gardinenverkauf
spottbillig! Händlerehand Weidenweg
neuziehen. 129

Neujahrsvorhaben mit Blumen
Duhend 35 Pfennig an. Juppolden-
str. 138. 11775*

Zigarrengeschäft zu verkaufen.
F. Stern, Weinmündelstr. 86.

Banparzellen, 20-Aur, feld-
lung. Postamt 2. 14795*

Schlafsofa 20,00, Bettstelle,
Bettsofa 15,00, Tischsofa 38,00,
Kaffeehausstr. 23, Lazarett. 76/18

Rahmmaschinen, Jahle bis 10,00
Mark, wer Teilzahlung kauft oder
nachweist. Sämtliche Systeme. Woche
1,00. Ohne Anzahlung. Postkarte.
Brauer, Dillstr. 90. 129*

Obst, Gemüse, Kolonialwaren-
Geschäft! (sofort) billig zu verkaufen.
Zu erlangen Christinenstr. 32,
Seitenflügel I. 11525*

Zihere Erbsen! Kolonial-
Delikatess, Ausnahm-Geschäft mit
Rolle, in starker Konsumentengegend
Rüdorf, billig veräußert. Offerten
Partei-Expedition Rüdorf, Prinz
Handjergstr. 7. 1129

Rahmmaschinen, ohne Geld, Woche
1,00, Uhr Gratiszugabe, gebrauchte
12,00 an. Rüdendorfstr. 60/61,
Große Frankfurterstr. 43, Preng-
lauerstr. 59/60. 129*

Kanarienvögel spottbillig Döbste-
str. 11. 284/13*

Kanarienvögel 6,00, Vorkläger,
Seifentham. Schloßplatz 2. 70/15*

Ohne Geld! Weihnachtsgeschenke!
Kingshiffchen, Bobbin, Schnellnäher,
Woche 1,00, Uhr Gratiszugabe. Ge-
brauchte, tabellos, 12,00 an. Post-
karte genügt. Rüdendorfstr. 60/61,
Große Frankfurterstr. 43, Preng-
lauerstr. 59/60. 129*

Zigarrengeschäft, schöne Woh-
nung, umhängebare billig ver-
käuflich. Offerten unter K. S. 105
Postamt 31. 129

Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5,00 an, Toppfen von
4,50 an, Hosen von 1,50 an, Geh-
redanzüge von 12,00 an, Frack
von 2,50 an, sowie für corpulente
Figuren. Neue Garderobe zu
raumend billigen Preisen, aus Hand-
leihen verfallene Sachen kauft man
am vorteilhaftesten bei Rab, Pulaski-
str. 14. 14575*

Patentanwalt Wessel, Gitschiner-
str. 91a. 9556*

Handleibe, Reitzenstr. 63,
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 10928*

Kunststoffserei von Frau Kofsky,
Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *

Zingerbobbin - Kingshiffchen,
Bierwald, Schwedterstr. 12. 257/17*

Selbständigkeits auf dem Lande,
näher, dauernd, für feilige, wenn
auch vermögenslose Leute. Köhler
bei Robert Meber in Berlin N.,
Anwaltsstr. 102. 14565*

Niederunterricht, Schnellföhrer,
Brixerstr. 14 II. 14539*

Platina, alte Goldschmied, Deutsch-
gold, Silber, alte Jahngesetze, Re-
gold, Staubgold, photographische
Nädeln sowie sämtliche gold- und
silberhaltigen Abfälle kauft Gold-
schmelze Grob, Brangelstr. 4,
Telephon Amt 4, 6958. 70/16*

Chauffeurkaut, Das Auto-
mobiltechnikum Berlin, Epladen-
str. 11/12, bildet jedermann zu
erfolgreichem Automobilfahrer aus.

Musikschule, monatlich 4 Mark,
Stallgerstr. 116a. 13765*

Vermietungen.

Wohnungen.

Cudenarderstr. 36, 37, 38,
billige Kleinwohnungen. Näheres
Bier 37. 12016*

Wohnungen.

Cudenarderstr. 36, 37, 38,
billige Kleinwohnungen. Näheres
Bier 37. 12016*

Herrmannstr. 62, Rüdorf, neues
Haus, Wohnungen von 2 und 1
Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort
billig zu vermieten. 10108*

Weddingplatz, Ein und zwei
Zimmer, Küche, Speisekammer,
modernen Zubehör, Badraum. Jeder
Mieter erhält eigenen Garten. April
zu vermieten. Müllerstr. 178. 14865*

Wohnungen, 2 Zimmer, Erker,
Balkon, Zubehör; Holzwohnungen,
2 Zimmer, allein Klosett, echte Deelen.
Schreinerstr. 58. 12132*

Zimmer.

Kurzimmer, möbliert, auch Balkon-
Zimmer für zwei Herren oder an-
ständige Damen, Stallstr. 109,
2 Treppen. 70/17*

Möbliertes Zimmer, ein oder
zwei Herren, Kellermann, Kurfürsten-
str. 165 III, Eingang Blumenstr.
14785*

Leere Stube vermietet Glente,
Oranienstr. 23, rechter Seiten-
flügel II. 1467

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren, Dresdenerstr. 58, III
rechts. 14475

Möblierte Schlafstelle zu ver-
mieten Dresdenerstr. 18, vorn II,
Breithaupt. 14895

Möblierte Schlafstelle vermietet
Schur, Wälderstr. 19. 1468

Möblierte Schlafstelle, separat,
Jerte, Reitzenstr. 111, vorn IV.

Bessere Schlafstelle, Gerlich, Jor-
danerstr. 56. 1499

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Stellengesuche.

Stellengesuche.

Stellenangebote.

Schlosserlehrling verlangt Garten-
str. 101. 1148*

Auschnider auf Reichmutter ver-
langt Grosinsch, Rüdendorfstr. 154.

Verlänger, auch schon gelernt,
verlangt Werkzeugfabrik Traue, Wei-
denstr. 6. 1468

Dirigenten, tüchtigen (Klavier),
für Acetangs sucht Arbeiter - Gesang-
verein. Offerten bis Freitag bei
Richter, Hochstr. 31. 1487

Junges Mädchen, tagsüber für
Bücherei, ein Kind, sucht Frau,
Wälderstr. 131. 14745*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

**Redakteur-
Gesuch.**

**für ein täglich erscheinendes Partei-
blatt** wird ein durchaus erfahrener
tüchtiger Redakteur
gesucht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen und
Kürzungen über bisherige Tätigkeit
unter R. 4 an die Expedition des
„Vorwärts“. 55082*

Achtung! Achtung!

**Piano - Mechanik - Arbeiter
und Arbeiterinnen!**

Die Firma Genz & Co.,
Blumenstr. 77, ist für alle
Branchen bis auf weiteres
gesperrt!

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Branchen 98/15*
der Musikinstrumenten-Arbeiter).

**Stoff- und Zelluloid-
Arbeiter!**

Bei der Firma **Mendelsohn**
in Leipzig sind sämtliche Kollegen
und Kolleginnen wegen Zugehörigkeit
zur Organisation ausgesperrt worden.
Jugend nach Leipzig ist deshalb
streng fernzuhalten. 99/9

Die Kommission.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 303. Freitag, den 29. Dezember 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Window steht das Lokal der Witwe Engelhardt der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung, ist daher streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Ernter. Am Sonnabend pünktlich abends 8 Uhr findet bei Degebrodt die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Abrechnung, Vorstandswahl usw. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volkshäuser Charlottenburg. Auf die heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 3, stattfindende Vorstellung des Lustspiels „Die Erziehung zur Ehe“ von Otto Eich Partleben wird noch einmal hingewiesen.

Friedrichsfelde.

„Die Gemeindevertretung = 0“ kann man sagen, wenn man sieht, wie die hiesige Gemeindevertretung vom Gemeindevorsteher und den Schöffen behandelt wird. Hinzufügen könnte man nur noch: „Jeder wird so behandelt, wie er es verdient.“ — Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung hatte außer Mitteilungen nur einen Punkt auf der Tagesordnung, nämlich Anträge der Rieselgutkommission. Genannte Kommission beantragte, um zweckmäßiger arbeiten zu können, einem Mitgliede derselben die Oberaufsicht über das Rieselgut Mündehofe zu übertragen, und schlug den Landwirt W. Behmer vor. Die Gemeindevertretung stimmte dem zu. Ein anderer Antrag betraf die Erbauung von Arbeiterwohnungen auf dem Rieselgut. Befördert werden sechs Wohnungen. Die Rieselgutkommission forderte einen Neubau, während der Gemeindevorsteher Bedenken äußerte, daß ein Herr Kottke, derselbe, welcher den Vermittler beim Ankauf des Rieselgutes gemacht hatte, bei ihm genesen sei und erklärt habe, der hiesigen Gemeinde ein bebauter Grundstück in Mündehofe für 20 000 M. verkaufen zu wollen; er empfehle, diese Offerte zu berücksichtigen. Die Rieselgutkommission und auch der Gemeindevorsteher erklärten, von einem Angebot des Kottke nichts zu wissen. Die Landwirte in der Kommission erklärten das betreffende Grundstück auch für völlig ungeeignet. Obwohl der Gemeindevorsteher vorher erklärt hatte, diese Angelegenheit sei dringend — darum fände auch die Sitzung zwei Tage vor Weihnachten statt —, schlug er vor, die Kommission solle die Kottkesche Offerte prüfen und dann eventuell mit Vorschlägen kommen. Trotz Protestes mehrerer Vertreter gelangte der klare Antrag, ein neues Wohnhaus zu bauen, nicht zur Abstimmung. Der zweite Punkt der Tagesordnung waren „Mitteilungen“. Im parlamentarischen Leben versteht man unter Mitteilungen etwas Nebensächliches, Unverbindliches. Ganz anders in unserer Gemeindevertretung. Der Herr Gemeindevorsteher gerührt, den Gemeindevorsteher bekanntzugeben, daß ein Spekulant der Gemeinde Land verkaufen wolle (90 Morgen, in Mündehofe gelegen, a Morgen 750 M.), daß zum 1. Januar dem Bauamt ein Techniker und ein Bauaufseher zur Seite gestellt werden müssen, daß eine Baustelle für die Sanitation in Karlsdorf gekauft werden müsse, daß die Gemeindevorstände in Karlsdorf mit dem hiesigen Bureau durch eine direkte Telefonleitung verbunden werden müssen, daß die Sanitationsarbeiten der Firma Bruch als Mindestfordernden für 859 795,60 M. durch den Gemeindevorstand übertragen seien usw. Die Sanitationsangelegenheit gab Veranlassung zu einer erregten Debatte. Genosse Pinfeler stellte die Frage an den Gemeindevorsteher, warum die Gemeindevorsteher wichtige Angelegenheiten der Gemeinde erst durch die Ortzeitung erfahren, warum die Offerten für die Sanitationsarbeiten den Vorschlag um über 200 000 M. überschritten haben, warum der Zuschlag erteilt ist, ohne daß die Gemeindevorsteher davon eine Ahnung haben und warum die Arbeit überhaupt an den Mindestfordernden vergeben sei, welcher sich in jeder Weise an die Gemeinde herandrängt und die Kostenanschläge ausgearbeitet habe. Die Firma hätte überhaupt nicht konkurrieren dürfen. Auch Gemeindevorsteher Roth forderte, daß die Gemeindevorsteher von allem benachrichtigt würden und nicht ihre Wissenschaft über Gemeinde-Angelegenheiten aus der Zeitung schöpfen müßten. Der Gemeindevorsteher suchte natürlich die Sache so harmlos wie möglich darzustellen. Der Vorstand, daß die Zeitung wohl von jeder Gemeinde-Angelegenheit unterrichtet sei, aber wochenlang später die Gemeindevorsteher, solle aufhören. Die Ueberfälschung des Vorschlages, sogar durch den Anfertiger des Vorschlages, mit über 200 000 M. komme daher, weil jetzt in Karlsdorf einige Strafen mehr aufgenommen sind, für die Berlinerstraße das Mörtel statt einseitig jetzt auf beiden Seiten gelegt würde. Der Vorschlag datierte von 1903. Der Firma Bruch sei deshalb die Arbeit übertragen worden, weil sie die billigste Offerte gemacht habe. Herr Bruch sei auch zuverlässig, das sei durch die Entwässerungsarbeiten des Oberfeldes bewiesen. Herr Bruch habe bei den Vorarbeiten der Gemeinde auch wichtige Dienste unentgeltlich geleistet. Der Gemeindevorsteher Bedenken äußerte es als selbstverständlich, daß die Ortzeitung von Gemeinde-Angelegenheiten früher unterrichtet sei. Genosse Pinfeler trat den Ausführungen des Gemeindevorstandes entgegen. Die Entwässerungsanlage des Oberfeldes beweise für die Leistungsfähigkeit der Firma Bruch gar nichts, denn die Anlage sei noch nicht im Betriebe. Seine Ansicht sei, daß von vornherein im Gemeindevorstand die Absicht bestand, nur Bruch die Arbeiten zu übertragen, alle Vorarbeiten liefen darauf ab. — Großer Entrüstungsurm beim Gemeindevorstand, der sich nun von der Vertretung ein Vertrauensvotum ausstellen ließ. Die Gegenprobe wurde aber nicht gemacht. Wie manche Gemeindevorsteher ihre Rechte und ihre Pflichten auffassen, beweist die Bemerkung des Gemeindevorstehers Gräbe, indem er andeutet: „Will denn Herr Pinfeler, daß sich die Gemeindevertretung mit der Vergabung der Arbeiten beschäftigen soll?“ Es wird Zeit, daß wieder gewählt wird!

Als Neujahrsgeschenk der „Großen Berliner“ erhält der Vorort Friedrichsfelde einige Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe. Vom 1. Januar 1906 ab wird die Linie 69 bis zur Kirche in Friedrichsfelde durchgeführt und die Linie 70 bis zur Ecke der Berliner- und Schloßstraße verlängert. Die Hauptforderung der Friedrichsfelder an die „Große Berliner“, die Aufhebung des 15 Pfennig-Tarifes und die Gleichstellung Friedrichsfeldes mit den anderen Berliner Vororten, die ein gut Teil ihrer Entwicklung dem Bahnposttarif verdanken, bleibt auch fernerhin unerfüllt.

Weissensee.

Das Resultat der Volkszählung ist bis jetzt noch ein „vorläufiges“, also immer noch nicht zum Abschluß gelangt. Bis jetzt sind 37 598 Personen festgestellt worden, und zwar 18 664 männliche und 18 934 weibliche. 1900 betrug die Einwohnerzahl 31 948, 18 676 männliche und 16 730 weibliche, somit ergibt sich eine Zunahme von 5842 Personen.

Die Herren Hausbesitzer fühlen sich schwach, denn sie werden im nächsten Frühjahr doch mit dem Grundbesitzerverein gemeinsam in den Wahlkampf ziehen. Sie befürchten tatsächlich, daß die Sozialdemokratie ihnen die zwei zur Wahl stehenden Sitze der zweiten Wählerabteilung abjagen wird und sind daher geneigt, sich mit den Grundbesitzern den Raub zu teilen. Diese Anerkennung unserer Stärke aus dem Munde des Hausbesitzer-Vorstandes gibt und zu berechtigten Hoffnungen Anlaß. In der vorjährigen Wahlkampagne legten die so zusammengewürfelten sich den Titel „Vereinigte Bürgerpartei“ zu. Da nun in den letzten Jahren die Interessenwirtschaft dieser Herren zur vollen Blüte gelangte, so empfehlen wir ihnen für diesmal den Titel: „Partei zur Wahrung der eigenen Interessen der Haus- und Grundbesitzer, G. m. b. H.“

Die Gemeindevertretung wird sich nochmals mit dem Etat der Realschule beschäftigen, trotzdem derselbe in der vorigen Sitzung in seinen einzelnen Positionen mit Majorität angenommen wurde. Es ist von sozialdemokratischer Seite Einspruch erhoben worden, weil dessen einzelne Positionen wohl beraten und beschlossen wurden, jedoch eine Abstimmung über den gesamten Etat versäumt worden ist. Dieser Formfehler wird an dem ersten Resultat jedoch nicht ändern.

Ein nationalliberaler Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim mit dem Sitz in Weissensee ist am 24. Dezember gegründet worden. Auf wie schwachen Füßen diese Neugründung steht, erhebt man daraus, daß im ganzen Kreise kein Vorsitzender aufzutreiben war und man den Vorst. einem Herrn Krieger aus Charlottenburg übertragen mußte. Der Jahresbeitrag wurde auf — eine Mark festgelegt, wohl in der Erkenntnis, daß die Herren Patrioten nicht gewohnt sind, für ihre Sache Opfer zu bringen; oder will man damit Arbeiter fördern?

Reinickendorf-Ost.

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins tagte am 20. Dezember bei Wolfram, Hausdorferstraße, und hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Durch die Neuorganisation von Groß-Berlin, welche am 1. Januar in Kraft tritt, müßten schon jetzt die Bezirks- und Vorstandswahlen vorgenommen werden. Der Vorsitzende Genosse Kolmeß gab zuerst einen Bericht über seine dreimonatliche Tätigkeit. Es fanden drei Mitgliederversammlungen, drei Vorstandssitzungen und zwei kombinierte Vorstandssitzungen statt. Der Mitgliederbestand betrug 253. Durch Verzug traten aus 13 und zur Neuaufnahme meldeten sich 28 Genossen, mithin hat unser Wahlverein eine Mitgliederzahl von 268. Da der Vorsitzende eine Wiederwahl ablehnte, wurde Genosse Schöneberg zum Vorsitzenden gewählt, zum Kassierer wurde Genosse Herrmann, zum Schriftführer Genosse Ernst Schmidt, zum Beisitzer Genosse Gursch, zu Revisoren die Genossen Jädel, Eise, Lieber und Stübbe, zu Bibliothekaren die Genossen Frißch und Ziolkowski gewählt. Das Vergütungskomitee besteht aus den Genossen Paul Schmidt, Popp, Borgwardt und Walbrunn. In der Sitzung bestimmte die Versammlung die Genossen Lütke für den ersten Bezirk, für den zweiten Bezirk Neumann, für den dritten (Schloßhaus) der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und streng zu meiden ist. Gemeindevorsteher Genosse Jendriek gab bekannt, daß im Frühjahr Gemeindevorsteher-Wahlen stattfinden und die Genossen ihre ganze Kraft einsetzen müssen, damit es uns gelingt, das letzte Mandat in unseren Besitz zu bekommen.

Rummelsburg.

Die Kaufmannsgerichtswahlen sind vom Bezirksauschuss für ungültig erklärt worden. Wie wir seinerzeit mitteilten, hatte bei der Wahl der Beisitzer aus dem Stande der Handlungsgehilfen für das Kaufmannsgericht zu Rummelsburg der Leiter der Wahlen, der Herr Affessor Köhler, durch eine kaum glaubliche Auslegung resp. Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen die Veranlassung zum Protest gegen diese Wahlen gegeben. Der Herr Affessor hatte zum Beispiel einen Nichtwahlberechtigten in den Wahlvorstand aufgenommen, ferner wies er alle diejenigen Handlungsgehilfen, welche als Beschäftigungsort „Expedient“ angaben, weil nicht Handlungsgehilfen, von der Wahl zurück. Es waren hierdurch fünf Wähler um ihr Wahlrecht gekommen. Auch erlaubte sich der Herr Affessor an den einzelnen Wähler die Frage zu stellen, ob er gelehrter Kaufmann sei. Diese geradezu unverständliche Art der Wahlleitung empörte die Anwesenden derartig, daß dieselben durch Zwischenrufe verdrängt, den Herrn Affessor auf seine ungeschickliche Wahlleitung aufmerksam zu machen. Die Zwischenrufe hatten aber nur den Erfolg, daß der Vorsitzende im ersten Affessorien sich jede Bemerkung über seine Wahlleitung verbat, und im übrigen diejenigen, welche mit seiner Geschäftsführung nicht zufrieden waren, an den Bezirksauschuss verwies. Der Bezirksauschuss hat nun aus den obigen Gründen die Wahl für ungültig erklärt. Ob dies eine Lehre für den Herrn Affessor sein wird?

Treptow.

Fliegende Schulklassen. Kaum sind die fliegenden Klassen durch den Bau der 1. Gemeindefschule in der Luchestraße beseitigt, so stellt sich heraus, daß in Baumfahnenweg zum 1. April wieder neue eingerichtet werden müssen. Als dort die 2. Gemeindefschule vor 5 Jahren mit ihren 18 Klassen fertig wurde, glaubte man, daß sie für immer groß genug sein würde. Die rege Bautätigkeit, welche einsetzte und noch Fertigstellung der Kanalisation noch größer werden wird, hat die Gemeindevertretung veranlaßt, sich mit dem Bau einer neuen Schule zu beschäftigen. Beschlässe sind noch nicht gefaßt, jedoch wurde der Meinung Ausdruck gegeben, die jetzige als Doppelschule auszubauen.

Unhaltbare Zustände im Schulbesuch herrschen jetzt im mittleren Ortsteil, wo zirka 800 Einwohner, aber keine Schule vorhanden ist. Durch den Bau der 1. Gemeindefschule sind die im Gemeindefsaue bisher vorhandenen Klassen eingegangen und die Räume zu Bureauzwecke in Benutzung genommen worden. Um nach der neuen Schule zu gelangen, haben die Kinder einen Weg von zirka 1/2 Stunden zurückzulegen; bei dem kalten, kalten Wetter kann ihnen dieser Umstand zum großen Schaden gereichen. Pflicht der Gemeinde-

vertretung ist es, sich mit dem Bau einer Schule auch in diesem Ortsteile zu befassen.

Der Grundbesitzerverein in Baumfahnenweg hat mit der Berliner Bau- und Schließgesellschaft ein Abkommen getroffen, nach dem von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh stündlich jedes mit einem Schilde versehene Haus besichtigt werden muß und jeder im Hause Wohnende, bei genügender Legitimation auch ohne Schlüssel, hineingelassen werden soll.

Die Regulierung der Baumfahnenstraße, welche man nach der Regelung der Kanalisationsfrage erwartet, wird erst nach der Schienenlegung, welche die Untergrundbahn-Gesellschaft aller Voraussicht nach im Laufe des Jahres vornimmt, erfolgen.

Die Aenderung des Namens Baumfahnenweg in „Treptow II“, welche von verschiedenen Vereinen bei der Eisenbahn- und Postbehörde beantragt wurde, ist von den betreffenden Behörden abgelehnt worden.

Französisch-Buchholz.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins fand am 10. Dezember bei Köhne statt. Genosse Neumann gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im verflohenen Jahre. Die hierauf vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Fröh Jürgelsdorf, Vorsitzender; Kohl, Kassierer. Bezirksführer: J. Jürgelsdorf, Radzei, D. Schulz, A. Pohl und Neumann. Genosse Köber erstattete den Bericht von der Kreisversammlung und der Generalversammlung für Groß-Berlin. Genosse Pohl gab bekannt, daß vom 15. bis 30. Januar 1906 die Wählerlisten zur Gemeindevorsteher-Wahl ausliegen und ermahnte, dieselben einzusehen. Der gesamt-Vorstand wurde beauftragt, die Wahlagitator sofort einzuleiten. Unter Verschiedenem wurden von mehreren Genossen die traurigen Lokalverhältnisse geäußert und es wurde aufgefordert, die Lokalliste streng zu beachten. Bekennend werden muß das Benehmen des Gastwirts Schmidt, früherer Besitzer des „Jägerhauses“ in Berlin. Er erklärte uns, er wolle mit den Arbeitern nichts zu tun haben, er, der in Berlin über 20 Jahre in der Partei organisiert war. Das Lokal „Augusta Victoria-Garten“, deren Besitzer, Ademann und Schelle, auch Inhaber des Lokals „Büggelshagen“ am Rottbühl sind, ist nicht frei. Der Mitinhaber Schelle ist auch der jetzige Oekonom des Gewerkschaftshauses in Berlin.

Ober-Schöneweide.

Am Donnerstag, den 21. Dezember, tagte in Wilhelmshof eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Düweil über die politische Lage referierte. In seinen Ausführungen legte er die Verhältnisse in der inneren und äußeren Politik Deutschlands dar und zeigte den Anwesenden an den Vorkommnissen, daß die Arbeiterschaft bei den lediglich von kapitalistischen Interessen diktierten Maßnahmen der Regierung immer der leidende Teil ist. Sollte eine Besserung eintreten, sei es notwendig, mit Aufmerksamkeit das öffentliche Leben zu verfolgen, und wie sich die Segner der Arbeitereng zusammenschließen zur Ausdeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, so müsse dieses in zielbewusster Organisation sich zusammenschließen und eventuell dem Volke der Gewalt über den Willen des Volkes entgegensetzen. An einer Reihe von Zahlen legte der Referent dar, wie die arbeitende Klasse bedrückt wird und weiter geplündert werden soll. Das neue Steuerbuletet bestehe aus Plänen, welche den Menschen kein Wohlgefallen bereiten, sondern sehr unangenehm duften und wegen ihrer giftigen Eigenschaften für Gesundheit und Wohlstand des Volkes äußerst gefährlich sind. Die traurigen Schulverhältnisse, Mangel an Unterricht und Polizeischikane fanden eingehende Würdigung und vernichtende Kritik. In anschaulicher Weise wurde die Bedeutung der neuen Handelsverträge vom Standpunkt des Produzenten sowohl als des Konsumenten geschildert und nachgewiesen, daß durch die neue deutliche Hochschulzollpolitik der Arbeiter doppelt geschädigt wird. Zum Schluß forderte Referent auf, Fleißigkeit und Vertrauen zur Regierung abzuschütteln, sich darauf zu bestimmen, daß der Arbeiter als Staats- und Weltbürger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, dafür zu sorgen, daß wenn die Hochspannung im politischen Leben einen Kurzschluß herbeiführt, die Arbeiterklasse bereit sei, ihre Rechte zu verteidigen. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, welche zum Ausdruck brachte, daß die Arbeiter mehr wie bisher für ihre Organisation und ihre Presse wirken müssen. Zum Schluß gelangte diese Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute in Wilhelmshof tagende öffentliche Versammlung erkennt an, daß die heutige Politik die Interessen des arbeitenden Volkes verlegt. Es ist Pflicht jedes einzelnen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter sich zusammenschließen in ihren politischen Organisationen, wie auch in der Gewerkschaft und in Wirtschaftsgenossenschaften. Es ist auch Pflicht, nur die Arbeiterpresse, die unsere geistige Erkenntnis fördert, zu abonnieren und für deren Verbreitung Sorge zu tragen. Durch die Organisation der Arbeiter müssen wir uns wehren gegen Reaktion und Unterdrückung, um stark im Kampfe zu sein.“

Friedrichshagen.

In der letzten Monatsversammlung des Wahlvereins hielt Dr. Kurt Rosenbergs einen Vortrag über das Thema: „Die Schwerkriegs- und ihre Bedrohung durch die geplanten Aenderungen der Strafprozessordnung“. Darauf gab der Vorsitzende Karoslat den Vorstandsbericht vom Juli bis Dezember und der Kassierer seinen Kassierenbericht vom letzten halben Jahre. Einer Einnahme von 432,53 M. steht eine Ausgabe von 240,41 M. gegenüber, es bleibt somit ein Bestand von 188,12 M. Da Anfang nächsten Jahres die neue Organisationsform der sozialdemokratischen Wahlvereine ins Leben tritt, war es notwendig, einen neuen Vorstand zu wählen. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Köhler, erster Vorsitzender; Hermann Schöbau, zweiter; Schulz als erster Kassierer wurde wiedergewählt. Als zweiter Kassierer fungiert Fröh Schöbau. Beermann, erster Schriftführer; Köber, zweiter. Als Beisitzer wurden Köhler, Vögele und Bodin gewählt. Als Ersatz für die Bibliothekskommission wurden Franz Scholz und Karoslat bestimmt. Aufgenommen wurden 42 Genossen.

Die Konsumgenossenschaft für Friedrichshagen, Erkner und Umgegend, G. m. b. H., hielt am 12. Dezember in Reginis Restaurant ihre gut besuchte 7. Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer. Der Umsatz erreichte die Höhe von 102 481,20 M., ein Mehr gegen das Vorjahr von 3015,10 M. Die Genossenschaft zählte am Jahresabschluss 409 Mitglieder. Die Geschäftsguldben betragen 7801,57 M. Die Dastsumme 13 326 M. Von der Grozeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, dessen Mitglied die Genossenschaft ist, wurden für 56 000 M. Waren entnommen. Vom Reingewinn in

Höhe von 5 138,73 M. gelangen an die Mitglieder 4 1/2 Proz. auf entnommene Waren, 8 Proz. auf Bäckereibrot, 2 Proz. auf Schlächtereibrot. Trotz der vielen Anfeindungen und grundlosen Verdächtigungen, welchen die Genossenschaft ausgesetzt ist, geht dieselbe doch vorwärts, wenn auch langsam. Schneller könnte dieselbe geschaffen, wenn die Arbeiterschaft mehr den Genossenschaften beitreten würde.

Mahlsdorf.

Am Sonntag, den 17. Dezember, fand im Lokale von Bernese eine gut besuchte öffentliche Mauererversammlung statt. Kollege Thoms hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Zweck und Ziele der Organisation. Er betonte besonders, daß die Lage der Arbeiter nur durch eine starke Zentralorganisation am besten gehoben werden könne. In der Diskussion sprachen die Kollegen Hebold und Scholz im Sinne des Referenten. Letzterer bemerkte, daß man wohl getrennt marschieren, aber vereint schlagen könne. Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zur Lohnbewegung“ referierte Kollege Albert Schmidt-Mahlsdorf. Es sei bedauerlich, daß die Kollegen, die bei Mahlsdorfer Meistern beschäftigt sind, zu niedrigeren Stundenlöhnen arbeiten als wie sie in Berlin gezahlt werden. Angesichts der hohen Lebensmittelpreise, die zweifellos nach Inkrafttreten des neuen Posttarifs noch höher werden, der Wohnungsmiete usw., sei es unbedingt notwendig, daß auch die Mahlsdorfer Kollegen endlich das verlangen, was sie schon längst haben müßten. Die Kollegen Hebold, Scholz und Kubenz schlossen sich diesen Ausführungen an. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich auch politisch zu organisieren, Mitglieder des Wahlvereins zu werden und auf die Arbeiterpresse zu abonnieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rotawes-Neuendorf.

In der letzten Kartellssitzung teilte der Vorsitzende Schulz mit, daß von den organisierten Malern in Potsdam eine Arbeiter-Bildungsschule gegründet worden ist. Als Lehrer wirken die an der Berliner Schule tätigen Genossen. Anmeldungen nimmt entgegen: Schulz, Neuendorf, Großbeerenstraße 43. — Hierauf erstatteten die Kontrollen einen ausführlichen Bericht über die am 30. November und 1. Dezember stattgefundenen Bautenkontrollen. Kontrolliert wurden in Rotawes-Neuendorf und Neu-Babelsberg 31 Bauten. Bei einigen Unternehmern haben sich die Verhältnisse gebessert. Eine Ausnahme machen bei jeder Kontrolle die Bauten des Unternehmers Michaelis. Auf dem einen Bau hatten die Arbeiter in einem allen Wind und Wetter ausgesetzten Schuppen. Verbandskästen existieren überhaupt auf keinem Bau. Auf die Frage eines Kontrolleurs nach dem Verbandslosten bekam er von Michaelis sen. die Antwort, daß ein Stück vom Hemde genommen werde. Auf dem anderen Bau waren Parterre und erste Etage nicht abgedeckt, auf einem anderen befand sich das Abofett im Keller, und zwar war alles unter Wasser. Die schon früher vom Kartell bei der Berufsgenossenschaft gegen diesen Unternehmer unternommenen Schritte scheinen nicht die Wirkung gehabt zu haben, die man erwartete. Die Delegierten stimmten der Ansicht des Vorsitzenden bei, daß nur durch eine ständige Kontrolle und jedebmalige Anzeige auch dieser Unternehmer gezwungen werden könne, auf seinen Bauten menschenwürdige Verhältnisse für die Arbeiter, die leider selbst ein großes Teil Schuld daran tragen, herbeizuführen.

Potsdam.

Aus dem Potsdamer Schiffsverordnungsamt wird wieder ein drohendes Vorkommnis bekannt, das vor Weihnachten passierte. Eine adeliche Dame erhielt aus Berlin von einem Verwandten eine Kiste mit Karzipan in Form von Schmalz und Leberwürsten. Der Absender hatte aus Furcht den Inhalt als Fleischwaren angegeben, was zur Folge hatte, daß die Kiste von der Steuerbehörde geöffnet wurde und die Würste, die man nicht genau untersuchte, mit Schlachtfleisch belegt wurden.

Berliner Nachrichten.

Das neue Straßenbahnen.

Gleichzeitig mit den Plänen für die Untertunnelung der Potsdamer- und Leipzigerstraße, des Brandenburger Tor und der Linden hat die Große Berliner ein neues Straßenbahnenprojekt ausgearbeitet, das eine große Zahl neuer Linien enthält. So wird eine direkte Verbindung mit Wilmersdorf und Rixdorf durch den Leipzigerstraßentunnel geschaffen werden. Die P- und R-Linien der Charlottenburger Straßenbahn werden von Weidendamm resp. Spandauer Vor bis zum Schlesischen Bahnhof verlängert, und der Gesundbrunnen erhält direkte Verbindung mit Schönberg. Auf der anderen Seite wird von Schönberg eine Linie durch die Martin Lutherstraße—Herulesstraße—Charlottenburger Chaussee—Lindentunnel—Kupfergraben—Häckerstraße—Schönhauser Tor bis zum Ringbahnhof Schönhauser Allee gehen. Die Linie Halensee wird durch den Lindentunnel—Hausvogtelplatz—Spittelmarkt—Köpenickerstraße bis zum Schlesischen Tor verlängert. Die Linie 94, Rixdorf, Anseebachstraße—Dönhofsplatz wird über den Hausvogtelplatz durch den Lindentunnel über Charlottenburger Chaussee—Levetowstraße bis Weußel, Ecke Turmstraße durchgeführt.

Die Aufhebung der Endhaltestellen Dönhofsplatz und Spittelmarkt ist in dem Projekt vorgesehen, und eine Weiterführung der Linie 70 — Friedrichsfelde—Spittelmarkt — über Dönhofsplatz, Jerusalem-, Aronen-, Bauer-, Krausen- und Jerusalemstraße zurück nach Friedrichsfelde und der Linie 62, Weihensee—Dönhofsplatz in der gleichen Linienführung zurück nach Weihensee in Aussicht genommen. Schließlich werden noch folgende neue Linien geschaffen: 83/84 Stettiner Bahnhof—Weidendammer Brücke—Opernplatz—Schlesische Brücke beziehungsweise Treptow; Linie 18: Charlottenburg, Amtsgericht—Luisenplatz—Turmstraße—Karlstraße—Opernplatz—Oranienstraße—Görlitzer Bahnhof; Linie 99: Kreuzberg—Häckerstraße—Potsdamer Tor—Brandenburger Tor—Luisenstraße—Chausseestraße—Müller, Ecke Seestraße; Linie V: Moabit—Weißelstraße—Levetowstraße, Charlottenburger Chaussee, Lindentunnel, Königgräberstraße, Rixdorp; Linie Z: Ringbahnhof, Fallkiststraße, Al-Moabit, Bellevueallee, Brandenburger Tor, Königgräberstraße, Hasenheide, Rixdorf, Hermannsplatz. Die Straßenbahnlinie 54, Schönhauser Allee—Grolmannstraße, wird durch die Dismark-, Wilmersdorferstraße, Königsdamm bis zum Ronnenbäum in Charlottenburg verlängert.

Ran muß es der „Große Berliner“ lassen: Sie läßt alle Rinnen springen, um ihr neues Projekt dem Publikum und vor allem den Behörden schmachtig zu machen.

Fahrplanverbesserungen bei 10 Straßenbahnlinien. Umfangreiche Fahrplanverbesserungen wird die Große Berliner Straßenbahn am 1. Januar einführen. Sie betreffen nicht weniger als 10 verschiedene Linien. Linie 4 (Zinnering) wird durch den Tiergarten auf dem Wege von O Kupfergraben-Wilmersdorf geführt. Zwischen dem Großen Stern und der Brinzenstraße geht 4 über die Kaiser-Allee, Rosenthaler, Köpenicker, Fallos-, Göben-, Hort- und Bellevueallee über den Blücher-Platz nach der Gieselerstraße. In der Richtung vom Großen Stern geht sie über die Kasaner- und Widtenstein-Allee, die Corneliusstraße, den Kurfürstendamm, die Rankestraße und die Kaiser-Allee. In umgekehrter Richtung geht sie von der Kaiser-Allee durch die Joachimsthaler- und Gärtenbergstraße, Kurfürstendamm, Corneliusstraße, Widtenstein- und Kasaner-Allee. 89 und 90 gehen dafür von der Rosenthaler über die Ripper- und Gungelstraße bis zur Ecke der Umlandstraße. 79, Rixdorp-Platz—Halensee geht von der Ecke der Schild- und Kurfürstendamm durch die Rixdorp-, Kleiß- und Tauentzienstraße statt durch die Rixdorp- und Augsburgerstraße zum Kurfürstendamm. 23, Gesundbrunnen—Brandenburger Tor—Potsdamerstraße wird in den Verkehrsstunden in Schönberg durch die Haupt- und Kolonnen-

straße bis zum Militärbahnhof verlängert. 22, Rixdorf—Alexanderplatz—Müllerstraße wird ebenfalls in den Verkehrsstunden bis zur Seestraße, Ecke der Müllerstraße durchgeführt. Die Linien 46 und 47, Rixdorf—Kiebitz—Schönhaufen—Kordens und Rixdorf werden in einer gemeinsamen Linie 47 verschmolzen. Sämtliche Wagen gehen in den bisherigen gemeinsamen Abständen bis Kordens durch 69, Schönberg—Alexanderplatz—Friedrichsfelde wird in Friedrichsfelde bis und von der Straße durchgeführt. Dafür verkehrt 70 nur zwischen der Schloßstraße in Friedrichsfelde, Ecke der Berlinerstraße und dem Spittelmarkt.

Silvester-Fahrgelegenheit. In der Silvesternacht werden auf den Linien Pansow bzw. Rieder-Schönhaufen nach Mittelstraße anschließend an den Fahrplan noch folgende Sonderzüge verkehren: Ab Pansow, Mendelstraße 12.10, 12.30, 12.50, 1.10, 1.30 nachts. Ab Rieder-Schönhaufen 12.20, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40 nachts. Ab Mittel-, Ecke Friedrichstraße nach Pansow, Mendelstraße 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20 nachts; nach Rieder-Schönhaufen 1.10, 1.30, 1.50, 2.10, 2.30 nachts. — Auf der Linie Weihensee—Treptow findet zwischen Weihenstraße und Wiener Brücke bis 1.54 nachts 10 Minuten-Verkehr statt.

Der Umzug am 1. Januar ist erheblich schwächer, als der zum 1. April oder zum 1. Oktober, immerhin bietet er manchen Arbeitslosen Gelegenheit, sich einige Mark zu verdienen. Arbeiter, deren Beruf eine Beschäftigung um die jetzige Jahreszeit schwer gestattet oder die durch schlechten Beschäftigung arbeitslos sind, ergreifen mit Vergnügen die Gelegenheit, „ziehen zu helfen“. Die Arbeiter suchen durch Anfragen oder auf anderem Wege zu ermitteln, wo man Leute gebrauchen könnte und bieten dann ihre Arbeitskraft an. Wie muß es dann einem solchen auf der Suche nach Arbeit Befindlichen zu Mute werden, wenn er sehen muß, wie im Dienste des Staates stehende Beamte ihn diese Arbeit vor der Nase wegnehmen. Die Annoncenfirma Taube u. Co. in der Zimmerstraße beschäftigt im Augenblick fünfzehn Feuerwehrlente beim Umzug; also Leute, die doch aus Steuergeldern unterhalten werden. Arbeitslose, die um Arbeit nachfragten, wurden infolge dessen abgewiesen. Es ist dies ein Verfahren, das gar nicht scharf genug gerügt werden kann.

Der Magistratsantrag betr. die Anarbeitung der Spezial-Entwürfe für die Nord-Süd-Untergrubbahn ist, wie aus dem Stadtverordnetenprotokoll ersieht, nicht „einstimmig“ — mit 107 gegen 0 Stimmen — sondern mit „sämtlichen abgegebenen 114 Stimmen“ angenommen worden, wobei bemerkt wird: „Der Stadtverordnete Rommsen hat sich der Abstimmung enthalten.“ Die Gesellschaft für den Bau von Hoch- und Untergrubbahnen, welche die Spezialpläne für das Tunnelprojekt der Großen Berliner in etwa 1/2 Monaten herzustellen hat, wird die ihr vom Magistrat aufgetragene Arbeit, wie man hofft, in längstens zwei Monaten auszuführen, so daß es möglich sein wird, schon Anfang März l. J. mit den Einzelberatungen des Nord-Süd-Projektes im Rathaus zu beginnen. Zu dieser Zeit wird auch das in den städtischen Bau-bureau bearbeitete neue Projekt — Linienführung durch die Friedrichstraße — schon fertig vorliegen. Die diesbezüglich vom Stadtsenat gemachte Mitteilung, daß die Ausschüsse sich gegen diese Linienführung ausgesprochen hätten, wird an zuständiger Stelle für irrig erklärt. Es ist also begründete Aussicht vorhanden, daß die Nord-Südbahn den geraden und direksten Weg durch die Stadt nehmen kann.

Hier darf niemand durch! Aus Anlaß der am 1. Januar 1906 im königlichen Schloß stattfindenden Gratulationsfeier, des Salutschießens im Lustgarten sowie der großen Paroleausgabe und Jahrbücherausgabe im Zeughaus werden von etwa 10 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 1 1/2 Uhr nachmittags — die Kaiser-Wilhelm- und die Schloßbrücke, der Lustgarten, die Schloßfreiheit und der Platz am Zeughaus für Fußwerke, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt.

Ueber die Geschäftsmanipulationen eines Darlehnsinstituts, das sich neben vielen anderen in der bürgerlichen Presse marktschreierisch anpreist, finden wir in der „Pfälzischen Post“ eine Mitteilung, die wir wiedergeben möchten. Im allgemeinen preisen sich diese Institute in der Form an, daß sie durch Verleihen von Geldern unter strengster Disziplin, kulantesten Bedingungen, niedrigsten Zinsen“ die Aufmerksamkeit der in Kostlage Befindlichen wahren. In den meisten Fällen wird es derjenige, der das Darlehnsinstitut als seinen letzten Ausweg betrachtet, zu spät gewahrt werden, daß er in den meisten Fällen der Dupierte ist.

Die Firma, um die es sich hier handelt, betitelt sich Hermann Schneeweiß, Bank- und Kommissionsgeschäft, Berlin. In dem ersten Schreiben — einem gedruckten Formular — das nach dem auf die Annonce an die Firma gerichteten Schreiben eingelaufen ist, wird mitgeteilt, daß das Darlehen in diesem Falle 500 M. zu 5 Proz. Zinsen auf Wechsel oder Schuldschein zu erhalten ist; für erforderliche Kasse und Ankosten usw. sind 15,40 Mark angelegt. Derjenige, um den es sich in unserem Falle handelt, ein Arbeiter, war kassisch genug, wenn auch nach einigen Tagen, das Geld einzuschicken. Der Firma Schneeweiß dauerte das aber noch zu lange und darum ein wiederholendes Mahnschreiben. Dielem Schreiben folgte, da ja die Geldsumme inzwischen eingelaufen war, eine Empfangsbestätigung, und der Geldsuchende wogte sich in den schönsten Hoffnungen, aus seiner Geldverlegenheit durch das Entgegenkommen dieses „wohlthätigen“ Instituts herauszukommen. Da trifft Schreiben Nr. 5 ein. Es bedeutet aber für den Empfänger eine Hohnpost. In dieser Zuschrift heißt es, daß man sich leider nicht zur Vergabe des Darlehens entschließen könne, da, wie aus beiliegendem Auskunfts zu ersehen, keine genügende Sicherheit gegeben sei. Der Mann, welcher sich schon im Besitze des Geldes wähnte, ist um 15,40 M. ärmer und um eine bittere Erfahrung reicher. Wie diese Firma auf solche seine Geschäfte rechnet, kann man daraus ersehen, daß ihre sämtlichen Zuschriften gedruckt, also für den Massenverbrauch bestimmt sind und der Firma ein hübsches Säckchen müheolos in den Schoß werfen.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, die auch in der Rindstraße 5 eine gutgehende Filiale besitzt, bittet und mitzuteilen, daß sie mit dem Rabott-Sparverein deutscher Hausfrauen und mit dem Rabott-Sparverein Südwest alias Konsum in der Rindstraße nicht das geringste zu tun hat.

Zwei Menschenleben im Straßenverkehr vernichtet. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange hat sich gestern abend im Straßenbahnbetriebe zugetragen. An der Ecke der Vogen- und Chausseestraße war die 54jährige Witwe Karoline Thim, Friedrichsgraben 3, im Begriff gewesen, kurz vor dem herannahenden Straßenbahnwagen Nr. 1541 der Linie 29 (Richtung Weihen) den Fahrdamm zu überschreiten. Die Unvorsichtigkeit wurde ungerissen und mit solcher Gewalt mit dem Kopf auf das Pflaster geschleudert, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt. Nachdem sie auf der Unfallstation VI in der Lindowstraße Notverbände erhalten, kam die Verunglückte nach dem Krankenhaus in Moabit, wo sie bald nach ihrer Einlieferung, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb. — In der Friedrichstraße wurde der 24jährige Badergeselle Max Jöbel aus der Vergriff 3 von einem Droschkenautomobil überfahren und gleichfalls mit einem komplizierten Schädelbruch in das Krankenhaus in Moabit eingeliefert. Auch J. erlag bald der schweren Verletzung.

Bei einer Spiritus-Explosion ist die 54 Jahre alte Witwe Sophie Werth, Weiserstraße 2 wohnhaft, lebensgefährlich verbrannt worden. Frau W. wollte gestern nachmittags Kaffee zubereiten und benutzte dabei einen Spiritusflöcher. Plötzlich explodirte der Apparat und der brennende Spiritus ergoß sich über die unglückliche Frau, deren Kleider im nächsten Augenblick brannten. Gleich einer Feuerfäule eilte die Brennende aus der Wohnung heraus, und auf dem Korridor gelang es Nachbarn, die Flammen mit Zeitzeug zu erlösen. Inzwischen hatte jedoch die Bedauernswerte am ganzen Körper

bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Ueber zwei Fälle außerordentlich roher Tierquälerei ist wieder zu berichten. Große Entrüstung erregte am Donnerstag der Anblick eines Schanzenjägers in der Schönbergerstraße. Dort war in dem Fenster einer Vogelhandlung ein Teil der gefiedereten Sänger durch Kochsalzlösung des Besitzers verendet, während die am Leben gebliebenen an den Leichen nagten. Wiederholte Meldungen brachten zunächst keine Hilfe, bis schließlich die Polizei einstritt und die Leichen der verhungerten Vögel entfernte, während die Überlebenden gefüttert wurden. Der Laden wurde geschlossen. Wie es heißt, ist der Anheber seit Sonnabend nicht mehr am Leben und hat die Tiere ihrem Schicksal überlassen. Der andere Fall betrifft den Fund eines herrenlosen Pferdes in Tegel. Dort ist, wie schon berichtet, ein altes, krankes Pferd aufgegriffen und auf Veranlassung des Amtsvorstehers in dem Stall eines Besitzers untergebracht worden. Durch die Ermittlungen des Deutschen Tierärztes wurde festgestellt, daß das arme Tier über und über mit Würde besetzt war. Aus diesem Grunde hat auch der gewissenlose Besitzer sich des Pferdes entledigt, weil in diesem Falle ja selbst das Fell keinen Wert besitzt. Auf Veranlassung der Behörden wurde, nachdem ein Tierarzt zu Rate gezogen war, das Tier getötet. Man fahndet jetzt auf den Eigentümer, um ihn wegen der unverantwortlichen Behandlung des Pferdes zur Rechenschaft zu ziehen.

Weihnachtspaket-Statistik. Der Weihnachtspaket-Verkehr weist in diesem Jahre wieder eine beträchtliche Steigerung auf, wenn diese auch in Berlin bei der Gesamtzahl der aufgegebenen und eingegangenen Pakete nur etwa die Hälfte des vorjährigen Zuwachses erreicht. In Berlin wurden vom 12. bis zum 15. Dezember einschließlich insgesamt 2 855 029 aufgegeben, das sind 89 518 mehr als 1904. Von dieser Gesamtzahl wurden neuer 1 525 126 aufgegeben, während 830 494 Pakete für Berlin eingegangen sind. Das Verhältnis, fast doppelt so viel Auslieferung wie Eingang, zeigt, welche Rolle der Berliner Geschäftsverkehr auch in der Weihnachtszeit spielt. Die Zunahme gegen das Vorjahr verteilt sich auf die Auslieferung mit 40 000, auf den Eingang mit nahezu 30 000 Stück. Während der Zeit des Hauptverkehrs, vom 18. bis zum 25., waren bei den Berliner Postanstalten insgesamt 11 357 Beamte ohne Hilfsmannschaften beschäftigt. Davon waren 3168 Beamte, 4481 Unterbeamte und 3710 Postboten. Zur Bewältigung des Postverkehrs wurden täglich 2118 Pferde verwendet. Charlottenburg hatte neuer einen Gesamtverkehr von 106 275 Paketen oder 7046 Stück mehr. Aufgegeben wurden 48 289 Stück, dagegen weit mehr, 67 986, eingeführt. Von der Vermehrung entfallen 3000 auf die Aufgabe und 5000 auf den Eingang. In der Hauptzeit wurden 754 Beamte beschäftigt. Rixdorf gab 10 500 Pakete auf, erhielt aber 16 742. Während im Vorjahre die Auslieferung etwas zurückgegangen war, zeigt sie in diesem Jahre wie der Eingang eine kleine Vermehrung, 335 bei der Aufgabe, 2860 beim Eingang. Es waren dort 236 Beamte notwendig. In Schönberg wurden in diesem Jahre 24 244 Weihnachtspakete aufgegeben, das sind 4550 mehr als 1904. Der Eingang zur Postzeit betrug neuer 88 202, eine Zahl, die sich mit der des Vorjahres nicht vergleichen läßt, da seit dem 15. Januar die für Friedenau bestimmten Pakete vom Postamt in Schönberg bestellt werden. In Schönberg wurden vom 18. bis 25. Dezember 285 Beamte beschäftigt. Der Verkehr wurde vom Wetter und von dem Umstande begünstigt, daß der heilige Abend auf einen Sonntag fiel, so daß die Hauptmasse der Auslieferung einen Tag früher erfolgte.

Bei einem brauen Rettungsmerke schwer verunglückt ist gestern morgen der Droschkentischer Gastab Ludwig aus der Krummstr. 26. 2., welcher mit seinem Wagen am Droschkenhalteplatz an der Ecke der Luther- und Kleißstraße gehalten hatte, bemerkte plötzlich ein durchgegangenes Doppelgelände die Kleißstraße hinunterzulaufen. Da auf dem Straßenrand ein sehr lebhafter Verkehr herrschte und viele Passanten in der größten Gefahr schwebten, stürzte sich L. entschlossen den Tieren in die Fänge und versuchte sie zum Stehen zu bringen. Die Pferde bäumten sich jedoch hoch auf und rissen den Reiter zu Boden. L. klammerte sich vergeblich an die Vorderriemen des Handpferdes an und wurde in dieser furchtbaren Lage bis zum Wittenbergplatz mitgeschleift. Dort gelang es einem Schutzmänner, die wilden Durchgänger zum Stehen zu bringen. L. wurde mit schweren inneren Verletzungen unter den Pferden herangezogen und nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Im Krankenhaus Bestand liegt der Bedauernswerte jetzt in kritischem Zustande darnieder.

Beim Fensterputzen abgestürzt und lebensgefährlich verletzt ist gestern die 40jährige Reimmachefrau Johanna Nade, Melchiorstr. 15 wohnhaft, die in der Jerusalemstr. 54 eine Aufwartung versah. Gestern nachmittag war Frau N. beim Fensterputzen begriffen und erhielt durch einen unglücklichen Zufall von einem in dem Zimmer befindlichen Maler einen so unglücklichen Stoß mit dem Farbbeimer gegen den Kopf, daß sie das Gleichgewicht verlor und auf die Straße hinabstürzte. Die Bedauernswerte hatte eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Von der dritten Etage herabgestürzt ist fast um die gleiche Zeit auf einem Neubau an der Humboldt-Wähe der 41jährige Arbeiter Vorbar Glösemann aus der Reinindorferstraße. G. hatte beim Abräumen mitgeholfen und fiel dabei in der Höhe der dritten Etage vom Gerüst herab. Mit Rippenbrüchen und schweren Arm- und Schulterverletzungen wurde der Verunglückte in das Moabiter Krankenhaus eingeliefert.

Eine Revolveraffäre, die sich gestern in Wöhensee abgespielt hat, beschäftigt die Polizeibehörden. Der 23jährige Buchhalter Paul Casmann aus der Predowstr. 4 hatte mit mehreren Bekannten in dem Restaurant „Kronprinz“ ein Theaterstück aufgeführt. Als die Mitglieder später das Lokal verließen, trachte plötzlich ein Revolver-schuss und G. stürzte getroffen zusammen; die Angel war ihm in den Kopf gedrungen. Der junge Mann wurde in das Moabiter Krankenhaus eingeliefert. Ueber den Urheber des Schusses konnte noch nichts ermittelt werden. Da G. keine Feinde besaß, kann man wohl annehmen, daß er das Opfer einer Verwechslung geworden ist.

Abgestürzt ist gestern vom Bau des neuen Rathauses in der Stralauerstraße der 23jährige Dachdeckerhülfsarbeiter Schulz aus der Kopenhogenerstraße 74. Schulz glitt von einer Leiter und stürzte sehr tief hinab. In einer Droschke wurde er zunächst nach der Unfallstation in der Brüderstraße und von da nach der Charité gebracht. Schulz hat sich erhebliche Verletzungen zugezogen.

Ein schweres Unglück beim Reiten hat sich gestern nachmittag am Kurfürstendamm zugetragen. Der Offizierskutscher Verber des Grafen Stern galoppierte auf einem Pferde den Reitweg entlang und als er an der Anseebachstraße den Ueberfahrweg kreuzte, fuhr plötzlich von der Seite ein mit Steinen beladener Lastwagen in Pferd und Reiter hinein. Verber wurde samt dem Tiere zu Boden gerissen und fiel unter das Pferd. Mit schweren Knochenbrüchen wurde er nach der Unfallstation am Zoologischen Garten und von dort nach dem Garnisonlazarett in der Saarnhorststraße gebracht. Zur Bewältigung des Reitpferdes unter dem Wagen hinweg mußte die Feuerwehrrückgeführt werden. Das Tier war detarig zugerichtet, daß es an Ort und Stelle erschossen wurde.

Zur Hofkassette gegriffen hat gestern abend die Ehefrau des Kaufmanns S. aus der Gropiusstr. 3. Schon wiederholt hatte die Lebensmüde gekauert, sie werde Selbstmord verüben. Gestern abend versuchte sie in Abwesenheit ihres Mannes ihren Entschluß auszuführen. Die Unglückliche trank Zisjol und wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Am ersten Feiertage sind bei Allem in der Hasenheide mehrere Parteiböden gefunden worden; der Berliner kann sich dieselben bei Sellas, SO., Rixdorfstr. 4 III abholen.